

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Für einen heißen Herbst

32 Jahre nach dem Anschluß der DDR ist die Welt wie im Fieber und aus den Fugen. In der BRD droht die Verarmung weiterer Millionen Menschen, gleichzeitig steigt die Weltkriegsgefahr. Imperialismus heute bedeutet akute Atomkriegsgefahr. Die gegenwärtige Bundesregierung führt eine soziale Katastrophe herbei und treibt den Krieg in der Ukraine bis an den Rand eines atomaren Infernos. Der deutsche Imperialismus

Öllieferungen aus Rußland für Schwedt wird eine ganze Region zum zweiten Mal in einer Generation ruiniert. Wer am 30. August die RBB-Live-Sendung („Wir müssen reden“) aus der Stadt gesehen hat, erhielt eine exemplarische Lektion zur Lage: Zwischen den Politikern, die dort auftraten, und der Bevölkerung gibt es keinen Bezugspunkt mehr, falls es seit 1990 je einen gab. Zuschauer gaben eine klare Antwort auf die vom Sender zur Abstimmung gestellte Frage „Rußland-Sanktionen wichtiger als Arbeitsplätze?“. Nur 22 % hielten die Anti-Rußland-Sanktionen für wichtiger! Den Grünen ist allein wichtig, den Krieg in der Ukraine zu verlängern, „egal, was meine Wähler davon halten“, wie Annalena Baerbock zwei Tage später ausplauderte.



5. September: 1500 Menschen demonstrierten vor der Grünen-Zentrale in Berlin gegen Kriegspolitik und Sozialkahltschlag

nutzt die Lage und „schwimmt sich frei“, wie es der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele formulierte.

Klassenmäßig geht es um den Kampf der Reichen gegen die Armen auf der Welt. In der BRD besitzen die zwei reichsten Familien so viel Vermögen wie die Hälfte der Bevölkerung. Die überholten Eigentumsverhältnisse des Kapitalismus lassen die Menschheit von einer Krise in die nächste taumeln. Kriege werden vor allem zur Zementierung der untergehenden Gesellschaftsordnung geführt. Das setzt Verelendung voraus. Wenn die Reallöhne wie in diesem Jahr in der BRD um drei bis vier Prozent sinken, bedeutet das für Rentner, Minijobber, für alle Menschen mit geringem Einkommen, daß es zum Teil ums Überleben geht.

Hungern und frieren sind für viele in diesem Winter angesagt, gleichzeitig fahren Energie- und Lebensmittelkonzerne Rekordgewinne ein. Vielen kleinen Firmen, z. B. Bäckern, droht wegen der Explosion der Energiepreise die Insolvenz. Handwerksmeister rufen zu Kundgebungen gegen Krieg und Teuerung auf. Am 28. August mobilisierten sie allein in Dessau 2000 Menschen. Mit dem mutwilligen Stopp der

schüchterung sind Voraussetzungen und Verbote imperialistischer Kriege. Sozialer Protest und Friedensbewegung müssen dagegenhalten. Denn der Krieg wird genutzt, um eine gigantische Umverteilung von unten nach oben in Gang zu setzen, vor der selbst die Hartz-Gesetze verbllassen. Auf dem großartigen, von mehr als 10 000 Menschen besuchten UZ-Pressfest am 27. und 28. August in Berlin war immer wieder zu hören: Entweder schaffen wir eine neue Dimension des Protests, oder die Herrschenden verändern diese Republik so, daß wir sie nicht wiedererkennen.

Ein Vorbote dafür ist die Gewöhnung an faschistische Parolen mit Hilfe Kiew. Die dort Regierenden erpressen zusammen mit den USA die Westeuropäer und treiben sie vor sich her. Alle großen deutschen Medien leugnen seit 2014, daß in der Kiewer Regierung Faschisten und extreme Nationalisten das Sagen haben. Der endlich geschafte Botschafter Andrij Melnyk durfte fast täglich in Medien seine Nazigesinnung ausbreiten: „Alle Russen sind Feinde.“ Wenn der Kanzler jetzt mit „Slawa Ukraini!“ Reden beendet, dann übernimmt er einen Gruß, den der Zweite Kongreß der Bandera-Organisation OUN im April 1941 in Krakau, also

im „Generalgouvernement“ der Nazibesatzer, vom Faschismus übernahm. Beschlossen wurde damals sogar, in welchem Winkel der Arm vom Körper zu halten und wie hoch er, nämlich über den Scheitel, zu heben war. Nach den Verbrechen der OUN war der Gruß selbst den Bandera-Faschisten ab 1945 so unangenehm, daß sie diesen Beschluß in einer Dokumentensammlung, die 1955 in München erschien, wegließen. Seit 2018 ist er offizieller Gruß des ukrainischen Militärs, nun benutzt ihn der deutsche Bundeskanzler – auch eine „Zeitenwende“.

Friedensbewegung, Antifaschismus und sozialer Protest müssen zusammengeführt werden, um massiv gegen diese reaktionäre Rückwende aufzutreten. Es hängt von allen Linken ab, ob daraus ein Proteststurm wird. Die linke Montagsdemo in Leipzig am 5. September war ein guter Auftakt, erst recht waren das die ungezählten Kundgebungen in vielen kleineren Städten, über die sich die großen Medien ausschwiegen.

Wir unterstützen als „RotFüchse“ alle linken Kräfte, die mitwirken wollen, daß es einen heißen Herbst für die Herrschenden gibt: Verhandeln statt Waffenlieferungen! Stoppt den Wirtschaftskrieg! Beschlagnahmt die Krisengewinne! 100 Milliarden für Soziales und das Gesundheitswesen statt für Hochrüstung und Krieg!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Zum UZ-Pressfest	2
Handwerker für den Frieden	3
Erklärung der KPF	4
Irrsinn	5
Armut in Deutschland	6
Deutschland zeitengewendet	8
Nationale Interessen	11
Rolle der SPD	12
Hochverratsprozeß gegen Liebknecht	13
Ukraine-Krieg	15
Krieg und Moral	18
Wegbereiter der Taliban	19
Das Formosa-Narrativ (Taiwan)	21
Unser Amerika	23
Chile, was nun?	25
Lage in Sierra Leone	26
Widerstand tut not	27
Projekt Kommunismus?	28
Denkmalabiß in Riga	30
Offene Fragen	31
Ukrainischer Rassismus	32
Unser Klima	33

Schluß mit der Friedhofsruhe!

Das UZ-Pressesfest gab ein Signal für gemeinsamen Widerstand gegen Krieg und Sozialraub

Die Bundesregierung überzieht. Bedingungslos, aber nicht ohne die eigenen Interessen zu wahren, folgt sie dem Aggressionskurs der US-geführten NATO. Der hat an den Rand des dritten Weltkrieges geführt. Die deutsche Bevölkerung führt er in die Armut. Die Menschen in diesem Land zahlen den Rüstungswahnsinn und den Wirtschaftskrieg gegen Rußland und China. Viele haben es satt, dreist abgezockt und belogen zu werden. Immer weniger Menschen glauben, daß Putin schuld an der Gasumlage ist und daß Waffen und Sanktionen Frieden schaffen. Sie haben es satt, Almosen als „Entlastung“ aufgetischt zu bekommen, während Konzerngewinne steigen. Auf dieses Grummeln stieß das 21. UZ-Pressesfest der DKP in Berlin. Mehr als zehntausend kamen – nicht nur zum Feiern, sondern um sich zu treffen und zu verständigen, um zu diskutieren und auch um die Positionen der Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land kennenzulernen.

Programm und Rahmen des UZ-Pressesfestes trugen diesen Bedürfnissen Rechnung. Die zentrale Veranstaltung des Festes, das Antikriegsmeeting am 27. August, orientierte auf die gemeinsame Aktion: „Ich bin wütend und wir müssen auf die Straße“, rief Patrik Köbele,

Vorsitzender der DKP. 40 Millionen Menschen in diesem Land seien von steigenden Gaspreisen und der dreisten Gasumlage betroffen. Hunderttausenden Familien drohe Armut. Hunderttausende, die ihr ganzes Leben geschuftet hätten, kämen mit ihrer Rente nicht mehr hin und müßten bei den Tafeln Schlange stehen, wenn sie überhaupt noch angenommen würden. Und nun die Warnung, daß der Protest, der sich noch nicht formiert hat, von rechts komme. „Die Regierenden haben offenbar Angst vor Protesten, gar vor Unruhen – beides haben sie verdient, es braucht Proteste und es braucht Unruhe“, so Köbele.

Auch Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“, sprach auf der Kundgebung gegen Spaltungsversuche und Sektierertum: „Nun will man uns weismachen, daß wir bei den Demonstrationen einen Gesinnungstest machen sollen. Mit dieser Lampenputzermentalität hätte es in Deutschland nicht eine einzige progressive Demonstration oder sozialen Protest gegeben.“ Es ärgere sie, daß darüber in der Linken und auch ihrer Partei ernsthaft diskutiert werde. Als Dagdelen diese Sätze sagte, war die demobilisierende Ausladung Saha Wagenknechts durch ihre Parteiführung zur Kundgebung am 5. September in Leipzig noch gar nicht bekannt.

Dagdelen plädierte dafür, von dem UZ-Pressesfest aus ein Zeichen zu setzen: „Wir brauchen

gemeinsame Demonstrationen gegen einen kalten Winter, gegen hungern, gegen frieren und gegen den Wirtschaftskrieg gegen Rußland.“ Jeder, der mitmacht, sei willkommen: „Lassen wir uns nicht kirre machen von denen, die versuchen, uns in die rechte Ecke zu schieben, die uns vorschreiben wollen, an welchem Wochentag ihnen unser Protest genehm ist. In Wahrheit wollen sie doch Ruhe an sieben Tagen in der Woche. Wir sagen dagegen: Schluß mit der Friedhofsruhe in diesem Land!“

Auch Anne Rieger sprach sich in ihrem Grußwort für den Bundesausschuss Friedensratsschlag für „eine radikale Kehrtwende“ aus: „Wir sagen nein zu Waffenlieferungen in die Ukraine und nein zu Wirtschaftsblockaden. Wir fordern stattdessen die Öffnung von Nord Stream 2 zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger.“

Gut gebrüllt, könnte man sagen. Nun muß die Orientierung des Antikriegsmeetings und der vielen inhaltlichen Runden auf dem UZ-Pressesfest in die Tat umgesetzt werden: Bei den anstehenden Protesten gegen die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise und den Aktionen der Friedensbewegung am 1. und 3. Oktober bundesweit und in Kalkar. Die Kür wird es sein, Friedens- und Sozialproteste zusammenzuführen. Das UZ-Pressesfest war in diesem Sinne ermutigend – wir sehen uns auf der Straße.

Wera Richter

Aus: UZ, 2.9.22

... nehmen Sie Ihren Hut, Frau Baerbock

Rede von Barbara Majd Amin, Mitglied der AG Frieden der GEW und aktiv in der Friedenskoordination Berlin, zum Antikriegstag am 1. September vor dem Außenministerium in Berlin

Frau Baerbock, z.Zt. Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland, wir besuchen Sie heute in Ihrem Amtssitz, weil wir von Tag zu Tag mehr erleben müssen, daß Sie dringend eine gute Beratung brauchen. Diese bieten wir Ihnen hiermit an.

In der kurzen Zeit, seit Sie im Amt sind, haben Sie es fertiggebracht, auch die letzten Grundsätze guter Außenpolitik, die von Ihnen auch nicht unbedingt brillanten Vorgängern im Amt noch übrig waren, über Bord zu werfen. Statt dessen entfalten Sie einen bunten Strauß von bunten Wortblasen:

Keine Rede von Ihnen ohne die Beschwörung der „unverbrüchlichen transatlantischen Freundschaft“. Keine Rede ohne das Lob der „Wertegemeinschaft NATO“, die angeblich unsere Wertegemeinschaft ist. Und Sie reklamieren diese Werte auch für sich, für ihre „feministische, wertebasierte Außenpolitik“. Welche Werte meinen Sie?

Wir hörten von Ihnen: Wir sollen nicht kriegsmüde werden – sollen wir also bereit sein zum Krieg?

Das ist kein Wert, sondern strafbar, Frau Baerbock.

Wir hörten von Ihnen, daß Sie in unserem Namen Rußland, unseren europäischen Nachbarn, ruinieren wollen.

Das ist kein Wert, sondern strafbar, Frau Baerbock.

Wir hörten von Ihnen, daß es niemals mehr Gespräche mit dem russischen Präsidenten geben wird.

Sprach- und Kontaktsperre aber, Frau Baerbock, ist kein Wert, sondern großwahnsinnige politische Dummheit.

Wie wollen Sie aus dieser selbstgestellten Falle wieder herauskommen? Langfristig kann es Frieden in Europa nur mit Rußland geben. Wie wollen Sie dahin kommen, ohne Reden, ohne Verhandeln?

Wir hörten von Ihnen und Ihrem Ministerkollegen und Parteifreund Robert Habeck, daß wir solidarisch sein sollen, indem wir kalte Wohnungen und unbezahlbare Lebensmittel frohen Herzens ertragen.

Das ist kein Wert, Frau Baerbock, sondern ein Mißbrauch des Gedankens der Solidarität, es ist eine Frechheit.

Wir meinen, ins Handbuch guter Außenpolitik gehört, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, Streitfragen ausschließlich mit diplomatischen Mitteln, also friedlich, zu klären, Verträge zu schließen und einzuhalten, in Krisensituationen einer politischen oder militärischen Eskalation entgegenzuwirken.

Sie aber tun das Gegenteil.

Sie sind als Außenministerin dabei, unser Land und unser aller Leben in immer größere Gefahr zu bringen, indem Sie im Ukrainekrieg mit Aufrüstung, Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg Öl ins Feuer gießen.

In wessen Interesse?

In unserem nicht, wohl aber im Interesse der USA, die weit weg vom eigenen Kontinent in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Rußland führen und nun auch noch gegen China zündeln.

Sollte Ihnen diese Erkenntnis neu sein, empfehlen wir Ihnen, sich eine Auszeit zu nehmen und das Buch von Zbigniew Brzezinski „Die einzige Weltmacht“ zu lesen. Vielleicht erkennen Sie dann, daß es den USA nicht um transatlantische Freundschaft geht, sondern um knallharte Durchsetzung ihrer Weltmachtinteressen.

Uns aber bringt diese Politik in Gefahr. Nach Ihren letzten Äußerungen zu Taiwan, Frau Baerbock, ahnen wir, was uns nun auch noch von Ihrer angekündigten China-Strategie droht: die politische und militärische Konfrontation gegen China – mit deutscher militärischer Unterstützung.

Das ist unverantwortlich und kreuzgefährlich – wenn Sie nicht endlich einhalten, raten wir Ihnen: nehmen Sie Ihren Hut, Frau Baerbock.

Handwerker für den Frieden

Am 28. August haben im anhaltinischen Dessau mehr als 2 000 Menschen an einer Friedenskundgebung teilgenommen, zu der die Kreishandwerkerschaft Anhalt aufgerufen hatte.

Dieses Meeting fand große Resonanz in der Bevölkerung. Die Handwerker forderten „Friedenspolitik statt Krieg, keine Waffenlieferungen an die Ukraine sowie den Stopp von Sanktionen“. Angekündigt wurde, den Protest gegen die Politik der Bundesregierung und drastisch steigende Lebenshaltungskosten lokal fortzusetzen.

nicht ständig durch neue Maßnahmen die Lage zum Schaden von uns allen weiter verschärft wird.

Die Menschen brauchen Zukunftssicherheit und bezahlbare Heiz-, Strom- sowie Lebenshaltungskosten!

Wie kann zugelassen werden, daß ältere Bürger in Heimen oder zu Hause darauf vorbereitet werden, im kommenden Winter zu frieren?

Hohe Materialpreise und Lieferengpässe belasten auch die Elektro-, Sanitär-Heizung-Klimafirmen, sowie das Metallhand-

Die Menschen, die sich in Dessau versammelt haben, seien ein Zeichen dafür, „daß in diesem Lande im Endeffekt Millionen stärker sind als die, die uns regieren und dabei glaubten, uns in den Krieg führen zu können. Das ist die Botschaft von Dessau heute.“

„Was ist das für ein Irrsinn, in dem wir leben? Wir führen einen Wirtschaftskrieg. Und ich finde, wir sollten das verharmlosende Wort Sanktionen aus unserem Wortschatz streichen.“

Es sei ein Wirtschaftskrieg gegen Rußland, der uns mehr schade als Rußland.

Man wolle weder einen Schaden für die Wirtschaft noch für die Menschen in Rußland, mit denen uns historisch und aktuell so viel verbindet, noch dürften wir hier in Deutschland darunter leiden. Dieser Wirtschaftskrieg, der die Bevölkerung aller Länder treffe, müsse beendet werden.

Verhandeln statt schießen, lautet die Botschaft.

Braun kritisierte hart die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für das Militär. Seien das Kriegskredite?, „Wer zahlt die? Doch wir! An allen Ecken unseres Landes wird das Geld dringender gebraucht.“

Die deutsche Außenpolitik habe sich Moral auf die Fahnen geschrieben. „Moral mit den Schlächtern von Saudi Arabien, Moral mit den Völkerrechtsbrüchen von Marokko, Moral mit den Ausbeutern und Unterdrückern von Katar? Was ist das für eine elende Doppelmoral, die diese Regierung als Politik verkauft? Es brauche eine Politik der gemeinsamen Sicherheit. „Deutschland ist nur sicher, wenn auch Rußland sicher ist“, so Braun.

Man dürfe nie vergessen, „daß 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion ihr Leben haben lassen müssen, dafür, daß unser Land vom Faschismus befreit werden konnte. Wir haben nicht vergessen, daß Freundschaft mit Rußland Frieden in Europa bedeutet.

Gegen eine kriegsbesoffene Regierung und eine Außenministerin, die eine Schande für unser Land ist, gibt es nur eines: einen Aufstand der Anständigen.“

Die Veranstaltung in Dessau könne ein Signal für mehr Protest in diesem Herbst sein, für mehr Engagement auf jedem Marktplatz in jeder Stadt. Das verlange von uns allen mehr Aktivitäten. Man müsse mit den Nachbarn, den Kollegen und Freunden darüber sprechen. Wir brauchen das große Gespräch, den großen Dialog in der Bevölkerung, um die Bewegung auf die Beine zu kriegen, die diese kriegsverherrlichende Politik stoppen kann. Die Frage Frieden oder Barbarei stehe.

„Wir wollen den Frieden!“

RF



Protestkundgebung am 28.8.22 in Dessau

Karl Krökel, Kreishandwerksmeister Anhalt Dessau-Roßlau, Reiner Braun, Executive Direktor International Peace Bureau, und Michael Müller, ehemaliger Staatssekretär im Bundesumweltministerium, wandten sich an die Teilnehmer:

Krökel erklärte: „Seit Februar 2022 hat die EU mehrere Sanktionspakete gegen Rußland verhängt.

Was haben diese zahlreichen Sanktionen bewirkt? Der Aspekt, daß derartige Strafmaßnahmen konfliktverschärfend wirken, ist völlig vernachlässigt worden. Es wurde nicht verstanden, dass Rußland auf eine eskalierende Sanktionspolitik zum Teil mit einer militärischen Eskalation antwortet, die auch für uns gefährlich werden kann. Weiterhin wurde völlig ignoriert, dass die verhängten Sanktionen mehr uns als Rußland schaden könnten. Wir haben Sorge um eine massive Schädigung unserer Wirtschaft, einhergehend mit Massenarbeitslosigkeit und daß die Bürger ihre Gas- und Stromrechnungen und ihren Lebensunterhalt nicht mehr bezahlen können.

Die Bundesregierung hat die Bürger auf eine „Mangellage“ vorbereitet. Gemeint sind damit Gasrationierung, Notfallpläne, Stilllegungen, obwohl es das alles ohne Sanktionen und mit Nordstream 2 nicht braucht!

Was wir erleben, ist ein energiepolitisches Desaster! Und für dieses Desaster trägt allein die Regierung die Verantwortung!

Wir erwarten von der Politik, daß unsere ernsthaften Sorgen respektiert werden und

werk. Die Kunden haben für höhere Preise kein Verständnis, aber nach Herstellern und Händlern sind unsere Handwerksbetriebe das letzte Glied in der Kette vor dem Endkunden. Zwei bis drei Preissteigerungen für ein und dasselbe Produkt in immer kürzeren Abständen sind keine Seltenheit. Zudem führt die außer Kontrolle geratene Preisspirale zu einem wachsenden Vertrauensverlust der Endkunden.

Auch das Malerhandwerk spricht von einer beispiellosen Welle von Preiserhöhungen. Die Folge: Die Preise für Malerarbeiten steigen. Unsere Malerbetriebe können das nicht abpuffern. Auch hier droht Stillstand auf Baustellen und eine Pleitewelle.

Den Luxus, nichts zu tun, können wir uns einfach nicht mehr leisten, weil die Lebensgrundlagen ganzer Generationen in Gefahr sind!“

Der Geschäftsführer des Internationalen Friedensbüros, Reiner Braun, sagte: „Wir wollen Frieden! Frieden in der Ukraine. Und Frieden weltweit.“

Man wisse, daß diejenigen, welche sich für den Frieden einsetzten und einsetzen immer und immer beschimpft und verunglimpft wurden und würden. Man habe weder die Verunglimpfungen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie die Verunglimpfung von Petra Kelly und anderen in den 80er Jahren vergessen. Reiner Braun hob hervor: „Wer sich für den Frieden engagiert, braucht Courage.“

„Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit.

Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung.

Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.“

Antonio Gramsci

Für den heißen Herbst mobilisieren

Erklärung des Bundessprecherrates der Kommunistischen Plattform, 9. September 2022

Zeitgleich mit den von der LINKEN organisierten Protesten in Leipzig fand am 5. September 2022 eine von einem linken Bündnis organisierte Auftaktkundgebung in Berlin statt, an der über tausend Menschen teilnahmen. (...)

Der Verlauf der Kundgebung führte die gezielte Propaganda nicht nur des Verfassungsschutzes ad absurdum, hier fänden Querfrontaktionen statt. Wie auch, wenn der AfD-Vorsitzende Chrupalla im Kontext mit dem sogenannten jüngsten Entlastungspaket zum Ausdruck brachte, seine Partei sei gegen eine Abschöpfung durch die „Übergewinnsteuer“, da sie gegen Eingriffe in den Markt sei. Niemanden, der das Parteiprogramm der AfD gelesen hat, konnte das überraschen. Es ist eben keine Partei der „kleinen Leute“, sondern die Kampfesreserve des Kapitals für den Fall der Fälle. Es reicht nicht, über letzteres nur aufzuklären, wobei führende Genossen unserer Partei selbst auf die antikapitalistische Aufklärung verzichten. Es ist notwendig, daß Die Linke gemeinsam mit anderen, den Sorgen und Nöten ungezählter Menschen ehrlich verpflichteten Kräften, den heißen Herbst auf den Straßen organisiert. Wir wollen auch auf die Menschen nicht verzichten, die in ihrer Not sagen, sie würden protestieren, wer auch immer zu Protesten aufrufe. Wir teilen daher Janine Wisslers Position, „wir werden den Rechten die Straße nicht überlassen“. Deshalb handelt Die Linke überall dort richtig, wo sie die Initiative zu den Protesten ergreift.

Das ist notwendig, weil unsere Partei die Interessen aller mit zum Ausdruck bringen muß, die unter der Politik der Sanktionen und Waffenlieferungen leiden, und weil selbstverständlich sich daher auch Die Linke gegen die Interessen einer mit gewaltiger direkter ökonomischer und indirekter politischer Macht ausgestatteten Minderheit wenden muß, die von Kriegen und deren Folgen profitiert; stellvertretend sei Rheinmetall genannt. Rheinmetall hat schon an den ersten zwei Weltkriegen verdient. Einen dritten Weltkrieg würde auch Rheinmetall nicht überleben. Und der wird vorbereitet. Das scheinen bestimmte Kapitalvertreter nicht zu begreifen. Sie sind Spekulanten und spekulieren nicht nur an den Börsen. Sie zocken ebenso, wenn es um Sein oder Nichtsein der Zivilisation geht. Und die Ampel? Sie denkt (vielleicht), sie sei an der Macht. Dabei ist sie nur an der Regierung.

Im Verlauf der Berliner Kundgebung am 5. September wurde bewiesen:

Wenn der Aufruf zu einer Aktion einen klar antifaschistischen Charakter trägt, die Rednerinnen und Redner internationalistisch und solidarisch auftreten und es gelingt, auch Migrantinnen und Migranten zur Teilnahme zu mobilisieren, dann ist kein Platz für Nazi-Töne und -symbole.

Linke verschiedener Couleur können miteinander demonstrieren, wenn sie Gemeinsamkeiten hervorheben und Trennendes hintenanstellen.

Es ist möglich, eine kämpferische und zugleich friedliche Veranstaltung durchzuführen, auf der im Verlauf einer Stunde alles Notwendige gesagt wird. Es ist daher möglich, daß am Ende

einer Kundgebung noch genauso viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Platz sind wie zu Beginn.

An der Kundgebung am 5. September 2022 nahmen viele Mitglieder der Partei Die Linke teil. Es waren Bundestagsabgeordnete und zwei Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses vor Ort und ebenso Abgeordnete der Linksfraktionen von Bezirksverordnetenversammlungen sowie gewählte Mitglieder von Bezirksvorständen der Partei. Von sechs Rednern auf der Kundgebung waren die Hälfte Mitglieder unserer Partei. Es zeichnet sich ein Differenzierungsprozeß ab. Setzen sich in der Partei diejenigen durch, die den Widerstand auf der Straße organisieren und in den Parlamenten artikulieren, dann schärfte sich das Profil der Linken gemäß ihrer Programmatik. Dann hätte unsere Partei eine Chance, die tiefe Krise zu überwinden, in der sie sich derzeit befindet. Wer das nicht sieht, setzt die Partei mit ihren Ramelows und Lederers gleich. Es sind nicht nur die Regierungssozialisten, die sich um Stimmungen an der Parteibasis nicht scheren. Es kann auch eine Schwäche von Parteilinken sein. Manche von ihnen negieren, daß Die Linke mehr ist als die bereits stellvertretend Genannten, die vermutlich um ihrer persönlichen Karriere willen eine politische Linie präferieren, die eine sich als sozialistisch verstehende Partei in ihrer Existenz gefährdet. Die Kommunistische Plattform ruft dazu auf, alles zu tun, um für den heißen Herbst zu mobilisieren. Auch deshalb, weil wir wollen, daß unsere Partei eine Chance hat, ihre Krise zu überwinden. (...)

Redaktionell leicht gekürzt

Einmal im Jahr bitten wir herzlich, aber dringend

Wie in jedem Jahr legen wir der Oktober-Ausgabe des „RotFuchs“ ein Überweisungsformular bei. Wir bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuwerfen.

Wir wissen, daß in diesen Zeiten viele unserer Bezieher einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Auf Grund der Entscheidung der Bundesregierung, aktiv in den Krieg gegen Rußland einzugreifen, die größte Hochrüstung der deutschen Geschichte in Höhe von hunderten Milliarden Euro zu beginnen und einen Wirtschaftskrieg gegen den Hauptenergie-lieferanten der BRD zu führen, steigt die seit fast zwei Jahren rasch zunehmende Teuerung wahrscheinlich bald in den zweistelligen Bereich. Sie frißt an Renten, Stipendien, an allen niedrigen Einkommen – in der Bundesrepublik wurde erneut ein gigantisches Verarmungsprogramm in Gang gesetzt. Jeder bekommt das zu spüren und je kleiner die Haushaltseinkommen sind, desto mehr. Auch der „RotFuchs“ ist von diesen Entwicklungen betroffen: Die Preise für Papier, Druck und Vertrieb steigen bereits jetzt und werden voraussichtlich weiter steil in die Höhe gehen. Wir möchten aber gerade in unserem Jubiläumsjahr – im Februar 2023 wird der „RotFuchs“ 25 Jahre alt – an unserem Ziel festhalten, allen Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken in diesem Land und darüber hinaus eine kostenlose, durch Spenden finanzierte Monatszeitschrift zur Verfügung zu stellen.

Daher ist unsere Bitte um Zuwendungen erneut etwas dringender als in der Vergangenheit. Nicht alle Regionalgruppen des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. haben sich von den Unterbrechungen ihrer Veranstaltungstätigkeit durch die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder zur Eindämmung der Pandemie erholt. Ein wichtiger Teil unserer Werbung für den Bezug des „RotFuchs“ fiel dadurch weg. Ähnliches gilt

für zentrale Konferenzen. Anfang Juni 2022 konnte unsere erste zentrale Mitgliederversammlung seit 2017 stattfinden. Trotz aller Widrigkeiten erschien aber der „RotFuchs“ ohne Unterbrechung und der geschäftsführende Vorstand tagte regelmäßig.

Erneut zeigt sich in diesen Monaten, daß kritische linke Stimmen in diesem Land stets in Gefahr stehen, mundtot gemacht zu werden. Das gilt gegenwärtig insbesondere dann, wenn sozialer Protest und das Eintreten für Frieden auch mit Rußland und China zusammenkommen.

Der „RotFuchs“ bleibt in der Frage von Krieg und Frieden, von Antifaschismus und dem Krieg der Reichen gegen die Armen kompromißlos parteilich – so wie in der Verteidigung der DDR und der Traditionen der Arbeiterbewegung. Wir halten den Kampf für den Frieden und gegen imperialistischen Krieg heute für die wichtigste Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten und allen anderen Linken.

Dank großzügiger Spenden ist das Erscheinen des „RotFuchs“ gegenwärtig für ein Jahr finanziell gesichert, aber aus unserer Sicht ist es dringend nötig, den Einfluß unserer Zeitschrift zu erhöhen. Sie benötigt auf Dauer mehr Abonnenten und Unterstützer. Daher rufen wir alle Bezieher des „RotFuchs“ und alle Mitglieder unseres Fördervereins auf, für unsere Zeitschrift im Freundes- und Bekanntenkreis zu werben, und dazu, Spender und Mitglieder zu gewinnen. Wer noch nicht Mitglied im „RotFuchs“-Förderverein ist, der kann dies gerne werden. Ein Anruf genügt: 030-241 26 73. Wir, die „RotFuchs“-Macher, brauchen Eure Hilfe, damit die von ihren Freunden und Mitstreitern geliebte und vom Gegner gehaßte kommunistisch-sozialistische Zeitschrift weiter erscheinen und verbreitet werden kann.

Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger, Wolfgang Dockhorn, Jürgen Claubner

Warum sollten wir dem Irrsinn folgen?

In einem Interview mit dem RedaktionsNetzwerk[i] Deutschland, RND, erkennt der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) in (dem) selbst im Kalten Krieg verlässlichen Energie-Lieferanten Rußland einen „mörderischen Nationalismus“.

Geht es nach Ramelow, der nicht erst gestern im neo-liberalen Mainstream des CDU/CSU/SPD/FDP/Grünen-Einheitsbri der Bundesrepublik angekommen ist, dann müssen auch seine linken Wähler in Thüringen in diesem Winter ohne russisches Gas auskommen und zur symbolischen Unterstützung der faschistischen Demokratie in der Ukraine frieren. (...) Erklärt wird, daß sich sowohl die deutsche Bevölkerung also auch die übrigen Völker Westeuropas an einen angeblichen politischen Konsens halten müssen, der in der NATO und EU beschlossen wurde und zu dessen Umsetzung von uns allen verlangt wird, im kommenden Winter sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause zu frieren, daß die Kinder aus kalten Schulen krank nach Hause kommen, daß es ständig kurze oder längere Stromausfälle gibt, daß die Vorräte in den Tiefkühlchränken verderben, daß viele Lebensmittel in den Regalen fehlen oder wegen schwindelerregender Preise nur noch von den Gutbetuchten gekauft werden können. (...)

US-Studien, die sich mit sozialen Unruhen und den Bedingungen für offenen Aufruhr beschäftigen, gehen davon aus, daß es in Großstädten spätestens nach drei Tagen und Nächten ohne Strom zu Chaos, Plünderungen, Mord und Todschatz kommt. Nach wie vielen Stunden wird diese Hemmschwelle in deutschen Großstädten überschritten sein? Das werden wir wahrscheinlich schon in diesem Winter erfahren.

Und es wird nicht bei einem Winter bleiben, wie aus einem aufsehenerregender Artikel von Prof. Helen Thompson in der Financial Times (FT) vom am 19. August 22 hervorgeht. Frau Thompson ist Professor für Politische Ökonomie an der University of Cambridge und die FT ist das Zentralorgan der britischen und internationalen Geschäftswelt. Politisch folgt die neo-liberale Financial Times der britischen Regierungslinie und steht der US-Biden-Administration sehr nahe. Das drückte sich auch in ihrer bisherigen Berichterstattung über Rußland und Ukraine aus, in der sie einen streng anti-russischen Kurs nach dem Motto, die Ukraine muß gewinnen, eingehalten hat. Aufsehen erregend ist der analytische Artikel von Prof. Thompson deswegen, weil er mit seinem nüchternen Realismus mit der bisherigen FT-Line in bezug auf die Ukraine-Krise bricht und etliche unangenehme Wahrheiten beim Namen nennt. Da wäre z.B. das widerwillige Eingeständnis von Frau Thompson, daß der Westen, insbesondere Europa, dabei ist, den Wirtschaftskrieg gegen Rußland zu verlieren. Da ist ihre Anerkennung, daß die Dinge in Sachen Sanktionen gegen Rußland derzeit sehr schief laufen und daß die derzeitige Politik vom Westen nicht mehr lange durchgehalten werden kann. Etwas verklausuliert und dennoch deutlich legt Prof. Thomson den westlichen Regierungen nahe, schleunigst einen

Deal mit Rußland zu machen. Der Westen muß die Tatsache akzeptieren, daß er die Energieflüsse nicht diktieren kann. Auch die USA, gemeinsam mit EU und NATO samt der restlichen G7-Länder, können Indien und China und vielen anderen Ländern um den Globus nicht diktieren, von wem sie Öl kaufen dürfen und unter welchen Bedingungen sie das tun können. Sie können auch den Russen nicht ihren Willen aufzwingen. Alldieweil braucht der Westen insbesondere dringend russisches Gas und Öl, denn sowohl kurz- als auch mittelfristig wird es für Europa, vor allem für Deutschland, keine alternativen Energiequellen geben. Wir leben in einer Zeit, in der auch kurz und mittelfristig das Energieangebot nicht erhöht werden kann.

Soweit die Kurzzusammenfassung von Prof. Thomsons Analyse, die durch die Tatsache gekrönt wird, daß in derselben FT-Ausgabe ein Leitartikel der Redaktion mit einem ähnlichen Tenor erschienen ist. Darin heißt es zwar, daß Rußlands Wirtschaft „strauchelt“, aber „immer noch auf den Beinen steht“. Weiter erkennt der Leitartikel an, daß die Sanktionen der russischen Wirtschaft nicht den K.O.-Schlag versetzt haben, den viele im Westen erwartet und natürlich erhofft hatten. Die russische Wirtschaft funktioniert weiterhin, während die im Westen bereits lange vor dem Winter mit ersten Problemen zu kämpfen hat. Interessant ist hierbei vor allem, daß diese beiden Artikel einen sich anbahnenden Gesinnungswandel in den Topetagen der Geschäftswelt erahnen lassen, von dem allerdings in den ideologisch-verbohrten, politischen Stellungnahmen nach dem Motto „Ukraine muß gewinnen“ noch nichts zu spüren ist.

Was wir als wichtigste Aussage aus Prof. Thomsons Analyse mitnehmen sollten, ist die Feststellung, daß ohne Rußland das kurz- und mittelfristige Energieangebot weltweit nicht hinreichend erhöht werden kann, um uns in Europa in Zukunft kalte Winter zu ersparen. Die belgische Regierung scheint diesen Teil von Prof. Thomsons Lektion bereits verstanden zu haben, dass nämlich die Krise nicht kurzfristig vorbei ist, sondern mittelfristig bei uns bleibt.

„Die nächsten fünf bis zehn Winter werden schwierig werden. In ganz Europa entwickelt sich eine sehr schwierige Situation. Einige (Wirtschafts-)Sektoren haben mit diesen hohen Energiepreisen ernsthafte Schwierigkeiten“, sagte der belgische Premierminister[iii] Alexander De Croo am 22. August. Ob die belgische Regierung in Brüssel allerdings dazu fähig ist, aus dem EU- und NATO-Konsens auszusteigen und wie Ungarn das Wohl der eigenen Bevölkerung und die Energiesicherheit des Landes durch Importe aus Rußland ganz oben auf die nationale Prioritätenliste zu setzen, ist eine andere Frage. Auch der französische Präsident Emmanuel Macron hatte kürzlich eine ominöse Warnung für das gemeine Volk. Anlässlich der ersten Kabinettsitzung nach den Sommerferien bereitete er die Franzosen darauf vor, sie müßten mit großen Opfern rechnen, was jetzt komme, sei das „Ende des Überflusses, ...

das Ende der Fülle von technologischen Produkten, die immer verfügbar schienen; das Ende des Überflusses an Land und Materialien, einschließlich Wasser“.

Ganz anders war da die jüngste Reaktion an der politischen Spitze in Bulgarien, das jetzt dem Beispiel Ungarns zu folgen scheint. Da es Bulgarien nicht gelungen ist, angesichts des nahenden Winters alternative Gaslieferanten zu finden, möchte das Land wieder Gas aus Rußland beziehen.

„Die bulgarischen Unternehmen werden den hohen Gaspreis nicht verkraften können, was in der Praxis Verhandlungen mit Gazprom Export über die Wiederaufnahme der Gaslieferungen im Rahmen des aktuellen Abkommens unumgänglich macht“, betonte Rosen Hristov, der Energieminister des Landes, anlässlich seiner Gespräche in Moskau.

Da fragt man sich natürlich, warum sollen wir in Deutschland dem puren Wahnsinn folgen, den Graf Lambsdorff von uns verlangt, daß wir nämlich einen EU-NATO-Konsens einhalten, zu dem wir weder befragt wurden noch darüber abstimmen konnten. Warum sollen wir dem Irrsinn folgen, der zwangsläufig zur dauerhaften Schließung jeder Menge mittelständischer Betriebe, zum Zusammenbruch von Lieferketten, auch im Lebensmittelbereich, führt und – nicht zu vergessen – die Arbeitslosigkeit in ungeahnte Höhen treiben wird.

Diese Aussichten können in wenigen Monaten schon schreckliche Realität werden und das Ende unserer Zivilisation bedeuten, wenn wir nichts tun, statt dem Beispiel Ungarns und Bulgariens zu folgen.

Warum sollen wir uns an einen Konsens von NATO und EU halten? Wer hat das in der NATO und der EU bestimmt? Wir sind das Volk! Haben wir die EU- und NATO-Eliten gewählt? Ganz bestimmt nicht. Haben die EU- und NATO-Eliten eine demokratische Legitimation, diese uns zerstörenden Entscheidungen zu treffen? Ganz bestimmt nicht! Aber die SPD/FDP/Grünen/ CDU/CSU/Linken-Einheitspartei in Berlin ist der Handlanger der EU/NATO-Eliten, die wiederum der „regelbasierten Ordnung“ aus Washington folgen. Ist sich das deutsche Volk dessen bewußt? Was tun wir, um unsere Selbstbestimmung zurückzugewinnen? Die Uhr tickt. Wenn wir bis zum Winter warten, wenn jeder voll damit beschäftigt ist, seine Familie notdürftig zu versorgen, wird es zur Organisation und Schaffung von Netzwerken für zivilen Widerstand womöglich zu spät sein.

Rainer Rupp
Saarburg

Redaktionell gekürzt

Quellen:

[i] <https://pressefreiheit.rtdte.tech/inland/146864-bodo-ramelow-in-russland-bricht/>

[ii] <https://www.theautomaticearth.com/2022/08/eu-controlled-demolition/>

[iii] <https://www.brusselstimes.com/belgium/276613/de-croo-the-next-five-to-ten-winters-will-be-difficult>

„... da sagte ihm der Arme bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich!“ (II und Schluß)

Jetzt, wo sich die Armut zu einer Katastrophe ausweitet, unternimmt die Regierung wieder nichts Wirksames, was sie und besonders Finanzminister Lindner nicht anficht. Der gehört zu den oberen Zehntausend und ist ausschließlich deren Lobbyist. Was anderes kann er nicht, Skrupellosigkeit genügt als Qualifikation. Er sagte fast wörtlich, daß die Armen ja nun schon arm seien, die spielen keine Rolle mehr, nun sollte man die Mittelschicht vor der Armut bewahren. Doch was macht er? Er nutzt die selbsterschulde-

könnte arme Familien auch aus der Armut holen oder, weil das mit dieser Regierung Illusion ist, Waren des Grundbedarfes für arme Familien kostenlos abgeben.

„Arbeitsminister“ Heil will anstelle von Hartz IV das seit Jahren debattierte „Bürgergeld“ einführen – oder hat er schon? Es ist nur rund 50 Euro höher, also sinnlos. Heil hält das System „Fordern und Fördern“ weiterhin für das Allheilmittel. Das ist Zynismus höchster Güte. Diese sogenannten Förderungen erreichen die Bedürftigen nicht. Fördergelder

wohlhabenden Verwandten haben, der sie ein paar Jahre durchfüttert, Miete zahlt usw. Für Akademiker tun Arbeitsämter und Jobcenter ohnehin nichts. So besorgte ich mir einen Studienplatz mit sicherer Aussicht, anschließend Arbeit zu finden. Irgendwelche Geldtöpfe anzuzapfen, gelang mir jedoch nicht, nicht mal bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, was mich heute nicht mehr wundert. Wäre ich Schulabbrecher, hätte ich jetzt drei nette Handwerksberufe. Diese werden gefördert, die Intelligenz der DDR sollte an den sozialen Rand gedrängt werden.

„Fordern und Fördern“ ist auch deshalb der blanke Zynismus, weil Arbeitslose angeblich angeregt werden sollen, sich Arbeit zu suchen, die es nicht gibt. Ich warf vor einiger Zeit die unzähligen Bewerbungen meiner sinnlos verbrachten Lebenszeit weg, laut Ablehnungen war ich meist „überqualifiziert“, daß ich Frau und ab 38 bis später 48 „zu alt“ war, dämmerte mir auch irgendwann.

Dann haben wir noch den „Experten“ Habeck mit der einzigen Qualifizierung, Antikommunist und Russenhasser zu sein. Deshalb dreht er uns den Gashahn und andere Quellen ab, weil es Putins Rohstoffe sind. Die extremen Existenzsorgen der armen Mitbürger bügelt er arrogant ab: „Kriegst du nicht, Alter.“ Daß er sich nicht mehr wäscht, reicht nicht aus, um Gas zu sparen; wenn die Armen sich nun weigern, ihre Pools nicht mehr mit Putins Gas zu beheizen und ihre SUVs nicht mehr mit dem Gartenschlauch zu waschen, sieht es schlecht aus. Seine Bücklinge bei den arabischen Autokraten brachten kein Ergebnis, auch ansonsten sind keine echten Alternativen zum Gas aus Rußland in Sicht. Wenn demnächst die Restfläche der BRD mit Windmühlen versiegelt ist, könnte es auch den Grünen Habeck und Baerbock dämmern, daß sich Windmühlen und Solarpaneele nicht so gut mit einem Stromnetz vertragen. Ich vermute, daß die beiden im Gymnasium das Fach Physik abgewählt hatten. Da legt man doch lieber das PCK Schwedt und Leuna still. Macht nichts, betrifft ja nur die verzweigten Ossi, die sind so russenfreundlich, fast selber solche Untermenschen wie die Slawen in Rußland, die man schon mehrfach zu versklaven gedachte und die der polnische Elektriker Lech Walesa, den die USA mal zum Präsidenten machten, aktuell auf 50 Mio. reduzieren möchte. Die „Ratschläge“ der Olivgrünen an das Volk zum Energiesparen machen noch was deutlich: wie verschwenderisch und unbedarft die Elite selber mit dem kostbaren Gut umgeht, ohne Sinn und Verstand. In der DDR achteten die meisten von uns auf sparsamen Umgang mit (Warm-)Wasser, Heizung, und zwar aus Vernunft, obwohl keiner befürchten mußte, die Heizkosten nicht aufbringen zu können. Die Sanktionen gegenüber Rußland sind einfach nur dumm, rassistisch und chauvinistisch und gehören aufgehoben.

Martina Dost
Vierlingen



te Krise, Geld weiter von unten nach oben zu verteilen, die Extraprofiten der Superreichen („Übergewinne“) bleiben sicher – und der Kanzler guckt zu.

Da sie Putins Gas nicht wollen, darf ein Gas-einkaufskonzern den Markt leerkaufen, ohne auf den Preis zu achten, es werden wieder die Großen „gerettet“, wie immer; dabei könnte man sie entweder verstaatlichen, wenn man schon Geld hineinsteckt, oder man „rettet“ nicht, sondern läßt die Profiteure, die Aktienbesitzer, ihren Konzern retten.

Für „alle“ gibt es die Gasumlage. Aber daran ist Putin schuld, der einen Gaskrieg führt, einen Weizenkrieg, der ist auch schuld am Hunger in der Welt, am „brutalen Angriffskrieg in der Ukraine“, überhaupt an allem.

Frau Baerbock hingegen tut was gegen die Armut, da reibt man sich die Augen: Sie unterstützt in ihrem Wahlkreis Potsdam Zuckertüten-Bastelkurse für „von Armut betroffene Eltern“, die sich keine Zuckertüte für ihre Erstklässler leisten können. Da kann sie wenig Schaden anrichten, außerdem leitet sie das Basteln selber. Weiterhin unterstützt sie das Sammeln von alten und neuen Schulranzen der AWO (20 Stück haben sie schon) sowie von Spenden für die Erstaussstattung von Erstklässlern. Diese kostet pro Kind stolze 430 Euro, das entspricht etwa dem Hartz-IV-Satz des zweiten Mitgliedes einer Bedarfsgemeinschaft nach dem Haushaltsvorstand. Das ist sehr löblich, aber man

bekommen z. B. Unternehmen, die Arbeitslose einstellen, nicht die Arbeitslosen. Deren Lohnhöhe wird nicht kontrolliert. Wenn der Zeitraum der „Förderung“ abgelaufen ist, folgt meist die Entlassung, für die nächsten gibt es ja wieder eine Förderung. So lief das auch mit den ABM-Stellen: Die Träger lebten wunderbar davon, bis hin zum Einfamilienhaus auf teurem Baugrund für den Chef unter extremer Ausbeutung seiner Angestellten, der „Dozenten“ seiner „Weiterbildungseinrichtung“. Denn Geld vom Staat gab es pro Arbeitslosen, der irgendwie im Projekt sinnfrei beschäftigt wurde, wie der Träger das Geld verwendete, blieb dessen Privatsache. Das Ergebnis sind absolut niveaulose „Weiterbildungen“. Die Ämter interessiert das alles nicht, auch nicht, ob die Maßnahme anerkannt wird. Wenn nicht, gibt es sowieso keinen Job. „Fordern und Fördern“ – alles nur zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Für richtige Ausbildungen, mit denen man anschließend Arbeit bekäme, zahlen die Ämter nicht. Diese dauern in der Regel drei Jahre, maximal zwei Jahre werden genehmigt, also darf man gar nicht erst beginnen.

Arbeitslose dürfen laut Gesetz keinen Abschluß an einer Hoch- oder Fachschule anstreben. D. h., sie dürfen, bekommen aber kein Arbeitslosengeld mehr. Das ist gerade für die DDR-Bürger tragisch, die nach 1990 ihre Arbeit verloren, nirgends mehr Fuß fassen konnten, ohne Reserven sind und keinen

Das Führungskommando

Seit dem 1. Oktober gibt es das „Territoriale Führungskommando der Bundeswehr“. Offiziell heißt es laut Bundesverteidigungsministerin Lambrecht, daß damit „die nationale territoriale Führungsfähigkeit über das gesamte Spektrum Frieden, Krise, Krieg hergestellt wird“. Wie entsprechenden Veröffentlichungen zu entnehmen ist, soll das neue Kommando künftig unter anderem für die „operative Führung nationaler Kräfte im Rahmen des Heimatschutzes“ zuständig sein. Neben der Amts- und Katastrophenhilfe beinhaltet das auch die zivil-militärische Zusammenarbeit von Polizei und Bundeswehr bei der Terrorabwehr, sowie bei der Zerschla-

als „innenpolitisches Machtinstrument“ gegen die aufbegehrenden Bürger eingesetzt werden. Die in dem Zusammenhang von den Richtern aufgestellten begrenzten Einsatzbedingungen dürften bei den jeweils Verantwortlichen der Bundeswehr kaum Beachtung finden, zumal sich Politiker damals bereits seit mehr als 20 Jahren – nicht erst seit 2012 – für Einsätze der Bundeswehr im Innern bei einem Ausnahmezustand stark machten. In einem Beitrag der Bundeszentrale für Politische Bildung vom 12.4.2017 unter der Überschrift „Deutschland und der Ausnahmezustand“ kann man u.a. lesen: „Der Ausnahmezustand stellt eine Art juristische Hintertür zum Schutz der staatlichen Sicherheit dar. Im Falle von Angriffen, Naturkatastrophen oder Umsturzversuchen behalten sich Staaten damit das Recht vor, Teile der Verfassung zumindest vorübergehend außer Kraft zu setzen. Das deutsche Grundgesetz sieht stattdessen die Notstandsgesetze vor.“ Was die Notstandsgesetze beinhalten, kann man ausführlich im Internet nachlesen. Bleibt die Frage, was das europäische Recht zu den aufgeworfenen Problemen sagt. Eine Antwort gibt es u.a. in der Europäischen Menschenrechtskonvention, die 1953 in

Kraft trat. In dieser Konvention verpflichten sich die europäischen Staaten, „die Menschenrechte und Grundfreiheiten im eigenen Hoheitsgebiet und untereinander anzuerkennen“. Im Artikel 2 – Recht auf Leben – kann man lesen: „Unter bestimmten Bedingungen (z. B. bei Nothilfe, Festnahmen oder der rechtmäßigen Niederschlagung eines Aufstands) ist jedoch nach Art. 2 Abs. 2 auch eine tödliche Gewaltanwendung erlaubt.“ Europäisches und bundesdeutsches Recht widersprechen sich also nicht.

Unter Berücksichtigung der Aussagen vom Außenministerin Baerbock sind die vorgenannten Fakten jedoch beachtenswert. Ihre Erklärung im Juli, wonach bei einem Gasstopp aus Rußland vor „Volksaufständen“ in Deutschland zu warnen sei, macht deutlich, daß man sich in Regierungskreisen schon mit solcher Problematik beschäftigt hat. Und auch Innenministerin Nancy Faeser erklärte, daß die Repressionsorgane darauf vorbereitet seien. Weitere Regierungsvertreter ließen in differenzierten Äußerungen erkennen, daß steigende Gas- und Lebensmittelpreise zu sozialen Unruhen im Herbst führen könnten. Gewissermaßen zur Vorbeugung rief der Kanzler zum „Zusammenhalt“ auf und die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann forderte von den Bürgern „Opferbereitschaft“. In einem sind sich die deutschen Politiker jedoch einig – mehr Waffen für die Ukraine, für den Tod, bzw. für die „Verteidigung auch unserer Freiheit“, wie sie so gerne betonen. Damit ist die Vasallentreue zu

den USA weiter gegeben. Und das nicht nur auf diesem Gebiet. Recherchiert man zu den unterschiedlichsten politischen Problemen im Internet, kommt man an den sogenannten Cookies nicht vorbei, denen man zustimmen muß. Keine Zustimmung, keine Infos. Stimmt man zu, so muß ich zur Kenntnis nehmen, daß meine Daten verarbeitet werden und ich der Datenübermittlung in die USA zustimme. Der maßlos übertriebene Datenschutz in Deutschland spielt hier keine Rolle. Auf jeden Fall möchte man auch in den USA wissen, wer in Deutschland worüber recherchiert. Und dann gibt es ja auch noch die Zusammenarbeit der Geheimdienste ...

Man könnte an dieser Stelle noch eine Vielzahl von Äußerungen der deutschen Politiker anführen, in denen deutlich wird, daß sie mit Sorge auf den Herbst blicken, wegen möglicher radikaler Proteste gegen die steigenden Preise aufgrund der Inflation, aber auch der Teuerung durch die Energiekrise, die, wenn man es realistisch betrachtet, hauptsächlich ihren Grund in den Sanktionen des Westens gegen Rußland haben.

Im Zusammenhang mit dem aktuellen Geschehen wird sichtbar: Es ist derzeit keine Kraft in Deutschland oder Europa vorhanden, die allumfassend Solidarität, Organisiertheit und Klassenbewußtsein schafft. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß die gegenwärtig zaghaften Proteste im Herbst anwachsen werden, da nicht nur die Preise, sondern auch Armut und Verzweiflung in Teilen der Bevölkerung wachsen. Und das wurde in Kreisen der derzeit Regierenden offensichtlich erkannt, die mit der eingangs genannten Schaffung des „Führungskommandos“ einen weiteren Teil zur Sicherung ihrer Macht vorangebracht haben.

Dietmar Hänel
Flöha



Schild an der Julius-Leber-Kaserne in Berlin-Wedding

gung von Aufständen in Deutschland. Anders gesagt, die Bundeswehr soll auch für Einsätze im Innern bereitgemacht werden. Das Verteidigungsministerium begründet die Entscheidung für die Aufstellung dieses Kommandos mit dem Ukrainekrieg. Der Schuldige an der Schaffung dieses Kommandos ist also gefunden – wie so oft Rußland. Ziel ist es, daß sich diese Aussage auch bei den Bürgern einprägt, um die bereitzustellenden erheblichen finanziellen Mittel auch zu begründen. Recherchiert man hierzu etwas genauer, so weiß man, daß dies eigentlich nur wenig mit diesem Krieg zu tun hat. Entsprechende Vorhaben wurden in den letzten Jahren immer wieder bekannt. Um alles auch „rechtlich abzusichern“, entschied das Bundesverfassungsgericht schon im August 2012, daß das bisherige Verbot, zur „Abwehr von Katastrophen militärische Waffen einzusetzen“, nicht mehr rechtens und so der Einsatz der Bundeswehr im Innern auch in Friedenszeiten nicht mehr auszuschließen sei. Bereits im Mai 2010 verwies das Bundesverfassungsgericht darauf: „Es ist sicherzustellen, daß die Streitkräfte niemals als innenpolitisches Machtinstrument eingesetzt werden. Abgesehen von dem extremen Ausnahmefall des Staatsnotstandes, in dem nur zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer als letztes Mittel auch Kampfeinsätze der Streitkräfte im Inland zulässig sind (Art. 87a Abs. 4 GG).“

Der Einsatz von Waffen im Innern durch die Bundeswehr ist also rechtens und sie kann

Schutz vor der Ampeldiktatur

Reklame für die Bundeswehr,
Wo steht: „Wir schützen Deutschland.“
Ja, wer bedroht uns bitte sehr?
Mir ist kein Land, das uns bedroht, bekannt.

Wer Handel treibt, natürlich ohne Waffen,
Dem ist die Sicherheit auch garantiert.
Nur Partnerschaft allein kann Frieden
schaffen,
Wenn dabei nimmer der Kommiß marschiert.

Und die Milliarden, die der Rüstung dienen,
Gefährden Frieden. Diese Welt braucht nicht
Heute noch ein deutsches Weltgendarmsicht.

Jetzt ein Heimatschutz vor all den Paladinen
Der Krisenkriegsverhältnisse tut not.
Das ist auf den Straßen das Gebot.

E. Rasmus

Deutschland zeitengewendet

Der Ukraine-Krieg verändert dieses Land rasant. Nehmen wir die 100 Milliarden zur Aufrüstung der Bundeswehr: Zwischen deren Ankündigung am 27. Februar, dem Beschluß im Bundestag (3. Juni) und der Bestätigung im Bundesrat (10. Juni) lagen 103 Tage. Keine Grundgesetzänderung zuvor ist schneller durchgewinkt worden. Eine gründliche Auseinandersetzung im Parlament, seinen Ausschüssen, in der Öffentlichkeit – Pustekuchen.

Zum Vergleich: Für die Grundgesetzänderungen der Notstandsgesetze hatte der damalige CDU-Innenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem späteren Bundeskanzler mit SPD-Partei-buch) einen ersten Entwurf im Jahr 1958 vorgelegt, es folgten jeweils revidierte Fassungen 1960, 1963, 1965 und endlich 1967; auf deren Grundlage wurde dann am 30. Mai 1968 das Grundgesetz mit den Stimmen der damaligen Großen Koalition von SPD und CDU im Bundestag geändert. Zwischen erstem Entwurf und Verabschiedung lagen zehn Jahre, breiteste Debatten in der Gesellschaft, Proteste und Streiks Hunderttausender.

Opponenten gegen die Notstands-Gesetze, unter ihnen die Autoren, kämpften unter dem Motto: „Und sie üben wieder fleißig für ein neues `33“. Sie sahen die demokratische Substanz des Staates gefährdet durch die Machtfülle der Exekutive gegenüber der Legislative, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die Einschränkungen von Grundrechten, darunter dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Berufsfreiheit, Freizügigkeit, Presse- und Meinungsfreiheit. Dazu seinerzeit der Antifaschist und hessische Generalstaatsanwalt in den Frankfurter Ausschwitz-Prozessen, Fritz Bauer: „Die Menschenrechte werden hierzulande nicht wie ein Heiligtum gehütet und gehegt, sie sind vielen nicht die Substanz der Verfassung, das A und O, ohne die unser Staat zu existieren aufhört. Die Ausnahmen, Einschränkungen und Vorbehalte pflegen hier gerne die Regel zu werden, da obrigkeitsstaatliches Denken nicht tot ist und durch das für die Gegenwart und Zukunft kennzeichnende Wachstum der Bürokratie immer neue Nahrung erhält.“¹

Eben das scheint bis heute eine Konstante (bundes-)deutscher Politik zu sein. Für die Grundgesetzänderung zum „Sondervermögen“ wurde zwar nur ein kleiner Absatz in Artikel 87a eingefügt, der den Bund außerhalb der Schuldenbremse zu jenen 100 Milliarden ermächtigt zwecks „Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit und Ertüchtigung der Streitkräfte“. Diese wenigen Worte aber haben es in sich.

Militarismus

Der Streit um die Notstandsgesetze wurde um die Abwehr des autoritären Staates geführt. Die aktuellen Unsummen für Rüstung berühren ebenfalls den Charakter des Staates: Gilt danach noch das Friedensgebot des Grundgesetzes? Die Höhe der Kriegskredite und die Begleitumstände der Grundgesetzänderung zeugen eher von einer Militarisation des Staates: Über Waffenlieferungen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten ist Deutschland Kriegspartei geworden. Die Bevölkerung ist aufgerufen, für den Sieg Opfer zu bringen, vom Frieren bis zum Wohlstandsverlust. Entsorgt wird die Überzeugung des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der bei seiner Vereidigung 1969 sagte: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken unterrichtet wurde, sondern heute ist der Frieden der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“² Heute machen Regierung und Massenmedien eine doppelte Rolle rückwärts, wenn sie geschichtsvergessen zurückfallen in die Terminologie des kriegsbesoffenen Kaiserreichs und vom Ziel des Ukrainischen „Siegfriedens“ schwadronieren, das zu erreichen, und vom russischen „Diktatfrieden“, der zu verhindern sei.

Äußerer und innerer Feind

Kein Militarismus ohne Feind. Zuerst wird der äußere Feind identifiziert und ausgeschaltet. In diesem Sinn sperrte youtube Ende 2021 dem Sender RT.DE die Kanäle, und die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg verweigerte ihm eine Sendelizenz für Deutschland. Die russische Regierung sprach von einem „Medienkrieg“³. Im nächsten Schritt wird der mit dem äußeren verbundene innere Feind dingfest gemacht. So schrieb der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff in DIE ZEIT online (12.4.2022): „Die Ostermarschierer sind die fünfte Kolonne Wladimir Putins, politisch und militärisch“ (sic!).

Für alle mehr oder weniger Oppositionellen wird der Raum für Politik- und Gesellschaftskritik immer enger; als ob sich die Herrschenden schon auf Proteste und Unruhen vorbereiten, an die die Unterdrückten noch gar nicht denken. Gerade bekam der Verfassungsschutz einen neuen Ermittlungs- und Beobachtungsauftrag für „den Phänomenbereich der

verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“⁴, laut Selbstdefinition der Schlapphüte geschaffen für „insbesondere gesellschaftliche Krisensituationen, etwa signifikante Einschränkungen im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen oder eine wirtschaftliche Rezession infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine“. Die könnten „instrumentalisiert werden, um Institutionen und Repräsentanten des Staates systematisch zu delegitimieren und das demokratische System insgesamt zu diskreditieren“⁵.

Einmal der Willkür Tor und Tür geöffnet, gibt es kein Halten mehr. So denkt Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger angesichts eines eintägigen (!) Streiks im Hamburger Hafen im Juli 2022 über „einen nationalen Notstand“ nach, „der dann auch Streikrecht bricht“.⁶ Dabei dürfte es dem Arbeitgeberpräsidenten nicht unbekannt sein, daß die deutschen Notstandsgesetze explizit das Streikrecht schützen! Wegen dieses Punktes war der DGB von einem – möglichen – Generalstreik abgerückt und hatte zugleich der SPD in der ersten Großen Koalition ermöglicht, den Notstandsgesetzen zuzustimmen. Noch 1966 hatte der DGB-Vorsitzende Otto Brenner im *Spiegel*-Interview (15.5.) gesagt: „Zur Rettung der Demokratie werden wir notfalls auch zu gewerkschaftlichen Aktionen aufrufen. Ich denke hier an das Beispiel des Generalstreiks von 1920, der einen Staatsstreich vereitelt hat.“ Doch in einer Zeit, in der schon Protest als Delegitimierung des Staates und potenziell rechtsradikal dargestellt wird, tritt das ein, wovor Fritz Bauer im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen gewarnt hatte: „Die – wenn auch zunächst nur theoretischen – Möglichkeiten der Suspendierung der Grundrechte können das Denken und Handeln bestimmen; sie bestätigen die vielen, allzu vielen, die an der Unverletzlichkeit der Grundrechte deuteln, auf ihren Realismus stolz sind und an das Ethos einer Staatsräson glauben.“⁷

Die Geschichte des Rechts ist republikanisch, die der Staatsräson absolutistisch.

Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann

Berlin

1 Fritz Bauer, „Einleitung“, in: Jürgen Seifert, Gefahr im Verzuge. Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung. Frankfurt am Main, 1963, S. 5-10, hier S. 10

2 Amtsantrittsrede von Bundespräsident Gustav Heinemann: Der Frieden ist der Ernstfall, 1. Juli 1969: https://ghdi.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=169&language=german

3 Schon ein Medienkrieg? Tagesspiegel, 17.12.2021

4 https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html

5 Ebd.

6 Arbeitgeberpräsident sieht Deutschland vor schweren Zeiten: „Die fetten Jahre sind vorbei“, RP online, 30. Juni 2022: https://rp-online.de/politik/deutschland/arbeitgeberpraesident-rainer-dulger-die-fetten-jahre-sind-vorbei_aid-72165113

7 Fritz Bauer, a.a.O.

Ein neues Buch von Christiane Reimann und Wolfgang Gehrcke: Ein willkommener Krieg?

Warum stand von Anbeginn medial im Abseits, wer auf umgehende Verhandlungen drängte statt auf Waffenlieferungen? In den grundlegenden Fragen, so der Leitgedanke des Bandes, liegt der Schlüssel zur Verständigung: Was sind die Ursachen des Kriegs? Wem nutzt er? Und: Wer hat ein Interesse daran, einen Krieg noch nicht einmal ‚einzufrieren‘, der doch brandgefährlich ist – samt atomarer Risiken. Mit Blick auf mögliche Lösungen wird der Charakter des Ukraine-Kriegs diskutiert: Ist er imperial, hegemonial, ein Stellvertreter-, gar ein Weltordnungskrieg? Welche Ziele verfolgt Rußland, welche die Ukraine, welche der Westen? Welche Rolle spielt die NATO, die gegenüber der UNO oder einer OSZE zunehmend Dominanz beansprucht? Im Spannungsfeld zwischen Diplomatie und Militarisation,

zwischen Sanktions- und Rohstoffpolitik fragen die Autorinnen und Autoren auch nach der sozialen Lage im eigenen Land, und das in Zeiten enttabuisierter Hochrüstung. Sie fühlen einer Zeitenwende auf den Puls, geleitet von der Frage, wie der „Frieden zurückzugewinnen“ ist (Eugen Drewermann), wie er zu einem „besseren Geschäft als der Krieg“ (Daniela Dahn) werden kann.

Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine, einem Interview mit Gabriele Krone-Schmalz sowie Beiträgen von Sevim Dağdelen, Daniela Dahn, Eugen Drewermann, Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann, Jörg Goldberg, Lühr Henken, Andrej Hunko, Jörg Kronauer, John P. Neelsen, Norman Paech, Werner Rügemer, Gerd Schumann, Ekkehard Sieker, Bernhard Trautvetter und Lucas Zeise.



PapyRossa Verlag, Köln, Paperback, 231 Seiten, 14,90 €, ISBN 978-3-89438-801-0

„Wir sind Führungsmacht“

Verteidigungsministerin Lambrecht erklärt Deutschland zur „militärischen Führungsmacht“. Nationale Sicherheitsstrategie soll Schlagkraft sichern. Lambrecht plant jährlichen „Tag der nationalen Sicherheit“.

„Sicherheitspolitisches Dachdokument“

Die Verabschiedung der Nationalen Sicherheitsstrategie, die in Berlin – neben Maßnahmen wie der Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats – bereits seit Jahren beharrlich gefordert wird, ist im Koalitionsvertrag der rot-grün-gelben Bundesregierung ausdrücklich vorgesehen. Die Strategie wird „das oberste sicherheitspolitische Dachdokument der Bundesregierung“ sein. Sie ist umfassend, „ressortübergreifend“ angelegt; deswegen wurden „von Beginn an die verschiedenen Ressorts eng in den Erstellungsprozess eingebunden“. Die Federführung liegt beim Auswärtigen Amt. (...) Zuletzt war die Nationale Sicherheitsstrategie Gegenstand von Debatten auf der Klausurtagung der Bundesregierung Ende August in Meseberg. Die Strategie hat zwei äußere Bezugspunkte – den Strategischen Kompaß der EU, den die Union im März verabschiedet hat, und das Ende Juni auf dem NATO-Gipfel in Madrid beschlossene neue Strategische Konzept der NATO. Der Strategische Kompaß der EU, der auch als EU-„Militärdoktrin“ eingestuft wird, ist auf deutsche Initiative entwickelt worden. (...)

„Deutschlands Gewicht“

Zentrales Anliegen Berlins ist es, der Bundesrepublik eine führende Position in der Weltpolitik zu sichern. „Deutschlands Größe, seine geografische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz: sein Gewicht, machen uns zu einer Führungsmacht, ob wir es wollen oder nicht“, behauptete Verteidigungsministerin Christine Lambrecht am 12.9. vor der Deutschen

Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). (...) Lambrecht weitete die Forderung nach deutscher Führung ausdrücklich auf die Streitkräfte aus und äußerte, Deutschland sei „Führungsmacht ... auch im Militärischen“; die Bundeswehr werde künftig „eine wichtigere Rolle in unserem politischen Denken und Handeln spielen“ müssen. Das habe auch finanzielle Folgen: Die Bundeswehr müsse auf Dauer einen Haushalt in Höhe von mindestens zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung erhalten. (...)

Ein „weltpolitikfähiges, geopolitisches Europa“

Mit Blick auf die möglichen Einsatzszenarien der Bundeswehr erklärte Lambrecht, „Landes- und Bündnisverteidigung“ müssten „künftig an erster Stelle unserer Prioritätenliste“ stehen; die Truppe sei dabei die „zentrale Instanz für unsere Daseinsvorsorge“. Das liege auch daran, daß die Vereinigten Staaten ihr „Hauptaugenmerk ... notwendigerweise auf die Sicherheit im pazifischen Raum gelenkt“ hätten. (...) Die Forderung, die Mächte der EU und vor allem die Bundesrepublik müssten im Rahmen transatlantischer Arbeitsteilung eine militärische Führungsrolle in Europa und seinen unmittelbaren Nachbarstaaten übernehmen, wird seit rund zehn Jahren völlig offen kommuniziert. Lambrecht bekräftigte nun, Deutschland sei „bereit, Amerika in Europa zu entlasten“; dazu müsse freilich auch die Europäische Union „stärker“ werden. (...)

„Tag der nationalen Sicherheit“

(...) Philipp Lange, Oberstleutnant i.G., erklärte in einer knappen Darstellung der Ziele der Strategie: „Uns ist wichtig, daß die Menschen in unserem Land insgesamt die Grundorientierung der künftigen Strategie

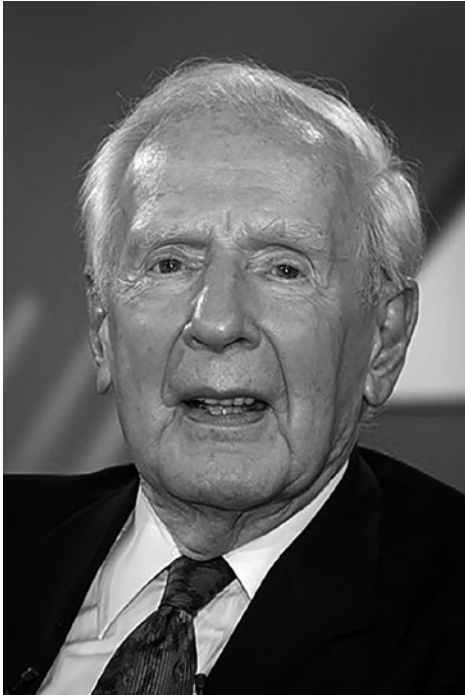
mittragen. Daher sucht die Bundesregierung gezielt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“. Ähnlich hat jetzt auch Lambrecht vor der DGAP Position bezogen. Der notwendige „Kulturwechsel“ müsse sich zunächst „in Berlin in unserem Politikbetrieb niederschlagen“. Das genüge allerdings nicht: Es gelte auch die Bevölkerung im Sinne der Nationalen Sicherheitsstrategie auszurichten. Dazu will die Ministerin in der Bundesrepublik alljährlich einen „Tag der nationalen Sicherheit“ abhalten.

Ambition und Wirklichkeit

Die Forderungen nach massiver Hochrüstung, nach einer deutschen Führungsrolle in der Weltpolitik und nach der Einbindung der Bevölkerung in die Machtambitionen der Berliner Eliten kontrastieren bemerkenswert mit den Ergebnissen der deutsch-europäischen Militäreinsätze im vergangenen Jahrzehnt. Diese hat kürzlich eine Expertin des European Council on Foreign Relations (ECFR) skizziert, die derzeit dem Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) angehört. „Der Afghanistan-Einsatz ist gescheitert, und der chaotische Abzug hat den Europäern ihre militärische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten schonungslos vor Augen geführt“, schreibt die Expertin. Auch „die europäischen Bemühungen um Stabilität in Mali und in der weiteren Sahelzone haben nicht den erhofften Erfolg gebracht.“ Zudem gingen die Kriege in Syrien und in Libyen „in ihr zweites Jahrzehnt“; doch „die Europäer“ hätten in den „Bemühungen um ihre Beilegung kaum eine Rolle gespielt“: „Die Kluft zwischen den Ambitionen der Europäer ... und ihrem tatsächlichen weltweiten Einfluß“ sei im Laufe der Jahre „immer größer geworden“. *german-foreign-policy, 13.9.22*
Redaktionell gekürzt

Nationale Interessen im „gemeinsamen Haus“?

Ein Autor als Meister im Stellen vieler guter Fragen: Es geht hier um das Buch „Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“. Der Verfasser ist Klaus von Dohnanyi, ein gebildeter und belesener Analytiker der Zeitgeschichte, ein Grandseigneur seiner Partei, der SPD, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Kabinett Willy Brandts (1972 bis 1974) und von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Auf die guten Fragen



Klaus von Dohnanyi

komme ich zurück. Zunächst geht es mir darum, das Werk zu würdigen. Dieses hat es nämlich in sich. Das Buch, schreibt der Verfasser im Vorwort, „ist auch zu einer Streitschrift geworden. Als ein Buch, das Debatten eröffnen soll.“ Zu wünschen wäre es ihm. Derzeit kann es sich keine größere Buchhandlung erlauben, der Edition einen Platz in der Auslage zu verweigern. Sie bekommt einen zusätzlichen Wert dadurch, daß von Dohnanyi das Manuskript im Spätherbst 2021 abgeschlossen hat und die Zielsetzungen der Ampelregierung noch nicht in aller Deutlichkeit zutage getreten waren. Schon längst wird er festgestellt haben, daß es – angefangen von Konrad Adenauer über Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl bis hin zu Angela Merkel – keine Bundesregierung gegeben hat, die ihren Kadavergehorsam gegenüber den USA so ungeniert auf dem diplomatischen Parkett demonstriert wie die derzeit amtierende.

Ein treffendes Beispiel hat der Herausgeber der „Berliner Zeitung“, Dr. Michael Maier, am 18. August in seiner Zeitung geliefert: „Der Ankauf von US-amerikanischem Flüssiggas (LNG) ist extrem teuer für die europäischen Endkunden und wirft zugleich sagenhafte Profite für die Lieferanten ab. Das Problem für die deutschen Konsumenten: Die Preise

für LNG werden weiter steigen. Die Europäische Union ist nach Einschätzung des Wirtschaftsmagazins ‚Fortune‘ gewillt, jeden Preis zu zahlen. Um die Energiekrise zu verhindern, werden die Preise im großen Stil an die privaten Haushalte und Unternehmen weitergereicht. Europa sei bereit, die Heizkosten für alle Bürger weiter in die Höhe zu treiben, um die Versorgung mit Erdgas für den kommenden Winter zu sichern, schreibt ‚Fortune‘. Nach Angaben von namentlich nicht genannten EU-Beamten sei Europa bereit, für einen Tanker mit Flüssiggas jeden Weltmarktpreis zu überbieten. Bislang funktioniere der Plan, sich einen größeren Anteil am weltweiten Wettlauf um Flüssigerdgas zu sichern, indem man tief in die Tasche greift, so der Beamte. Die EU versucht mit dieser Taktik, alle anderen Interessenten am Weltmarkt auszustechen. Weil viele Länder, vor allem in Asien, nicht an diesem Wettlauf mitmachen wollen, haben die EU-Staaten laut ‚Fortune‘ in den vergangenen Monaten 21 Milliarden Kubikmeter aus den globalen LNG-Beständen zugekauft.“ Soweit Michael Maier in der „Berliner Zeitung“. Den bei diesem Geschäft erzielten Gewinnen steht eine Verlustrechnung gegenüber. Das ist die vom deutschen Wirtschaftsminister verordnete Gasumlage. So reichen sich hier sogenannte regelbasierte internationale und nationale Interessen die Hände. Grotesk!

Bleiben wir beim Titel des Buchs von Klaus von Dohnanyi (im folgenden KvD). Schon hier könnten wir die Frage beantworten, wer in diesem „Spiel“ die eigenen „nationalen Interessen“ vertritt bzw. sich die Interessen anderer zu eigen macht. Für die im Titel benutzten Worte „nationale Interessen“ wären wahlweise geopolitische oder Kapitalinteressen zutreffender. Bei Licht betrachtet, erweist sich die Kategorie „nationale Interessen“ als ein Wegweiser, der in nahezu alle Richtungen zeigt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Rede in Prag am 30. August für die Formierung der EU als militärisch schlagkräftige, geopolitisch souveräne Weltmacht geworben. In bewußter Anlehnung an George W. Bushs Diktum „Koalition der Willigen“ strebt Scholz eine „Koalition der Entschlossenen“ an. Aber genau gegen diese Orientierung argumentiert KvD, wenn er grundsätzliche Kurskorrekturen sowohl im Bereich der äußeren Sicherheit wie auch in der Europapolitik einfordert, „weg von einseitigen Abhängigkeiten, hin zu einer Politik der Eigenverantwortung“. Wobei das Verständnis von Abhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit eine transatlantische „Freundschaft“ voraussetzt, die, und das weiß auch KvD, stets von den Regeln der Zensurbehörden des „Hegemonen“ festgelegt wird. Auf Seite 39 stellt KvD die Frage: „Was bewegt denn die USA zu ihrer unversöhnlichen Haltung gegenüber Rußland, obwohl der Zweite Weltkrieg doch mit russischer Hilfe gewonnen wurde? (Wir überblenden hier die von KvD der Roten Armee zugewiesene Rolle als „Assistent“ im Kampf gegen den Faschismus. Er sollte doch wissen, daß die sowjetische Militärmacht, die nicht nur aus Russen bestand, bereits

an der polnischen Ostgrenze stand, als die Zweite Front am 6. Juni 1944 eröffnet wurde.) „Warum“, so fragt KvD weiter, „beschwören die USA ständig die Angst vor gewaltsamen Aggressionen Rußlands, obwohl die meisten Fachleute eine solche Gefahr schon zu Zeiten des Kalten Krieges nicht erkennen konnten?“ Berechtigte Fragen des Autors, gewiß, aber sie hätten doch von ihm selbst beantwortet werden können, wenn er die von ihm bevorzugte Kategorie „Hegemon“ durch „imperialistische Führungsmacht“ ersetzt hätte. Diese



ist mehr denn je nicht bereit, auf das Anliegen KvDs einzugehen, nämlich „über Chancen und Gefahren der transatlantischen Partnerschaft ... offener miteinander (zu) reden“ (S. 11). Auf Seite 63 verneigt sich KvD vor den USA, wenn er schreibt, daß die USA den Sieg über Hitler erst ermöglicht, die „entscheidende Rolle gespielt“ (S. 90) und obendrein „die Ausbreitung des Kommunismus in Westeuropa“ (S. 64) verhindert haben. Diese Legende gehört auch für KvD zu den Essentials zeithistorischer Gewißheiten. Aber dann beauftragt der Autor seine Leserschaft, Fragen zu beantworten, die er vielleicht selbst mit Rücksicht auf den Hegemonen nicht beantworten will (S. 63 ff): „Welche Interessen verfolgen die USA heute auf dem europäischen Kontinent?“ „Was veranlaßt die USA, sich als ‚Schutzmacht‘ Europas zu verstehen?“ „Ist es Solidarität mit dem sonst schutzlosen (! H.S.) Europa, oder verfolgen sie in Europa eigene geopolitische Interessen?“ Statt aber diese klugen Fragen selbst zu beantworten bzw. fragend diese seinen Lesern zu überlassen, ist er ganz bei seinem Hegemonen, der die universellen „Werte“, „also jene von den USA immer wieder formulierten ‚universal values‘, auf der ganzen Welt“ durchsetzen will. Zu diesen bekennt sich auch unser Autor

(S. 75.). Allerdings plädiert er dafür, diese ganz im Sinne der von Willy Brandt und Egon Bahr geprägten Formel „Wandel durch Annäherung“ sowohl im deutschen Interesse als auch in transatlantischer Verbundenheit durchsetzen zu wollen, nur nicht durch Schulmeisterei oder gar mit Gewalt. Zur Unterstützung dieser Position zitiert KvD Paul R. Pillar, einen über viele Jahre mit der CIA verbundenen US-amerikanischen Autor. Pillar spricht von einem „ständigen Mißverständnis“ und einer „moralischen Tünche“, mit der die Amerikaner mit dem Begriff der „liberalen Demokratie“ nur ihre eigene Form

Kalten Kriegs ein intellektuelles Interessencenter gebildet hat, für das die Konfrontation mit Rußland gewissermaßen zum Abendgebote gehört ...“ Deshalb trifft KvD ins Schwarze, wenn er feststellt: „Solange die USA im Konflikt mit Rußland die außenpolitischen Entscheidungen alleine in der Hand haben, gibt es kein souveränes Europa.“ (S. 106) Das stand seit 1945 für das außenpolitische Establishment Washingtons auch nie zur Debatte. Das wußte selbstverständlich auch Willy Brandt, bevor er BRD-Kanzler wurde. Deshalb hat er sich von der „Schutzmacht“ erpressen lassen, als er die von Washington genehmigte Zulassung einer kommunistischen Partei unter dem neuen Namen DKP mit dem „Radikalenerlaß“ koppeln mußte.

Klaus von Dohnanyi stößt aber an seine Grenzen, wo es ihm um den aus seiner Sicht nicht zu ersetzenden Schutz Europas durch das nordatlantische Kriegsband geht. Allerdings wirbt er für eine „nachdrücklich um Entspannung bemühte Nato“ (S. 112). Etwa mit Zustimmung des leitenden Angestellten Washingtons Jens Stol-

und daß „die Ukraine auch unsere Freiheit und unsere Friedensordnung verteidigt“, läßt mich an den großen Ritter von der traurigen Gestalt denken, an Don Quijote, der sich den mächtigen Windmühlen entgegenstellt. Es könnte doch sein, daß Klaus von Dohnanyi mit seinen Fragen den Kampf für Frieden und Gerechtigkeit gegen die Windmühlen gemeinsam mit einer aus seinen Leserinnen und Lesern bestehenden Streitmacht noch einmal aufnehmen will.

Und dies trotz der Tatsache, daß es gegen den „Hegemon“ geht, dessen einziges Werkzeug nur ein Hammer ist und der folglich jedes Problem als Nagel betrachtet (nach Mark Twain).

Nachtrag:

Auf Seite 196 geht KvD auf die verschiedenen Vorstellungen von Demokratie und demokratischer Praxis innerhalb der EU-Staaten, also eines überschaubaren Territoriums, ein und plädiert „für Gespräche und Geduld“. Zu China sagt er folgendes: „China ist eine harte, sich selbst als kommunistisch bezeichnende Diktatur. Seit 1949 wird das Land diktatorisch regiert, und es organisiert heute einen Staat, zunehmend nach Orwellschem Muster, als einen technologisch fundierten Überwachungsstaat, der kaum intellektuelle Abweichungen und keinerlei politisch abweichende Organisationen zuläßt.“ (S. 42) Im Sinne seines Anspruchs an Empathie und Toleranz wäre es schöner gewesen, wenn KvD den Mut aufgebracht und das chinesische Außenministerium zitiert hätte, das die USA beschuldigt hat, ihre Bemühungen um die Aufrechterhaltung der „globalen Harmonie“ hinter dem Begriff „Demokratie“ zu verbergen. Die chinesische Führung setzt bis zum Überdruß der westlichen demokratischen Lesart entgegen, daß sich historisch verschiedene Demokratiemodelle herausgebildet haben und nationale Besonderheiten berücksichtigt werden sollten. Entscheidend sei, ob die Bevölkerung das politische System befürwortet. Was die VR China betrifft, liegt die Zustimmungsrate bei 82 Prozent. Aber dazu schweigt des Sängers Höflichkeit!

Auf Seite 124 schreibt KvD: „Jalta war, wie Versailles 1919, für Europa eine folgenschwere US-Fehlentscheidung.“ Der Grund: Nur der Westen habe einen demokratischen Anfang machen können. Von einer Fehlentscheidung kann keine Rede sein, denn es war schlicht und ergreifend das militärische Kräfteverhältnis, das die Einflußsphären bestimmt hat. Und wenn nicht in Potsdam mit den der Sowjetunion aufgezwungenen Reparationsvereinbarungen bereits der Kalte Krieg intoniert und dieser mit der berühmten Fulton-Rede Churchills orchestriert worden wäre, hätte ein über die Einflußsphären hinausgehendes europaweit demokratisches Modell entstehen können.

Für das Lob, das KvD den USA für den „retten“ Eingriff in den Balkankrieg in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts“ (S. 90) gespendet hat, müßten wir ihm eigentlich die Gelbe bzw. Rote Karte zeigen. Aber er soll uns ja nach einer Auszeit auf dem Spielfeld erhalten bleiben ...

Hans Schoenefeldt



Andere Demokratiemodelle bringen den Westen zur Weißglut: Xi Jinping und Wladimir Putin am 15. September in Samarkand

der Demokratie „der übrigen Welt“ überstülpen wollen. Das hätte KvD mit eigenen Worten besser formulieren können. Das tat er dann auch auf Seite 79: „Wir haben angesichts unserer Geschichte zu viele einzelne Interessen und keinen europäischen Hegemon.“ Auf dieser Erkenntnis gründend, müssen wir Europäer, auch wir Deutschen, unsere eigenen Interessen (*wo immer wir sie vertreten, H.S.*) vertreten „und dürfen uns dabei nicht automatisch von einer ‚Wertegemeinschaft‘ oder einer ‚Freundschaft‘ leiten lassen, die ja von seiten der USA ohnehin nicht im europäischen Sinne praktiziert wird“ (S. 79). Aber alsbald versteckt sich KvD wieder hinter seine Fragezeichen: „Was gehen die USA eigentlich Fragen wie Nordstream 2 an, wenn doch das Projekt von einer Mehrheit in Europa getragen wird? Welches Recht nehmen die USA für sich in Anspruch, einen Partner ihrer angeblichen ‚Wertegemeinschaft‘ ökonomisch auf einen anderen Weg als den von einem souveränen Staat gewählten zu zwingen?“ (S. 83) Die Antworten überläßt KvD wiederum seinen Leserinnen und Lesern, geht dann aber gleich noch einen wichtigen Schritt weiter: „Das Interesse der USA an der Ukraine, wie letztlich auch an allen anderen osteuropäischen Regionen, ist eben nicht ein Engagement für Menschenrechte oder Demokratie, sondern Teil einer geopolitischen Strategie der Eingrenzung Rußlands im Sinne aus meiner Sicht mißverständlicher Interessen der USA.“ (S. 106) Was die US-Interessen betrifft, hätte sich der Autor das Wort „mißverständlich“ sparen können. Die globalen Interessen der USA waren stets zielorientiert. „In den USA“, so KvD, „besteht ... das Problem, daß sich in Washington über Jahrzehnte des

tenberg? Diese Frage stellt KvD gar nicht erst. Er schließt diese Überlegungen mit der Frage: „Kann die EU die Souveränität über die Entscheidung Krieg oder Frieden zurückgewinnen?“ KvD will seine Leserinnen und Leser zwingen, zu den zahlreichen von ihm gestellten Fragen Stellung zu nehmen und sie vielleicht in seinem Sinne zu beantworten. Seine Frage, was zu tun ist, beantwortet er diesmal selbst: „Die für mich wichtigste Erkenntnis ist, daß Deutschland und Europa sich unter Führung der USA sicherheitspolitisch zu oft unrealistische Ziele gesetzt haben und wir dann allzu häufig das Gegenteil von dem erreichten, was wir erreichen wollten. Und: Daß wir in Deutschland und Europa nicht offen und mutig genug über die völlig unterschiedlichen Sicherheitsinteressen Europas und der USA debattiert haben ...“ (S. 209) KvD sollte bei einer Neuauflage seines Buchs an den letzten Generalsekretär der KPdSU denken. Es war M. Gorbatschow, der 1985 den Grundriß für ein „Gemeinsames Haus Europa“ entwarf. Die Reaktion des Westens war allenfalls höfliches Schweigen. Als W. Putin 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz diese Vision mit seinen Worten aufgriff, wurde er als kalter Krieger diffamiert. Heute wirbt ein ehemals führender Politiker der Linkspartei, Gregor Gysi, für eine Gedenkveranstaltung, auf der man den Unterschied zwischen M. Gorbatschow und W. Putin deutlich machen könne. Mehr Geschichtsvergessenheit geht nicht! Die in den Nachrufen vergossenen Krokodilstränen hätten fast eine neue Flutwelle ausgelöst. Der ziemlich illusionslose Blick auf die gegenwärtige Weltbühne, auf der die deutsche Außenministerin sagen darf, daß Rußland „ruiniert“ werden müsse

Die SPD in der parlamentarischen Demokratie

Das von der SPD-Generation Schröder, Steinmeier, Müntefering und Scholz verantwortete Agenda 2010-Programm erweist sich bis in die Gegenwart als ein Menschenverleumdungsprogramm, das der im Grundgesetz verankerten Menschenwürde entgegensteht. Es ist ein Sozialabbauprojekt, das seit mehr als 20 Jahren Harz IV-Empfänger weitgehend von der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ausschließt. Es war die SPD, die sich immer noch als Volkspartei ausgibt, die in Regierungskoalition mit den Grünen nicht nur die Bundeswehr in ihren ersten Auslandseinsatz außerhalb des NATO-Bereichs in den Jugoslawien-Krieg schickte. Es waren die Sozialdemokraten und die Grünen, welche die größte Zerstörung des Sozialstaates in der bundesdeutschen Geschichte verantworteten.

Albrecht Müller, ehemaliger Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt von Willy Brandt und Helmut Schmidt, übt in seinem 2019 vorgelegten Buch „Glaube wenig – Hinterfrage alles – Denke selbst“ Kritik an seiner eigenen Partei, der SPD: „Als in Deutschland 1999 die Agenda 2010 und der Ausbau des breiten Niedriglohnssektors durchgesetzt wurden, da konnten sich jene, die an niedrigen Löhnen interessiert waren, herzlich darüber freuen, daß diese Drecksarbeit von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler begonnen und umgesetzt wurde.“ Und jetzt, 2022, können sich jene, die den größten Nutzen am Sonderprogramm für die Hochrüstung der Bundeswehr von 100 Milliarden haben, herzlich darüber freuen, daß auch diese Drecksarbeit wieder von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler in Gang gebracht und im Grundgesetz verankert wurde. 1999 ging es darum, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals zu erhöhen. 2022 sind es wieder die Sozialdemokraten, die mit den Grünen und mit der FDP, der Partei der Besserverdienenden, in Regierungsverantwortung eine neue Etappe des Sozialabbaus einleiten. Diesmal, um als Vasall des US-Imperialismus den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine zu unterstützen.

Wenn es darum geht, die „Drecksarbeit“ für das Kapital zu leisten, ist die SPD entscheidend zur Stelle. So 1914 mit der Zustimmung für die Kriegskredite für den Ersten Weltkrieg, 1919/20, als mit Reichskanzler Friedrich Ebert (SPD) die Räterepublik im Blut erstickt wurde und Gustav Noske als SPD-Reichsminister erklärte: „Einer muß den Bluthund machen.“ 1972, als unter Bundeskanzler Willi Brandt (SPD) der Radikalerlaß beschlossen wurde. 1983, als unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) trotz breiter Ablehnung des Volkes und Massenproteste eine nicht vorhandene Raketenlücke in Deutschland geschlossen wurde. 2005, als unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) mit der Agenda 2010 der bisher größte Sozialabbau eingeleitet wurde und 2022, als der neue Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach seinem

Antrittsbesuch und Befehlsempfang in Washington eine Hochrüstung der Bundeswehr mit dem sogenannten Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro verkündete. In seinem Buch zitiert Albrecht Müller auch das Grundsatzprogramm seiner Partei zur europäischen Friedensordnung vom 20. Dezember 1989: „Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit ... Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen ... Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen ... Diese eröffnet auch die Perspektive für das Ende amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa.“

Resignierend kommentiert Müller 20 Jahre später: „Dieses friedenspolitisch hervorragende Programm ist heute vergessen, auch vergessen gemacht worden ... Die SPD will heute nichts mehr davon wissen, die anderen politischen Kräfte sowieso nicht.“ Und das Resultat dieses „Vergessens“ beschreibt er: „Als es 1999 darum ging, die Bundeswehr zu ihrem ersten Auslandseinsatz außerhalb des NATO-Bereichs in Jugoslawien zu schicken (...) kam die Zustimmung für diese Ouvertüre zur Politik mit militärischen Mitteln aus nahezu allen Ecken der deutschen politischen Gesellschaft.“

Auch für die von Bundeskanzler Scholz (SPD) am 27. Februar 2022 angekündigte Hochrüstung kam die Zustimmung zur Fortsetzung der „Politik mit militärischen Mitteln aus nahezu allen Ecken der deutschen politischen Gesellschaft“. Vom Parlament der bundesdeutschen Parteiendemokratie (nicht vom Volk) wurde das 100 Milliarden Hochrüstungs- „Sondervermögen für die Bundeswehr“ mit stehenden Ovationen begrüßt. Mich, den Autor dieser Zeilen (Jahrgang 1931), erinnert dieser Vorgang, wie es in Vorbereitung auf den 2. Weltkrieg hieß, an die Forderung: „Kanonen statt Butter!“ Während des Krieges hieß es: „Räder müssen rollen für den Sieg“. Dann, nach der Niederlage der deutschen Wehrmacht bei Stalingrad 1943, fragte Goebbels: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ und die Masse im vollbesetzten Berliner Sportpalast antwortete mit begeistertem „Sieg Heil“. Wie das endete, ist bekannt.

Hat die deutsche politische Führungselite nichts gelernt aus zwei Weltkriegen? Im 21. Jahrhundert rollen in Deutschland wieder Räder für den Sieg. Und wieder gegen Rußland. Militärtransporte, beladen mit amerikanischem Kriegsgüter in Richtung Osten, haben Vorfahrt vor Güter- und Personenzügen.

Mit der deutschen Hochrüstung hat man es eilig, wenn man sich am Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine beteiligen und den Interessen des Rüstungskapitals dienen will. Keine drei Monate nach der Ankündigung wurden das Sondervermögen für die Bundeswehr und seine Verankerung im Grundgesetz im Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet.

Es ist unvorstellbar, daß in dieser parlamentarischen Parteiendemokratie je ein solches Sondervermögen zur Verhinderung der Klimakatastrophe, zur Überwindung des Bildungsnotstandes, der Wohnungsmisere und Obdachlosigkeit, des Pflegenotstandes oder der Kinder- und Altersarmut beschlossen und im Grundgesetz verankert wird.

Es ist unvorstellbar, weil wir in einer bürgerlichen Demokratie leben, die den Interessen des Kapitals dient. Einer Demokratie, in der Bundeskanzler (auch die der SPD) mit ihrem Amtseid schwören, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, so wahr ihnen Gott helfe, aber Gott ihnen wohl mehr hilft, Schaden vom Kapital abzuwenden.

Es ist unvorstellbar, weil diese Demokratie seit jeher der Erhaltung und Sicherung des kapitalistischen Ausbeutungssystems dient, einem Gesellschaftssystem, das immer wieder Kriege hervorbringt und über das der französische Reformler Jean Jaures (1854–1914) sagt: „Der Krieg gehört zum Kapitalismus wie der Regen zur Wolke.“

Dr. Gerhard Ferchland
Ahrensfelde

Am 21. Oktober begeht der Chefredakteur des „RotFuchs“ und Vorsitzende unseres Fördervereins Arnold Schölzel seinen 75. Geburtstag.

Wir alle gratulieren Dir, lieber Arnold, von ganzem Herzen und wünschen Dir zuvörderst, daß Du gesund bleiben und bei der Bewältigung der Vielzahl Deiner Verpflichtungen stets die Oberhand behalten mögest.

Seit 2015 profitieren unsere Zeitschrift und die Regionalgruppen von Deinen reichen politischen Erfahrungen und profundem marxistischem Wissen. Unter Deiner Leitung hat der RF Kurs gehalten und wird es auch künftig mit Deinem sicheren Urteilsvermögen und Deinem journalistischen Können tun.

Wir sagen Dank für Dein vielseitiges Wirken und Deine nimmermüde Bereitschaft, uns in allem mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In enger Verbundenheit

Bruni Steiniger, Wolfgang Dockhorn, Jürgen Claußner und die ganze RF-Gemeinschaft

Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknrecht

Vom 9. bis zum 12. Oktober 1907 fand in Leipzig ein Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknrecht statt. Die Anklage richtete sich gegen seine Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“, die im Februar 1907 erschienen war. Im Vorwort der Broschüre wies Karl Liebknrecht darauf hin, daß man gegenüber der theoretischen Grundlegung der Arbeit den Vorwurf allzu großer Kürze und ungenügender historischer Vertiefung erheben könnte. Demgegenüber müsse aber auf den aktuellpolitischen Zweck der Schrift verwiesen werden, den antimilitaristischen Gedanken zu fördern. Er stützte sich auf ein umfangreiches, aus Zeitungen und Zeitschriften, Kongreßberichten und mündlichen Informationen zusammengetragenes Material. Die Schrift behandelte im ersten Teil Fragen, die mit der Entstehung des Militarismus, mit seinen Merkmalen, Mitteln und Wirkungen zusammenhingen.

Im zweiten Teil wurden Kampfformen gegen den Militarismus dargelegt. Liebknrecht zeichnete ein zutreffendes Bild des Militarismus, der „wie ein Vampir“ auf dem deutschen Volk lastete. Er beschrieb den Kasernenhofdrill, die Aufstachelung eines falschen Ehrgeizes und einer kindischen Eitelkeit des Unteroffiziers- und Reserveoffizierswesens. Liebknrecht enthüllte das Wettrüsten der imperialistischen Staaten, hinter dem Rüstungsmagnaten, Großagrarien und hohe Militärs standen, und bezeichnete den Militarismus als ungeheure Gefahr für den Weltfrieden. Diese Kriege, so führte er aus, dienten nicht den Interessen und der Wohlfahrt der kapitalistisch regierten und ausgebeuteten Völker, sondern nur den Ausbeuterinteressen der Kapitalisten. „Das Volk weiß“, schrieb er, „daß sich bei jedem Krieg ein Schlammvulkan hunnischer Rohheit und Gemeinheit über die beteiligten Völker ergießt und die Kultur auf Jahre hinaus rebarbarisiert. Es weiß, daß das Vaterland, für das es sich schlagen soll, nicht sein Vaterland ist“. Als Anmerkung führte er hierzu an, daß die Opfer der Kriege von 1799 bis 1904 (außer dem Russisch-Japanischen Krieg) an Menschenleben auf etwa 15 Millionen veranschlagt werden konnten.

Liebknrecht machte in seiner Schrift auch deutlich, welche hohen Steuerlasten dem Volk zur Erhaltung des Militarismus abgepreßt wurden. Er bewies, wie der Militarismus besonders in Deutschland durch chauvinistische Verhetzung das Volk militaristisch verseuchte, und zwar mit Hilfe eines riesigen Apparates, zu dem nicht nur alle möglichen Vereine zur Förderung und Unterstützung des Heeres, der Marine und der Kolonialtruppen, Kriegervereine und militaristische Jugendorganisationen gehörten, sondern auch Kirche und Schule. Einen besonders energischen Kampf forderte er gegen die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz, die im wilhelminischen Heer zahllose Soldatenselbstmorde zur Folge hatten. Hinzu kam damals der

Kampf gegen den Einsatz von Soldaten zur Lohndrückerei, als Streikbrecher und gegen politische Aktionen.

Karl Liebknrecht machte in seiner Schrift deutlich, daß dem Proletariat der Militarismus „als ein bis an die Zähne bewaffneter Räuber gegenübersteht, dessen Ultimatum aber nicht lautet: ‚la bourse ou la vie – Geld oder Leben!‘ sondern die Räubermoral übertrumpfend: ‚la bourse et la vie – Geld und Leben!‘ Als Moloch des Wirtschaftslebens oder als Vampir des kulturellen Fortschritts sei er, außer der großen künftigen, eine stets gegenwärtige, stets verwirklichte Gefahr, auch wenn er nicht gerade zuschlägt.



Karl Liebknrecht (1871–1919)

Allerdings sollte nicht vergessen werden, schrieb er, „daß sich der Militarismus auch gegen den inneren nationalen, selbst religiösen Feind – in Deutschland zum Beispiel gegen die Polen, Elsässer und Dänen – richtet und auch bei Konflikten innerhalb der nichtproletarischen Klassen Verwendung finden kann, daß er eine sehr vielgestaltige und wandlungsfähige Erscheinung ist und daß der preußisch-deutsche Militarismus durch die besonderen halbabsolutistischen, feudal-bürokratischen Verhältnisse zu einer ganz besonderen Blüte gediehen ist.“

Dieser preußisch-deutsche Militarismus trage alle schlechten und gefährlichen Eigenschaften irgendeiner Form des kapitalistischen Militarismus in sich. „Wie uns angeblich noch keiner – um mit Bismarck zu reden – den preußischen Leutnant nachgemacht hat, so hat uns in der Tat noch keiner den preußisch-deutschen Militarismus ganz nachzumachen vermocht, der da nicht nur ein Staat im Staate, sondern geradezu ein Staat über dem Staate geworden ist“, betonte er.

Karl Liebknrecht forderte von der deutschen Sozialdemokratie, daß sie eine fortlaufende und systematische Entlarvung des Militarismus betreiben solle. Man müsse den werktätigen Massen die ständige Steigerung der unmittelbaren Militärlasten vor Augen führen und ihren Zusammenhang mit der Zoll- und Steuerpolitik.

„Wer immer eine Fortentwicklung des Menschengeschlechts für unvermeidlich hält“, so Karl Liebknrecht, „für den ist das Bestehen des Militarismus das wichtigste Hindernis für die Friedlichkeit und Stetigkeit einer solchen Entwicklung.“

Bei der Darlegung der Kampfformen im zweiten Teil seiner Schrift kam er zu der Auffassung, daß der Militarismus als gesetzmäßige Erscheinung des Kapitalismus zwar erst endgültig mit dessen Beseitigung überwunden werden könne. Trotzdem wäre es möglich, die Erscheinungsformen des Militarismus abzuschwächen und die Möglichkeiten friedlich organischer Fortentwicklung zu fördern oder wenigstens die Möglichkeiten gewaltsamer Zusammenstöße einzuschränken. Das hänge wesentlich vom Kampf der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei ab. Das war die SPD zu dieser Zeit noch.

Liebknrecht forderte eine energische, große, kühne Aktion, die den Militarismus in alle seine Schlupfwinkel verfolgt, und den Massenkampf zu seiner Vernichtung. „So wahr aber der Völkerfriede im Interesse des internationalen Proletariats und darüber hinaus im Kulturinteresse der gesamten Menschheit liegt, so wahr ist der Kampf gegen den Militarismus, der da alles in allem gleich ist. der Völkerverhetzung, der Summe und dem Extrakt aller friedensstörenden Tendenzen des Kapitalismus, kurzum, der da die ernste Gefahr des Weltkrieges ist, ein Kulturkampf.“

Die Herrschenden erkannten sehr schnell die Gefahr, die für sie von dieser Broschüre ausging. Sofort nach Erscheinen beilte sich der preußische Kriegsminister von Einem, vom Reichsgericht die strafrechtliche Verfolgung zu verlangen. Sein Schreiben an den Oberreichsanwalt war vom 17. April 1907 datiert. Am 21. April 1907 beantragte der Oberreichsanwalt die Beschlagnahme der Broschüre. Nach zwei Tagen hatte das Königliche Amtsgericht Leipzig den Beschluß gefaßt, alle Exemplare sowie die zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen, soweit sie sich im Inlande im Besitz des Verfassers, Druckers, Verlegers oder eines Buchhändlers befinden oder öffentlich angeboten werden, zu beschlagnahmen. Wie jedoch aus den Prozeßakten hervorgeht, wurden bis November 1907 ganze 68 Exemplare beschlagnahmt. Zu dieser Zeit war bereits eine Neuauflage in Vorbereitung, die Anfang 1908 in Zürich erschien.

Der „Vorwärts“ berichtete täglich. Der Prozeß erregte weit über die Grenzen Deutschlands Aufmerksamkeit. In Genf gab es eine Protestversammlung mit russischen, französischen, italienischen bulgarischen und deutschen Teilnehmern.

Auf die Beschlagnahme folgte gegen Liebknecht die Anklage wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Er habe die gewaltsame Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches angestrebt. Im Juli 1907 erhielt er die Anklageschrift. Die Broschüre spielte auch auf dem Internationalen Sozialistenkongress, der vom 18. bis 24. August 1907 in Stuttgart stattfand, eine Rolle. Auf dem Kongreß waren 884 Delegierte aus 25 Ländern vertreten, darunter 289 aus Deutschland. Karl Liebknecht hatte bis zum Prozeß noch Möglichkeiten für öffentliche Auftritte und nahm als Vertreter der Provinz Brandenburg teil. Er setzte große Hoffnungen in diesen Kongreß und stimmte auch mit den von Rosa Luxemburg, Lenin und Martow eingereichten Zusatzanträgen zur Resolution überein. In einer Zuschrift an die Kommission, die sich mit dem Problem des Militarismus befaßte, wandte er sich dagegen, daß seine Broschüre wegen des anstehenden Hochverratsprozesses aus der Diskussion ausscheiden sollte. Am 23. August 1907 sagte Karl Liebknecht auf einer aus Anlaß des Kongresses in Stuttgart einberufenen Massenversammlung: „Diese Anklage ist für mich und den Antimilitarismus, das betone ich wiederholt, politisch ein wahres Gottesgeschenk. Uns

kann sie nur nützen und schaden nur anderen. Karl Liebknecht gestaltete den Prozeß zu einer Anklage gegen das volksfeindliche Treiben der Militaristen. Er stellte den Antrag, die Broschüre vor Gericht vollständig zu verlesen. Im Schlußwort sagte er: „Was ich von meiner Gesinnung zu halten habe, das weiß ich. Meine Ehre ist mein, und wenn Sie alle fünfzehn der Auffassung sind, daß ich eine ehrlose Gesinnung habe, und wenn Sie mich ins Zuchthaus schicken und mir die Ehrenrechte absprechen. Ich werde innerlich nicht berührt. Das wird von mir abprallen und wird für meine Ehre sein wie ein Hauch auf einem blanken Spiegel.“ Das Urteil des Reichsgerichts lautete: Ein Jahr und sechs Monate Festungshaft.

Der Parteivorstand der SPD beschloß, den Verhandlungsbericht über den Leipziger Hochverratsprozeß als Massenbroschüre herauszugeben. August Bebel schrieb am 18. Oktober 1907 im „Vorwärts“: „Liebknechts Ansehen ist nicht nur in den Augen seiner Freunde, sondern auch seiner Gegner ganz gewaltig gewachsen.“

Karl Liebknecht war von 24. Oktober 1907 bis zum 1. Juni 1909 auf der Festung Glatz inhaftiert.

Dr. Kurt Laser

Unvergessen mahnende Worte besonders für heut'

Karl Liebknecht *13. August 1871;
15. Januar 1919 ermordet

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“
Das hatte Karl Liebknecht prophetisch erkannt.
Doch nicht nur Lindner, Habeck und Scholz
Gehören zum wurmstichig faulenden Holz.
Rheinmetall, Siemens, die Deutsche Bank
Und Bayer zum Beispiel, sie zieh'n alle blank.
Sozial muß die Liste fürs Volkseigentum
Fortgeführt werden zum Friedenskonsum.

Zwar hören wir Worte wie Frieden sehr viel,
Bloß, wer heut regiert, hat den Krieg zum Ziel
Und die Neuaufteilung der Welt ohne Ende
Seit neunundachtzig, bekannt als die Wende,
Hat ungehemmt schließlich die Reaktion,
Kriegsverpflichtet die deutsche Nation.
„Der Hauptfeind steht“ (wieder) „im eigenen
Land.“

Das hatte Karl Liebknecht prophetisch erkannt.

E. Rasmus

Das Wandbild

In letzter Zeit stelle ich immer wieder erstaunt fest, daß ich ziemlich oft an meine Schulzeit denken muß. Wenn man das Treppenhaus unserer Schule in Gransee hinaufging, wurde man von einem großen Wandbild empfangen. Es stellte Kinder dar, die Hand in Hand jedem entgegenkommenden Schüler ein Lächeln schenken. Darunter war ein europäisches Kind, ein vietnamesisches, ein afrikanisches und ein Kind in der typischen Kleidung des sowjetischen Komsomol. Irgendwo war da auch eine Friedenstaube. Die Botschaft war klar: Es soll Frieden herrschen zwischen den Völkern, für groß und klein. Wenn ich heute die blaugelben Fahnen sehe, den Haß der gleichgeschalteten Medien höre und mit ungläubigen Staunen und Entsetzen feststelle, daß die Haßpropaganda immer noch bei dem einen oder anderen Wirkung zeigt, möchte ich mich manchmal wieder in diese Zeit zurückräumen und im Treppenhaus bei den lächelnden Kindern Platz nehmen, nur um mich von all dem Wahnsinn um mich zu erholen. Leider dürfte aber das Wandbild heute längst übermalt sein. Ich reibe mir immer wieder die Augen und kann es kaum ertragen, daß ich in einem Land lebe, in dem Rassenhaß gegenüber dem „Untermenschen“ im Osten wieder Staatsdoktrin ist. Natürlich predigen sie noch nicht offen den Haß gegen das russische Volk. Sie haben einen Trick gefunden, indem sie auf penetrante Weise immer wieder „Putin“ sagen,

wenn sie die Russen meinen. Haß auf eine zum Beelzebub aufgebaute Person läßt sich leichter vermitteln, und moralische Feiglinge können damit ihren Haß gegen alle Russen tarnen. Das hat im Falle Slobodan Milošević und Saddam Hussein auch funktioniert, hinderte die westlichen Krieger aber nicht daran, trotzdem tausende Iraker und Serben abzuschlachten. Jetzt morden sie Russen wie Ukrainer und können nicht genug davon bekommen.

Ich bin überzeugt davon, daß der alte Rassenhaß gegen die Völker im Osten im Westen nie wirklich überwunden wurde, als Deutschland 1945 in Trümmern lag. Ebenso wurde nie wirklich der Herrenmenschendünkel abgelegt. Man hatte nur auch hier einen Trick gefunden, diese Abscheulichkeiten zu tarnen. Man ersetzte den Begriff „Rasse“ durch Begriffe wie „Werte“, „Menschenrechte“ oder „Freiheit“ und sonnte sich in der angeblichen Überlegenheit der westlichen Kultur. Dabei waren diese wie eine Monstranz vor sich hergetragenen Parolen zutiefst rassistisch unterlegt, da sie dem Gegenüber unterstellten – und immer noch unterstellen – daß dieser keine Werte und keine Kultur besitzt, die Achtung und Respekt verdienen. Die Grünen, die mit selbstgerechter Hypermoral, mit besonderem Vergnügen Haß und Tod säen, sind hier das abstoßendste Beispiel.

Ich empfinde Ekel und Scham, wenn ich daran denke, daß ich in einem Land lebe, in dem

wieder ein solches Maß an Haß gepredigt werden darf und in dem die Politiker und ihre medialen Hofschranzen wieder in der Sprache eines Julius Streicher reden dürfen.

Ich sehe das Wandbild in meiner Schule vor mir und erinnere mich, daß dieses Bild für ein Land stand, das uns aufrichtige Völkerfreundschaft und Friedensliebe vermittelte. „Verordnet!“ werden da bestimmt die Herrenmenschen schreien, aber mir ist verordnete Völkerfreundschaft und Friedensliebe tausendmal lieber als verordneter Haß und daraus resultierender Krieg. Ich bin froh, daß vieles von dem, was uns in der DDR vermittelt wurde, noch in mir lebt und atmet und gerade heute wieder in mir erwacht. Nie hätte der Junge, der einst diese Treppe in meiner Schule nach oben ging gehaut, daß er mal in einem solchen Albtraum leben würde, in einem Albtraum, von dem er dachte, daß er in die Geschichtsbücher verbannt ist. Ich schäme mich gegenüber den Menschen in der GUS und auch in der Ukraine für dieses Deutschland, das endlich auch in die Geschichtsbücher als eine weitere schreckliche Verirrung unseres Volkes gehört! Es wird höchste Zeit es dorthin zu verbannen!

Vielleicht, so träume ich gerne, wird dann das Wandbild in meiner Schule unter der braungrünen Tünche von heute neu entdeckt und wieder freigelegt. Also, raus auf die Straße!

Ulrich Guhl
Strausberg

Folgt dem Ukraine/NATO-Sprint nun ein Marathon der RF?

Deutschland und EU-Europa leiden unter einer zerstörerischen Unaufgeklärtheit, weil die politischen Eliten, anstatt selbst rundum den Ukraine-Konflikt zu analysieren, sich einfacherweise an die US-amerikanische Denkweise anlehnen und deren Interessenlage übernehmen. Dabei opfern sie ohne Not die eigenen Interessen und das Wohl der Bürger EU-Europas.

Wäre der unilaterale kollektive Westen bereit gewesen, dem wiedererstarkten Rußland einen Platz in der im Aufbau befindlichen multipolaren Weltordnung und die dazugehörigen Sicherheitsgarantien zu geben und hätten USA und NATO das Land nicht durch politische, ökonomische und militärische Maßnahmen, wie die endlose NATO-Osterweiterung, an den Rand der Ausweglosigkeit getrieben, wäre es nicht zu den anfangs kriegsähnlichen Handlungen mit tausenden Toten und hochgradigen Verwüstungen der Lebensgrundlagen in der Ukraine gekommen. Der Herbst wird zeigen, ob die Erfolge der Ukraine/NATO-Koalition nachhaltigen Charakter besitzen oder ob Rußland seine Spezialoperation mit neuen Kräften und Waffen erfolgreich fortsetzen kann.

(s. Tabelle unten)

Die viel geringere Verlustrate der russischen Streitkräfte (RF-SK), welche hauptsächlich durch die mehrfache Artillerieüberlegenheit, die auch mit US-HIMARS-Komplexen nicht überwunden werden konnte, entsteht, hat nach Ritter im Juni und Juli die Werte 1:10; 1:15; 1:20 und sogar Ende August den Wert 1:30 erreicht (auf einen russischen Gefallenen oder Verletzten entfallen 10 bis 30 mal mehr ukrainische Gefallene oder Verletzte). In dieser Frage gibt aber auch Rückschlüsse, wie man rund um Charkiw und Cherson seit der September-Offensive der Ukraine sehen kann. Die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) haben insgesamt Bewaffnung für zwei Armeen verloren, wobei nur 15 % des Bedarfs von den USA und anderen NATO-Ländern wieder aufgefüllt wurde. Auch von diesen gelieferten NATO-Waffen und Munition wurden bereits mehr als 50 % beim

Transport, bei deren Lagerung und im Kampf durch die jetzt besser organisierte Aufklärung und den Beschuß mit Artilleriegeschlägen sowie mit Präzisionswaffen der SK der RF vernichtet; auch jetzt noch.

Bis Ende August hat die Ukraine Mariupol, weitere Städte in der Mitte und im Norden verloren; die meisten der wichtigen Betriebe sind zerstört und eine ukrainische Wirtschaft wird es Ende des Jahres nicht mehr geben. Die Verluste der ukr.-SK an Militärtechnik bis zum 15. September:

- Flugzeuge und Hubschrauber: 450
- Mehrfach-Raketen-Werfer: 835
- Artillerie u. Minenwerfer: 3500
- Panzer und gepanzerte Technik: 4900
- Spezial-Kfz: 5500
- Fla-Raketen-Komplexe: 380
- Drohnen: 2000

Die RF-SK sollen, bis auf wenige Ausnahmen, wegen des hohen Kampfwertes ihrer Hauptwaffensysteme und der Kampferfahrung ihrer Soldaten, wegen ihrer meist besser gesicherten Basen auf dem Territorium der RF sowie auch wegen ihrer Luftüberlegenheit 50 % geringere Verluste an Panzern, Artillerie und Spezial-Kfz sowie mehrfach geringere Verluste an Luftverteidigungsmitteln, Flugzeugen und Hubschraubern haben.

Die Ukraine hatte eigentlich die militärische Auseinandersetzung bereits verloren, denn von solchen Verlusten hätte sich ein nur auf sich gestelltes Land nicht erholen können. Aber die Ukraine durfte sich auf Forderung des Westens nicht ergeben. Sie und ihre Streitkräfte wurden und werden nur durch die Reanimierungsmaßnahmen des Westens – Lieferung von Waffen sowie Bereitstellung von Führungs- und Bedienungspersonal der NATO, durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten, Finanzierung der Löhne der Beamten sowie des Soldes für die Soldaten – in Funktionsfähigkeit gehalten.

Die Verluste der ukr.-SK während ihrer September-Offensive (6.–10.9.) betragen, allein in Richtung Charkiw und Kryvi Rih, 4000 Tote und mehr als 8000 Verwundete. In dem Chersoner Kessel kann es zu ähnlichen Verlusten der ukr.-SK kommen. Rußland ist nun mit der Zerstörung der Energiesysteme und der lebenswichtigen Infrastruktur in der Ukraine dabei, zur „normalen“ Kriegsführung überzugehen.

Erste Feststellungen zur September-Offensive der Ukraine/NATO-Koalition

Die mehrfach angekündigte und Anfang September begonnene ukrainische Offensive zur Rückeroberung der durch Rußland befreiten Gebiete im Norden, Osten und Süden der Ukraine führte nach anfänglichen Rückschlägen der ukr.-SK zu Geländeverlusten der russischen Koalition im Umfang von 1 % des von der Ukraine an Rußland verlorenen Territoriums (22 %). Diese Erfolge der Ukraine/NATO-Koalition sind auf die Führung durch hohe NATO-Offiziere, auf über 9000 im Westen ausgebildete und trainierte ukrainische Soldaten, erfahrene Söldner (darunter 30 % NATO-Soldaten aus Polen, Großbritannien und Frankreich) sowie auf den konzentrierten Einsatz der gelieferten NATO-Waffen und durch aktuelle Aufklärungs- und Geheimdienstinformationen zurückzuführen:

- zu geringe Verteidigungskräfte
- keine Verminderung der Frontlinie
- Verteidiger hatten keine Panzerabwehrwaffen
- Schwächen der Frontaufklärung und der Artillerie

Der ausgewählte Zeitpunkt dieser Offensive stand offensichtlich im Zusammenhang mit der NATO- und Willigen-Beratung in Ramstein, um die NATO-Staaten zu höheren Leistungen zu erpressen, mit den Kongreßwahlen in den USA, um den US-Präsidenten zu unterstützen, mit der Rettung des Präsidentensessels Selenskis und mit den Kommunalwahlen in Rußland, welche die Putin-Partei entgegen allen westlichen Erwartungen mit einem Sieg von über 80 % gewann.

Die September-Offensive von Ukraine und NATO soll die ukr.-SK, nach Darlegungen des ukrainischen Politologen Karasjow, von der asymmetrischen auf eine symmetrische Kampfform mit bedeutend mehr Kampfkraft gebracht haben. Er führte weiter aus, daß noch nichts entschieden sei, denn er sieht noch eine Siegmöglichkeit auf beiden Seiten. Bei einem Sieg der Ukraine/NATO-Koalition stände die russische Frage zur Lösung an; bei einem Sieg der russischen Koalition stände dann die Lösung der Ukraine- und NATO-Frage an. Beide Lösungen hätten große Auswirkungen auf die geopolitische und Sicherheitslage in der Welt. Experten der westlichen Publikation „Sudfront“ konstatieren, daß es sich beim Ukraine-Konflikt nicht mehr um eine lokale Auseinandersetzung, sondern um einen Krieg zwischen Rußland und der NATO handelt.

Militärexperten und Politiker der RF zu den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine

Dazu gab es bereits vor der September-Offensive von Ukraine und NATO (am 20./21. August) einen Artikel von Harald Projanski in der Jungen Welt, der darin Nachvollziehbares und weniger Nachvollziehbares darstellte.

Die anerkannten Militärexperten Falischow und Perschutkin erklärten, daß die russische

Unterschiede bei den Verlusten der Seiten

(bis zum Beginn der September-Offensive der Ukraine)

Scott Ritter, ehemaliger Sicherheitsbeauftragter des US-Präsidenten und früherer Artillerie-Offizier der US-Marine, machte Ende Juli und Anfang August zu den Resultaten der SO folgende Angaben:

Ukr.-SK		RF-Koalitions-SK	
Truppenstärke(5/22)	über 750 000	200 000	
	3 000 ausl. Legionäre	150 000 RF-SK	50 000 SK-LVR/DVR
Gefallene bis Ende 08	80 000	15 000	
Verletzte bis Ende 08	über 120 000	über 45 000	

Führung die antirussische Stimmung in der Bevölkerung und die Möglichkeiten der ukr.-SK unterschätzt habe. Sie konstatierten, daß es für die Formierung einer staatlichen Politik Rußlands hinsichtlich der Ukraine kein wissenschaftliches Fundament gebe und daß tiefgründige Untersuchungen zu den Wurzeln des neuen ukrainischen Nationalismus fehlten. Der Analytiker A. Chamtschixin kreidet der russischen Führung die Fehleinschätzung der Lage an, die zu bedeutenden Verlusten der SK der RF geführt hätten, sowie die Räumung ehemals besetzter Gebiete. Er forderte wenigstens eine teilweise Mobilmachung. Putin, der die Stimmungen und Meinungen der Mehrheit des Volkes kennt, weiß, daß es die Ziele der RF in der Ukraine erfüllt sehen will. Er mußte, auch mit einer zahlenmäßig kleineren Armee, die nazistischen Bataillone vernichten und die Ukraine entmilitarisieren sowie den Donbass befreien. Niederlagen in Cherson, Saporischschja sowie in Charkiw würde die russische Bevölkerung nicht akzeptieren. Hatten die genannten Kritiker nicht erkannt, daß Rußland in der 1. und 2. Phase der SO stets schnell und nach den in Syrien gemachten Erfahrungen handelte und dabei mit viel weniger Truppen sehr erfolgreich war? Wie sollte man es sonst erklären, daß die Ukraine bis Ende August 2022 etwa 22 % ihres Territoriums verlor, weitestgehend entmilitarisiert wurde und die Nazi-Bataillone besonders große Verluste erlitten? Es ist tatsächlich so, daß die SK der RF auf jede Aktion und jedes neue Waffensystem in der Ukraine in kürzester Zeit eine tödliche Antwort parat haben. Also doch alles richtig gemacht? Die Antwort kam stehenden Fußes mit der „überraschenden ukrainischen Offensive“ im Gebiet Charkiv und Cherson, die mit den Geländegewinnen der Angreifer taktischen

Charakter annahmen. Nach dieser Niederlage hagelte es besonders vom Truppenkommandeur Kadyrow Kritik an der Truppenführung des Verteidigungsministeriums und dessen Chef Shoigu. Er trat für die Ersetzung des Ministers durch einen Militär ein und erklärte seine Bereitschaft, die verlorenen Territorien zurückzuerobern. In aller Offenheit wird die Frage diskutiert, ob Rußland über das Potential verfügt, die Ukraine/NATO-Koalition zu besiegen. Die Mehrheit der Experten sehen ein solches Potential in der RF, verweisen aber darauf, daß es dazu des politischen Willens und konzentrierter ökonomischer sowie militärischer Anstrengungen bedarf.

Wie will die RF im Herbst die Spezialoperation in der Ukraine gestalten?

Rußland verfügt über viele hocheffektive Waffensysteme, die aber in der Ukraine noch nicht eingesetzt wurden. Der Zeitpunkt für den Einsatz solcher Waffensysteme scheint jetzt gekommen. So könnten durch den massenhaften Einsatz weitreichender Artillerie und effektivster Raketenwerfer (wie „Sonnenbrand“) der RF-SK die HIMARS-Systeme entzaubert werden. Konsens besteht bei der RF-Führung darüber, daß im Falle des direkten Beschusses russischen Territoriums durch NATO-Waffen (z. B. mit aus Deutschland gelieferten HIMARS-Raketen großer Reichweite – 500 km), Rußland vernichtende Schläge mit Präzisionswaffen, darunter auch mit Kinshal-Hyperschall-Raketen, auf die in der Ukraine basierten Entscheidungszentren der NATO-Staaten und der Ukraine, ausführen würde. Es wird auch in Erwägung gezogen, die kosmischen Aufklärungsdaten der USA zur Führung der ukr.-SK und Lenkung der Waffensysteme durch Blenden oder

Einfangen der entsprechenden US-Satelliten zu unterbinden.

Auch Systeme des funkelektronischen Kampfes, die über Abschalt- und Verzerrungsmöglichkeiten des für die Waffenlenkung wichtigen GPS-Systems verfügen, und hochleistungsfähige atomare Kampflaser mit hohen Vernichtungsfähigkeiten könnten bei Notwendigkeit zum Einsatz kommen. Die iranischen Kampfdrohnen stehen ab Ende September zu Hunderten für ihren Einsatz durch die SK der RF bereit.

Rußland berät das Angebot der DVR-Korea, die Russischen Koalitions-SK mit bis zu 50 000 ausgebildeten und hoch motivierten Soldaten zu unterstützen. Und letztlich kann Rußland sein Streitkräftekontingent in der Ukraine um 90 000 Mann erhöhen (S. Ritter). Dazu wird ein 3. Armeecorps, welches aus Streitkräften (SK) der Kaukasusrepubliken, freiwilligen Reservisten der SK der RF und anderen Freiwilligen sowie aus zwei Gruppierungen mit Luftangriffs- und Verteidigungsmitteln besteht, gebildet.

Die Hoffnung des Westens, der Ukraine und der ewig Zweifelnden in Rußland auf eine angriffsunfähige Russische Föderation ist reines Wunschdenken. Es gibt Anzeichen dafür, daß die SK der russischen Koalition sich zur Erfüllung ihrer Hauptaufgaben – Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine – nicht nur auf die befreiten Gebiete beschränken werden, sondern dem kollektiven Westen und der gesamten Ukraine einen erinnerungswürdigen Herbst garantieren. Ziel aller Anstrengungen ist es, den kollektiven Westen und die Ukraine zu Friedens- und Sicherheitsverhandlungen zu zwingen.

Oberst a. D. Gerhard Giese

Stand: 18.9.22

Die Falle im Denken

Die Falle, in die viele in ihrem Denken tappen, ist, daß ukrainischen Flüchtlingen zu helfen auch dazu verpflichtet, den ukrainischen und NATO-Ambitionen in der Ukraine beistehen zu müssen. Doch dies bedeutet in letzter Konsequenz, sich solidarisch mit den Verbrechen zu zeigen, die im Namen der angeblichen Freiheit nicht nur gegen ukrainische und russische Völker begangen werden. Kiewer Machtverhältnisse sind von außen, primär von den USA, aber auch von Deutschland und anderen NATO-Staaten geschaffen worden. Dies führte dazu, daß die Rechte autonomer Regionen und von Minderheiten schließlich mit Kanonen unterdrückt wurden. Es folgte seit 2014 ein jahrelanger Bürgerkrieg, in dessen Ergebnis zwei neue Republiken entstanden, die dann mit der gewaltigen Macht der ganzen nationalen, vom Westen hochgerüsteten Armee der Ukraine niedergeschlagen werden sollten. Die Republiken nutzten das Völkerrecht und vereinbarten mit Rußland Beistandsverträge und baten

dann offiziell um diesen Beistand. Das war der Beginn der Beteiligung von Rußland aufseiten der Donbass-Republiken. Da sich diese bereits seit Jahren einem in völkerrechtswidriger Weise ausgeführten Krieg ausgesetzt sahen und ein massiver Überfall (geplant am 28.2.2022) bevorstand, hat Rußland sich nicht an das Völkerrecht gebunden gefühlt, um eine wirksame Verhinderung des Überfalls zu erreichen.

Rußland kämpft gegen ein Regime in Kiew, das inzwischen sogar so weit geht, wie Hitler es am Kriegsende tat: Verbrannte Erde – wenn Untergang, dann alle mit ihm! Auch Selenski zeigt sich ähnlich: Wenn schon keine Chance zum politischen Überleben besteht, dann sollen alle mit untergehen: Kiew läßt das größte Atomkraftwerk von Europa in Saporischschja beschießen, in dem Wissen, daß ganz Europa betroffen sein wird, wenn es zum Supergau dadurch kommt. Es werden in der Manier verbrannter Erde zivile Einrichtungen und Menschen in nicht mehr von

Kiew beherrschten Gebieten beschossen, um das Kriegschaos überall zu verbreiten, wo im Kampf keine Erfolgsaussicht bestand. Es werden Verbrechen verübt und erfunden, die medial weltweit den Russen vorgehalten werden. Attentate und Sabotageakte verbreiten Angst und Schrecken, zuletzt in Moskau gegen eine Journalistin und auf der Krim gegen Brückenbauwerke und Starkstromanlagen. Von der sonstigen Verlogenheit in der Darstellung des Geschehens und der historischen und gegenwärtigen Hintergründe ganz zu schweigen. Mit ganzem Herzen bin ich bei den Sorgen und Nöten der Kriegsflüchtlinge. Sie haben, gleich welcher Nationalität und egal, wohin sie flüchten, meine Solidarität. Doch wird mich dies nicht davon abhalten, gegen die wahren Verursacher dieses dramatischen Konflikts zu stehen: Diese sind im Westen und in Kiew zu finden. Und die vielen Lügen kommen auch von dort.

Renato Lorenz
Berlin



OUT OF LAW *

Recht und Ordnung in den Staaten,
Neuerdings nicht mehr gefragt?
Menschenrechtler dürfen raten:
Gibt es etwa neue Daten?
Nichts davon ist angesagt.

Also dürfen Drohnen plagen.
Zweifel sind nicht eingeplant.
Auftrag lautet: Suchen, Jagen
Und das Zielobjekt zerschlagen,
Unverurteilt, unermahnt.

Hinrichtungen ohne Urteil.
Pentagon gab Grünes Licht.
Ramstein sonnt sich in dem Vorteil,
Dient dem ferngelenkten Fallbeil,
Spielt Erhabnes Weltgericht.

* *Hinrichtung aus der Luft* betitelt das Fernsehen ARD, Erstes Programm, am Donnerstag, dem 11. August 2022, um 21 Uhr 45, die Dokumentation zum Thema Kampfdrohne. Dieses tückische unbemannte Fluggerät, satellitengestützt ferngesteuert, trägt Raketen, die sich durch Knopfdruck von der Drohne lösen lassen, um ihr Ziel anzusteuern. Dirigiert werden die Aktionen aus einer US-Kommandozentrale unweit von Las Vegas, weitergeleitet nach Rheinland-Pfalz in den Landkreis Kaiserslautern und dort nach Ramstein, das sich der ersten urkundlichen Erwähnung im Jahr 1215 durch den Welfenkaiser Friedrich II. rühmen darf. Unrühmlich hingegen ist das Hauptquartier des US-Allied Airforce Command Ramstein, einer NATO-Kommandobehörde zur Führung von Luftstreitkräften, über die es erst möglich ist, Kommandoaufträge aus Nevada, die Erdkrümmung überwindend, im Nahen Osten Europas erledigen zu lassen.

Targeted Killing nennt sich diese gezielte Tötungsart aus heiterem Himmel. Die US-Armeeführung hatte dieses Gerät in Auftrag gegeben, um die eigenen Truppen zu schonen, doch belastet mit der berechtigten Klage, mit dieser Praxis gegen geltendes Völkerrecht zu verstoßen.

Im August 2011 legte das „Bureau of Investigative Journalism“ (BIJ) über diese Angriffe einen Bericht vor, für den etwa zweitausend Mediennachweise ausgewertet wurden. Demnach waren seit dem Jahr

2004 mindestens 291 Einsätze erfolgt, bei denen zwischen 2292 und 2863 Menschen starben und 1104 verletzt wurden. Darunter auch unschuldige Zivilisten, die das Pech hatten, sich in der Nähe der Zielperson aufgehalten zu haben, darunter 164 Kinder.

Da der Auslandsgeheimdienst CIA für die Zielbeschaffung von Terroristenführern verantwortlich zeichnet, begaben sich die US-Agenten hinsichtlich der unschuldigen zivilen Opfer in den Anklagebereich Beihilfe zum Mord. Der ARD-Beitrag behandelte die Tragödie des afghanischen Bürgers Zemarai Ahmadi und dessen Verwandtschaft. Der Mann arbeitete bei einer US-amerikanischen Hilfsorganisation in Kabul, die Lebensmittel im Land verteilt.

Es war Sonntag, der 29. August 2021. Kurz vor Feierabend nutzte Zemarai Ahmadi die Gelegenheit, um für die Familie mehrere Kanister mit Trinkwasser zu füllen. Mit dieser Ladung fuhr er die kurze Strecke zu seiner Familie. Er fuhr einen weißen Toyota Corolla, und erst zu diesem Zeitpunkt hatte ihn das US-Weltraumauge im Blick, das gerade den Hinweis erhalten hatte, dass ein weißes Auto mit einer Sprengladung unterwegs ist, um einen Anschlag auszuführen.

Da nur Privates ins Bild kam, muß das Überwachungskommando übersehen haben, daß Kinder in der Nähe waren, Kinder, die sich schon darauf freuten, im Auto des Onkels sitzen zu dürfen oder vielleicht gar ein paar Meter mitzufahren.

Sieben Kinder im Alter zwischen drei und zwölf Jahren, dazu der Onkel und zwei seiner Brüder: alle von einer dieser Helfire-Raketen zerfetzt.

Der Slogan „America first“ bekommt damit eine berechtigt andere Zielrichtung.

Lutz Jahoda

Ramstein – Relaisstation für Drohnenangriffe

Auf der Ramstein Air Base, dem größten US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten, ist nicht zuletzt ein Air and Space Operations Center (AOC) angesiedelt, in dem mehr als 500 US-Soldaten den Luftraum über Europa und Afrika überwachen. Das AOC fungiert zudem als Relaisstation für Drohnenangriffe in Afrika wie auch im Nahen und Mittleren Osten. Dabei steuern amerikanische Drohnenpiloten, die an Computern in den USA sitzen, die unbemannten Fluggeräte mit Hilfe von Signalen, die über ein Glasfaserkabel nach Ramstein geleitet und von dort via Satellit weiter in die Operationsgebiete der Drohnen übertragen werden. Die unmittelbare Signalübertragung aus den Vereinigten Staaten in die genannten Regionen ist wegen der Erdkrümmung nicht ohne weiteres möglich. Das gilt auch für den Abschluß

der Raketen, die US-Kampfdrohnen mit sich führen und mit denen die Zielpersonen der Angriffe getötet werden. Die Air Base Ramstein nimmt damit im Rahmen der US-Drohnenkriege einen zentralen Stellenwert ein. Die Zahl der Zivilpersonen, die bei US-Drohnenangriffen in den vergangenen Jahren zu Tode gekommen sind, ist hoch. 2014 ergab eine interne Untersuchung der US-Streitkräfte, daß lediglich zehn Prozent der Menschen, die durch US-Drohnenangriffe ihr Leben verloren, eigentliche Zielpersonen waren.[1] Das Londoner Bureau of Investigative Journalism dokumentierte, daß von 2004 bis 2018 zwischen 2 515 und 4 026 Todesopfer zu beklagen waren, darunter zwischen 424 und 969 Zivilisten.[2] Die Zahlen gelten freilich als erheblich zu niedrig; pakistanische Stellen gaben die Zahl ziviler Todesopfer mit 2 714 an. Die

Organisation Airwars aus London legte eine Untersuchung vor, nach der in den 20 Jahren nach den New Yorker Terroranschlägen vom 11. September 2001 bei mindestens 91 340 Luftangriffen in zahlreichen Ländern zehntausende Zivilisten – mindestens 22 679, wovon sogar 48 308 ums Leben kamen.[3] Die Relaisstation auf der Ramstein Air Base trug in nicht genau bekannter Höhe dazu bei.

Auszug aus: german-foreign-policy, 9.9.22

[1] Armin Ghassim, Jonas Schreijäg: Hinrichtung aus der Luft: Deutschland und der US-Drohnenkrieg. [daserste.ndr.de 11.8.2022](https://daserste.ndr.de/11.8.2022).

[2] Drone Warfare. thebureauinvestigates.com.

[3] Imogen Piper, Joe Dyke: Tens of thousands of civilians likely killed by US in 'Forever Wars'. [airwars.org 6.9.2021](https://airwars.org).

Der Krieg und die Moral

Ich führe immer noch nicht enden wollende Diskussionen mit Freunden und Bekannten über die Beurteilung des Geschehens in der Südostukraine, bei der sachliche Argumente zunehmend von fragwürdigen Werturteilen verdrängt werden. So hält sich z.B. die Auffassung, daß der russische Staatschef ein im Kern böser Mensch ist, der den Krieg nach seinen persönlichen Machtmaximen und Ansichten führt, einzig und allein um Rußlands imperiale Ansprüche durchzusetzen. Einige behaupten auch, er sei sehr, sehr krank und müsse sich nun beeilen, seine Mission abzuschließen. Über den Gesundheitszustand Wladimir Putins kann ich genauso wenig sagen wie über den von Olaf Scholz, Emmanuel

Austrücke, wenn es um die eigene Bevölkerung in den Gebieten Donezk und Lugansk geht, gegen die ein jahrelanger, blutiger Bürgerkrieg geführt wird. Da ist von Kakerlaken und Läusen die Rede, die es zu zerquetschen gilt.

All diese Bemerkungen dienen nur dazu, sich moralisch über den Gegner zu erheben: Was ich mache, ist gut und moralisch nützlich. Was die anderen machen, ist schlecht, böse und moralisch verwerflich. Erinnerung sei an die Erfindung des „Reichs des Bösen“, eine Zuschreibung, die US-Präsident Ronald Reagan für die Sowjetunion verwendete. Doch moralische Bewertungen sind für gesellschaftliche Vorgänge völlig ungeeignet, denn es gibt nicht das

„Gute“ oder das „Böse“ an sich. Moralvorstellungen sind gebunden an gesellschaftliche Verhältnisse. Insofern spiegeln die moralischen Normative auch immer die Interessen der Herrschenden, denn Moral hilft, den Laden zusammenzuhalten, im ausschließlichen Eigeninteresse, versteht sich. Durch die Einteilung in „Gut“ und „Böse“ entsteht eine sehr vereinfachte Weltansicht, die aber auch leicht durch permanente Wiederholungen in die Köpfe der Menschen einsickert. Zu gern übernimmt man einfache Lösungen, es erspart die

auf die philosophischen und politischen Auffassungen des Marxismus-Leninismus über den Krieg. Es gibt zwischen der Wesensbestimmung, der politischen Einschätzung und der moralischen Wertung des Krieges keinen Gegensatz. Sie alle bringen unter verschiedenen Aspekten das Klasseninteresse zum Ausdruck und beruhen auf der theoretischen Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklungen und auf den praktischen Bedürfnissen des Klassenkampfes. Auch in bezug auf die moralische Haltung der Arbeiterklasse zum Krieg gilt der Leninsche Gedanke, daß der moralische Standpunkt in theoretischer Hinsicht dem dialektischen Determinismus untergeordnet ist und in praktischer Beziehung auf den Klassenkampf hinausläuft.¹ „Die Ursache dafür, daß die moralische Ächtung des Krieges durch frühbürgerliche Humanisten letztlich wirkungslos blieb, war also nicht, daß die bürgerliche Aufklärung – deren humanistische Ansichten zu Krieg und Frieden die Arbeiterklasse gegen den Verrat der Bourgeoisie an den einst von ihr verfochtenen Idealen verteidigt – ihre Auffassung über den Krieg in moralischen Werturteilen zum Ausdruck brachte. Vielmehr lag das darin begründet, daß ihre moralischen Werturteile über den Krieg nicht auf der Wesenserkenntnis des Krieges beruhten und nicht beruhen konnten.“² Franz Mehring faßte die marxistische Position in die These: „Worauf es uns ankommen muß, ist nicht, die moralische Unvernünftigkeit des Krieges zu beweisen – denn das besorgt der Krieg schon selbst –, sondern die historische Vernunft zu erkennen, die er innerhalb der Klassengesellschaft hat.“³

Das heißt, bevor ich anfangs, die Welt schematisch in „Gut“ und „Böse“ einzuteilen, sollte ich mir zumindest Gedanken darüber machen, wem was nutzt und in wessen Interesse politische Handlungen vollzogen werden. Einfaches Etikettieren wird da nicht weiterhelfen. Das trifft genauso auf die Attribute „gerecht“ und „ungerecht“ zu. Nachdenken und tieferes Begreifen ist auch hilfreich, die hohle Vokabel von der „wertebasierten“ Politik der Bundesrepublik zu entlarven. Wessen Werte sind dort die Grundlagen? Und wenn wir diese Gedanken zu Ende denken, wird auch klar, warum nur jene, welche die wirklichen Werte schaffen, in Krisenzeiten zur Kasse gebeten werden und niemals jene, die sie scheinheilig als Grundlage ihres Handelns verkünden oder auch auf Sylt heiraten.

Uli Jeschke



Macron, Joseph Biden oder Annalena Baerbock. Der einzige, der mir ziemlich vital und gesund erscheint, ist ein gewisser Herr Lindner auf Sylt, aber den muß ich nicht fragen, der würde nicht mit mir reden, denn schon 2012 gab er auf die sachliche Frage seiner Ausschußkollegin Sabine Stüber (Die Linke) die patzige Antwort: „Ich rede nicht mit Un demokraten!“ Na ja, kann man ja verstehen, die Frau war weder eine blonde Kollegin aus dem Springerkonsortium noch ein Mitglied des Porsche-Vorstands aus dem VW-Universum. Letzterer hat ja seine Fähigkeiten zur Anhebung des Volkswohlstandes bereits umfassend bewiesen. Ich meine Peter Hartz und den nach ihm benannten sozialen Züchtigungssystem für faule Säcke.

Was die Behauptung vom imperialen Anspruch Putins betrifft, bezieht man sich vor allem auf seine Reden oder die seiner engsten Weggefährten. Sie würden derbe Ausdrücke für ihre Feinde benutzen. Stimmt, ziemlich derbe sogar. Aber das heißt nicht, daß es in anderen Ländern nicht auch praktiziert wird. Der Texaner Lyndon B. Johnson, „Tricky-Dicky“-Richard Nixon, aber auch „Shithole“-Trump sind dafür beredete Beispiele. Und wer erinnert sich nicht an die gelegentlichen Entgleisungen von Boris Johnson, der es schaffte, sein dirty speech in steifem Oberschichtenakzent vorzubringen. Auch die ukrainische Führung benutzt seit 2014 ziemlich derbe

eigene Denkleistung. Dabei übersieht man die Gefahr, daß die so fix übernommenen moralischen Normative den eigenen Interessen entgegenlaufen könnten. Oder liegt es etwa im Interesse der Mehrheit des ukrainischen Volkes, sich für ihre nationalistische, oligarchische Führung und die ihrer NATO-Siegstreiber totschießen zu lassen? Oder wer die NATO für ein ungefährliches Friedens- und Verteidigungsbündnis hält, muß sich nur die letzten 30 Jahre ansehen. Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages und dem Zerfall der Sowjetunion war das Bündnis eigentlich überflüssig geworden und hätte auch aufgelöst und durch ein System kollektiver Sicherheit aller ersetzt werden müssen. Statt dessen sind die NATO-Soldaten „Frieden bringend“ den Balkan rauf und runter, quer durch Afghanistan, den Irak, Libyen und Syrien gezogen. Viel Frieden hat es nicht gebracht, dafür Tod, Zerstörung und ein paar super Geschäfte. Kein Wunder, daß nicht nur die malische Führung skeptisch gegenüber diesem Streitkräfteblock ist.

Der DDR-Philosoph Wolfgang Scheler, der sich über viele Jahre mit der Bewertung von Kriegen und dem Stellenwert des Kampfes für und um den Frieden verdient gemacht hat, formulierte zu Beginn der 80er Jahre gemeinsam mit seinem Kollegen Gottfried Kießling folgendes: „Die moralische Wertung des Krieges durch die Arbeiterklasse stützt sich

- 1 Siehe W. I. Lenin: *Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung*. In: *LW Bd. 1, S. 436*
- 2 Siehe Wolfgang Scheler/Gottfried Kießling: *Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit*. Berlin 1981, S. 19
- 3 Siehe Franz Mehring: *Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage*. In *Gesammelte Schriften Bd. 8*, Berlin 1967, S. 405

Die Wegbereiter der Taliban zu ihrer erneuten Machtübernahme

Der in Österreich geborene Journalist mit afghanischen Wurzeln, Emran Feroz, hat 2017 ein Buch über die Dimensionen des US-Drohnen-Terrors publiziert. In Afghanistan haben die USA die meisten Drohnenangriffe durchgeführt. Allein von 2001 bis 2013 gab es mehr als 1 670 Angriffe. Dabei wurden bis zu 220 Zivilisten ermordet, darunter waren 65 Kinder. Im Vergleich zur Regierungszeit von George W. Bush erhöhten sich unter Friedensnobelpreisträger Barack Obama die Drohneinsätze am Hindukusch um das Zehnfache. Nun hat Emran Feroz, rechtzeitig zum Rückzug der US-Armee aus Afghanistan und zur erneuten Machtübernahme der Taliban, ein weiteres Buch vorgelegt.

Seine Kenntnisse über die Vorgeschichte des Krieges sind allerdings lücken- bzw. mangelhaft. Schon in der Einleitung fehlen wesentliche Fakten, z.B., daß es zwischen Afghanistan und der Sowjetunion seit dem 5. Dezember 1978 einen Freundschafts- und Beistandsvertrag gab. Auf Grundlage dieses Vertrags und erst nach den insgesamt 21-maligen Bitten der afghanischen Regierung hatte die Sowjetunion interveniert und 1988 im Ergebnis der Genfer Vereinbarung einen geordneten Abzug ihrer Armee vollzogen. Feroz unterscheidet nicht zwischen der „Sowjetunion“ und „Rußland“. Er schreibt von einem „kommunistischen Regime in Kabul“, das „von den Mudschaheddin-Rebellen gestürzt“ worden sei. Es war jedoch eine Erfindung der CIA, die Regierung in Afghanistan als „kommunistisch“ einzustufen, um die islamischen Fundamentalisten gegen sie besser organisieren und zu einem Bürgerkrieg motivieren zu können. Es ist auch falsch, daß die Regierung 1992 gestürzt worden sei, eine geregelte Machtübernahme an die Mudschaheddin war vollzogen worden. Ihr provisorischer Regierungschef, Zebghatullah Mudjadedi, wurde an der afghanisch-pakistanischen Grenze unter dem Schutz der afghanischen Armee nach Kabul gebracht. Und: Feroz weiß anscheinend nicht, daß man in Afghanistan nicht „Persisch“, sondern Dari spricht.

Nachdem bei einem Treffen der sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew den afghanischen Präsidenten Mohammad Daoud (von 1973 bis 1978 Präsident) darauf hingewiesen hatte, die Nordgrenze seines Landes zur Sowjetunion besser zu bewachen, brach Daud „das Gespräch abrupt ab und verließ die Sitzung. Dadurch hatte er womöglich sein Todesurteil unterzeichnet“. Für eine solch schwerwiegende Behauptung gibt der Autor weder eine Quelle an noch nennt er ein Datum, wann das stattgefunden haben soll. Nach Feroz hätten „sich Hunderttausende von Afghanen“ der Islamischen Partei von Gulbuddin Hekmatyar angeschlossen. Ob er sich mit der Zahl verschrieben hat? Bei einem Überfall der

Muslimbrüderschaft, so nannte sich damals die Islamische Partei von Hekmatyar, wurde der Maoist Saydal von ihm am 29. Jausa 1351 [19. Juni 1972] ermordet. Daraufhin, „wurden Hekmatyar und andere junge Islamistenführer vom Daoud-Regime verhaftet“. Tatsache ist jedoch, daß die Auseinandersetzung, bei dem Saydal, ein Student der Naturwissenschaftlichen Fakultät, getötet wurde, noch in der Zeit der Monarchie bis 1973 stattfand. Der Rezensent war zu der Zeit als Technischer Assistent in der genannten Fakultät tätig und wurde Augenzeuge dieser Auseinandersetzung.

Nach der UN-Resolution 1368 vom 12. September 2001 gab es keinerlei Anlaß oder gar Ermächtigung zu einem Einmarsch der US-Truppen. Die US-Administration hat sie jedoch in ihrem Sinne interpretiert und sich zum Krieg gegen Afghanistan selbst-mandatiert. Nach demselben Muster haben die USA die UN-Resolution 1973 vom 17. März 2011 zur „Flugverbotszone“ zum Schutze der Zivilisten in Libyen für den Sturz von Muammar al-Gaddafi mißbraucht. Der Krieg gegen Afghanistan war schon längst im Rahmen der Greater Middle East-Strategie der Neocons unter George W. Bush, Paul Wolfowitz, Dick Cheney und Donald Rumsfeld geplant.

Interessant sind die Ausführungen, die der Autor zur innerafghanischen Entwicklung macht, nachdem die USA ein Marionettenregime aus Warlords, Kriegsverbrechern, bin-Laden-Freunden und Drogenbaronen unter Hamid Karzai installiert haben. In einem weiteren Kapitel behandelt der Autor den „Antiterrorkrieg der Sowjets und ihrer afghanischen Verbündeten“, an dessen Ende „zwei Millionen Afghanen“ tot gewesen wären. Abgesehen davon, daß er auch hier keine Quelle angibt, kommt sein antikommunistisches Ressentiment, gepaart mit mangelnden Sachkenntnissen an dieser Stelle am deutlichsten zum Ausdruck.

Feroz beschreibt, den Tatsachen Rechnung tragend, die Brutalität der US-Besatzer und „mehrere Kriegsverbrechen der westlichen Truppen“, u. a. bezeichnet er die Bombardierung der Tanklaster auf Befehl des deutschen Oberst Georg Klein am 4. September 2009, wobei über 150 Zivilisten zerfetzt oder verkohlt wurden, als „ein Kriegsverbrechen erster Ordnung“. Die Hinterbliebenen der afghanischen Opfer haben gegen Oberst Klein bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geklagt, dieser wurde jedoch nie zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen wurde er im März 2013 zum Brigadegeneral und im April 2017 zum Generalmajor befördert.¹ Das ist, schreibt der Autor, ein „Schandfleck“ der

deutschen Afghanistanpolitik. Feroz hält zahlreiche weitere Kriegsverbrechen westlicher Soldaten fest, u.a. das australischer Elitesoldaten an über 39 afghanischen Zivilisten sowie von US-Soldaten im März 2021, wobei „elf Familienmitglieder“ eines Bauern getötet wurden. Kritisch vermerkt Feroz die Arbeit der sogenannten Ortskräfte. „Wir haben schlimme Dinge getan“, hatte ihm Mohammad, ein Dolmetscher einer US-Spezialeinheit, erzählt. Er wurde, wie auch andere Top-Ortskräfte, die zum Teil samt ihren Familienmitgliedern auch als Spione gearbeitet haben, sehr früh in die USA gebracht.

„Warlordismus, Korruption und die Lüge der Demokratie“ waren Bestandteile des US- und NATO-Krieges in Afghanistan. Feroz berichtet über die Festnahme des ersten Vize-Präsidenten Ahmad Zia Massud am Flughafen in Dubai mit 52 Millionen US-Dollar Bargeld in seinem Koffer. Das von den USA installierte Regime bestand faktisch aus einer Großen Koalition zwischen Warlords, Kriegsverbrechern, Drogenbaronen und Menschenräufern.

Allein in Kabul vegetierten unzählige Frauen als Bettlerinnen oder Prostituierte. Aber die Ameriko- und Euro-Afghaninnen oder selbsternannte Frauenrechtlerinnen sind in den westlichen Metropolen als gut bezahlte Ansprechpartnerinnen der Medien und Institutionen gefragt. Als Beispiel nennt Feroz die Politikerin und ehemalige Präsidentschaftskandidatin Fawzia Koofi. Sie hat sich in Afghanistan durch Korruption und unsaubere Geschäfte einen Namen gemacht. 2015 wurde über ihre Kontakte zu Drogenbaronen und Warlords berichtet. Sieht man von Fehlern und unsauberen Recherchen ab, vermittelt das Buch wichtiges Wissen über die Lage in Afghanistan.

Zu einer weiteren Neuerscheinung: Publikationen von Michael Lüders, Bestsellerautor und Orientexperte, der sich bezüglich der westlichen Politik im Nahen und Mittleren Osten Tacheles redet, werden in den großen bürgerlichen Zeitungen nicht mehr besprochen. Auch sein neuestes Buch „Hybris am Hindukusch“ wurde totgeschwiegen. Wer die Wahrheit sagt, muß die Konsequenzen tragen. Der Fall Julian Assange ist eins von vielen schrecklichen Beispielen. Lüders gibt einen gut lesbaren und verständlichen Überblick über die insgesamt gescheiterte Afghanistan-Politik des Westens. Er geht weit in die Geschichte zurück, als die britische Kolonialmacht im Jahre 1893 an der Ostgrenze zu Britisch Indien afghanisches Territorium annectierte und dieses später dem künstlich geschaffenen pakistanischen Staat überließ. Damit hat sie den Grundstein für den afghanisch-pakistanischen Konflikt gelegt. Die sowjetische Intervention nennt Lüders eine fatale Entscheidung, wobei er auf die federführende Rolle der USA bei der

1 Vgl. Lüders, Michael: Hybris am Hindukusch, München 2022, S. 137.

Entstehung, Finanzierung und Bewaffnung der islamistischen Terrorgruppen hinweist. Hierbei beruft er sich auf die Aussagen des ehemaligen CIA-Direktors Robert Gates und des Sicherheitsberaters des US-Präsidenten, Zbigniew Brzezinski.

Der erste Talibanführer Mullah Omar wird von ihm als „Robin Hood“ charakterisiert. Hier fällt Lüders auf die Märchen des pakistanischen Journalisten Ahmed Rashid herein. Omar war ein lumpiger Dorfmullah und vor allem eine Schöpfung des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI). Mit ihm sollte der Bewegung ein pakistanischer Führer vorangestellt werden.

Der Autor weist zu recht auf die Verbindung mit dem Pipeline-Projekt des US-Energieunternehmens UNOCAL hin, die zur Installation des Talibanregimes 1996 beigetragen hatte. Die Talibanherrschaft wurde infolge der Katastrophe des 11. September im Jahr 2011 beseitigt, wobei auch der „Einsatz von Nuklearwaffen in Afghanistan erwogen“ wurde. Die Einsetzung eines prowestlichen Regimes im Dezember 2001, gebildet aus Ameriko-, Euro-Afghanen und willfähigen Warlords und Kriegsverbrechern, ohne Beteiligung der Taliban, bezeichnet Lüders als „die Ursünde“ der westlichen Afghanistanpolitik seit 2001. Die brutale Kriegsführung des westlichen Militärs, besonders der USA, ohne Rücksicht auf die Zivilisten, die nie dagewesene Korruption der neuen Machthaber, die Entstehung eines „Drogenmafia-Staates“, wie Ashraf Ghani Afghanistan noch als Finanzminister bezeichnet hatte, schufen die Bedingungen für die erneute Machtübernahme der Taliban im August 2021 und für eine epochale Niederlage des US- und des gesamten westlichen Militärs am Hindukusch. Michael Lüders hat akribisch gearbeitet und bietet eine Fülle von Detailinformationen, was manchmal spannend, aber auch ermüdend wirkt.

Die bisher einzige und sehr gute Evaluierung des zwanzigjährigen US-Krieges gegen Afghanistan wird von dem renommierten Washington-Post-Journalisten und dreimaligen Pulitzer-Preis-Preisträger, Craig Whitlock, in 21 Kapiteln detailliert vorgelegt. Er belegt zweifelsfrei, wie drei aufeinanderfolgende US-Präsidenten, George W. Bush, Barack Obama und Donald Trump sowie ihre militärischen Befehlshaber, die Öffentlichkeit im eigenen Land und weltweit systematisch belogen haben. Das Buch ist eine Kriminalgeschichte der US-amerikanischen Afghanistanpolitik. Es basiert auf Interviews mit mehr als tausend Personen, die unmittelbar am Krieg beteiligt waren, und der Autor hat Dokumente mit mehr als 10 000 Seiten ausgewertet.

Als die USA am 7. Oktober 2001 innerhalb von vier Wochen das Taliban-Regime stürzten und Hamid Karzai, einen „CIA-Informanten“ in Kabul, als Regierungschef installierten, verkündete Präsident Bush, daß die USA jetzt „Terrorzellen in anderen Ländern zu zerschlagen“ beabsichtigen. „Die Taliban beschützten bin Laden und hatten ein enges Bündnis mit al-Qaida geschlossen,

aber an den Terroranschlägen am 11. September 2001 waren keine Afghanen beteiligt, und es gibt keine Beweise dafür, daß die Taliban im voraus von den Anschlagplänen wußten“.

Schon am 11. Oktober 2001 fragte ein Journalist den Präsidenten: „Können Sie es vermeiden, in Afghanistan in einen Schlamassel wie seinerzeit in Vietnam hineingezogen zu werden?“. Das Regime der Islamisten war zwar hinweggefegt, aber die Taliban kamen verstärkt wieder zurück. „Ich bin besorgt, daß uns die Sache entgleitet“, schrieb US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld am 28. März 2002 in einer vertraulichen Mitteilung. Alles deutete darauf hin, daß nur ein kleiner Zirkel um Präsident Bush wußte, was das eigentliche Ziel des Krieges war. Hochrangige Regierungsbeamte und Militärs sind über die eigentliche Absicht der „Greater Middle East-Strategie“ der NEOCONS, den Nahen und Mittleren Osten zu bekriegen und zu beherrschen, im Dunkeln gelassen worden. „Amerika zieht in den Krieg, ohne zu wissen, was es tut“, erklärte ein hochrangiger Mitarbeiter des US-Außenministeriums. Was hatten die USA eigentlich in Afghanistan vor? Ging es darum, al-Qaida zu zerschlagen, die Taliban zu entmachten, Nationsbildung zu leisten oder Frauenrechte zu verteidigen? „Wenn es je ein Beispiel für die schleichende Ausweitung einer Mission gegeben hat, so ist es Afghanistan“, sagte ein leitender US-Diplomat. Obwohl erkennbar war, daß es eine militärische Lösung in Afghanistan nicht geben konnte, wurden weitere Militäreinheiten dahin abkommandiert und ein oberster gescheiterter General von einem anderen abgelöst. Selbst General David Petraeus, der sich in Irak bei der Aufstandsbekämpfung durch seine brutale Kriegsführung einen Namen gemacht hatte und auf dessen Wunsch hin Präsident Obama zusätzliche Militäreinheiten nach Afghanistan abkommandierte, konnte, trotz höchster Eskalation und Brutalität des Krieges, den Widerstand nicht schwächen. Zeitweise „war die Zahl der in Afghanistan stationierten US-Soldaten auf 100 000 gestiegen – das war das Vierzigfache des Truppenkontingents, das sich im Dezember 2001 dort befunden hatte“.

US-Verteidigungsminister Rumsfeld behielt seine Zweifel vom 28. März 2002 an einem Sieg für sich. Es hätte keinen Sinn, mit den Rest-Taliban oder mit al-Qaida zu verhandeln, verkündete er in der Öffentlichkeit. „Man kann sie nur bombardieren und versuchen, sie zu töten. Genau das haben wir getan, und es hat funktioniert. Sie sind weg. Und dem afghanischen Volk geht es jetzt sehr viel besser.“ Zweifel daran waren vor allem unter Kennern der Lage und bei den dort kämpfenden Soldaten weit verbreitet. Jedoch traute sich keiner, dies nach oben zu kommunizieren. Vielen US-Soldaten erschien der Krieg als sinn- und perspektivlos. Um das Problem „zu lösen, müßten wir mehr tun, als nur Menschen zu töten, denn das war es, was wir dort machten, und jedes Mal, wenn ich wiederkam, hatte sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert“,

sagte Generalmajor Edward Reeder, der insgesamt sechs Kampfeinsätze am Hindukusch absolviert hatte. Sich auf diese Art und Weise in die eigene Tasche zu lügen und vor den realen Kräfteverhältnissen die Augen zu verschließen, bereitete den Weg vor für die epochale Niederlage der USA in Afghanistan. Diese ist akribisch von Craig Whitlock dokumentiert worden. Sein Buch sei den Freunden und Kritikern der US-Außenpolitik als Pflichtlektüre empfohlen.

Dr. Matin Baraki



Emran Feroz: Tod per Knopfdruck – Das wahre Ausmaß des US-Drohnen-Terrors oder Wie Mord zum Alltag werden konnte, Westend Verlag, Frankfurt/M., 2017, 254 S.

Emran Feroz: Der längste Krieg – 20 Jahre War on Terror, Westend Verlag, Frankfurt/M., 2021, 223 S.



Michael Lüders: Hybris am Hindukusch – Wie der Westen in Afghanistan scheiterte, C.H. Beck Verlag, München 2022, 203 S.



Craig Whitlock: Die Afghanistan Papers, Econ Verlag, Berlin 2021, 395 S.

Das Formosa-Narrativ

Die Insel Formosa, heute Taiwan, ist eine dem chinesischen Festland vorgelagerte Insel mit ca. 35801 km², 394 km Länge und 144 km Breite. Heute leben dort etwa 23 Mio. Menschen. Im Zusammenhang mit dem Ausgang des ersten japanisch-chinesischen Kriegs 1894/95 um den Status von Korea mußte China Kriegsschadigungen an Japan zahlen. Korea wurde für „unabhängig“ von China erklärt. Das japanische Kaiserreich eignete sich die Insel Taiwan und die Pescadoresinseln sowie die Halbinsel Liaodong an. Eine weitere Folge bestand darin, daß ausländische Mächte ebenfalls chinesische Gebiete in kolonialer Manier beanspruchten.¹ Der erste japanisch-chinesische Krieg leitete faktisch den Untergang des chinesischen Kaiserreiches ein, das im Jahre 1911 zusammenbrach. Am 29. Dezember wurde eine provisorische bürgerliche Regierung für die Chinesische Republik gebildet. Sun Yad-sen wurde zum provisorischen Präsidenten gewählt. Die bürgerlichen Revolutionäre unter Führung Sun Yad-sen entmachteten 1912 die chinesische Kollaborations-Regierung und riefen die Republik China aus. Am 25. August erfolgte die Gründung der Guomindang durch Sun Yad-sen, ein Zusammenschluß revolutionärer Kräfte.²

In China entwickelte sich eine historisch komplizierte Periode, die durch revolutionäre Kämpfe, reaktionäre Bestrebungen und der politischen sowie militärischen Einflußnahme imperialistischer Mächte charakterisiert war. Japan spielte eine dominierende Rolle, um sich chinesische Territorien anzueignen. Dabei ging es Japan auch um die Übernahme deutscher Kolonialgebiete und um den Kampf gegen das revolutionäre Rußland. Bemerkenswert ist der Washingtoner Vertrag vom 6. Februar 1922, in dem sich neun Mächte über die Ausbeutung und Zerstückelung Chinas einigten. (Prinzip der „offenen Tür“) Sun Yad-sen bemühte sich, die Guomindang in eine schlagkräftige Partei umzuorganisieren. Er handelte die erste vereinigte Front aus Kommunisten (Partei-gründung 1921) und Guomindang aus. 1924 wurde diese Allianz mit den Kommunisten noch gestärkt. Nach dem Tod von Sun Yad-sen im März 1925 gewannen andere Kräfte die Dominanz in der Guomindang. Am 1. Januar 1926 wurde Tschiang Kai-schek in das ZK der Guomindang gewählt. Später wurde er als Generalinspektor der Nationalrevolutionären Armee eingesetzt. Er zählte zum rechten Flügel in der Guomindang. Im März 1926 begann er, gegen revolutionäre Offiziere und Kommunisten vorzugehen. Das führte zum Auseinanderbrechen der Einheitsfront zwischen der Guomindang und der KPCh im April 1926. Erst am 1. August 1927 gründete die KPCh die Volksbefreiungsarmee. China fiel in einen langandauernden Bürgerkrieg

und in einen Krieg gegen das imperialistische kaiserliche Japan. Am 18. September 1931 begann Japan eine Invasion in Nordostchina. Im Juli 1937 eröffnete die japanische Armee eine Großoffensive zur Unterwerfung ganz Chinas. Im Februar 1941 wurde ein vereinigt Kriegsrat der USA, Großbritanniens, und Chinas gegründet. Der Kriegsrat hatte das Ziel, sich politisch und militärisch in innerchinesische Angelegenheiten einzumischen. Zu diesem Zeitpunkt standen die USA noch nicht im Krieg mit Japan. Sie erklärten erst einen Tag nach dem Überfall auf Pearl Harbor am 7. 12.1941 Japan den Krieg.³



Sun Yad-sen (1866–1925)

Im August 1945 zerschlug die Sowjetarmee die 600 000 Mann starke japanische Kwantung-Armee in der Mandschurei und in Nordkorea.⁴ Am 14. August 1945 kapitulierte das imperialistische Japan. Mit der Kapitulation Japans standen sich in China im Wesentlichen nur noch die KPCh und die Guomindang im Kampf um die Macht gegenüber. Die Insel Taiwan fiel im Zuge der Nachkriegsregelung des Zweiten Weltkrieges, nach fünfzigjähriger japanischer Besetzung, völkerrechtlich an China zurück. Seitdem ist die Insel wieder ein Bestandteil des chinesischen Territoriums.

Wie stark der Machtanspruch der USA in China war, zeigte der Abschluß eines Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrags der USA mit der Guomindang-Clique vom 4. November 1946. Dieser hatte zum Ziel, Unterstützung im Krieg der Guomindang gegen die Kommunisten und die Volksbefreiungsarmee zu geben. Im Jahr 1946 griffen Guomindang-Truppen befreite Gebiete in China an und lösten einen gesamtationalen Bürgerkrieg aus. Sie wurden trotz Unterstützung der USA und anderer imperialistischer Mächte geschlagen. Die Guomindang und ihre Anhänger flüchteten unter Mitnahme von Vermögenswerten und antiker chinesischer Kunstschätze nach Taiwan.⁵ Am 1. Oktober 1949 proklamierte Mao Zedong die

Volksrepublik China. Nach Beendigung des chinesischen Bürgerkrieges hielten die USA an der rechtsgerichteten Guomindang auf der Insel fest. Sie verweigerten der Volksrepublik China die Anerkennung. Erst in den 70er Jahren änderte sich die US-Politik gegenüber der VR China. Das war einerseits auf den Versuch zurückzuführen, China als Gegenspieler zur Sowjetunion aufzubauen. Andererseits hatte sich die Einstellung zu China in der gesamten Welt geändert. China ist seit dem 24. Oktober 1945 Mitglied der UNO. Die Sitze in der UNO und im UN-Sicherheitsrat wurden bis 1971 durch die Guomindang mit Unterstützung des Westens blockiert. Erst durch die Resolution 2758 der UN-Generalversammlung vom 25. Oktober 1971 wurden die Vertreter Tschiang Kai-scheks aus der UNO entfernt. Die Generalversammlung beschloß, die Volksrepublik China als einzig rechtmäßigen Vertreter des chinesischen Volkes anzuerkennen. Eine Annäherung der USA an die Volksrepublik erfolgte unter Präsident Nixon. Nixon traf sich mit Mao Zedong im Februar 1972. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA erfolgte erst am 1. Januar 1979. Die USA blieben bei ihrer doppelgesichtigen Politik, die einen „politischen und militärischen Schutz“ der Republik Taiwan gewährt. Sie ist darauf ausgerichtet, den „Status Quo“ in der Taiwan-Frage zu erhalten. Somit soll eine friedliche Integration der Insel in die Volksrepublik verhindert werden.

Die US-Taiwan-Politik wurde und wird von den imperialistischen Machtinteressen in der pazifischen Region geleitet. Insbesondere unter der Trump-Regierung verstärkte sich die konfrontative Politik, die Formen eines Wirtschaftskrieges durch Wirtschaftssanktionen annahm. Die üblichen Narrative, die als Begründung herhalten müssen, sind sogenannte Menschenrechtsfragen im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang, die Unterdrückung der Demokratie in Hongkong, die Infragestellung der Zugehörigkeit Tibets zu Chinas und die behauptete Eigenstaatlichkeit bzw. die Unabhängigkeit Taiwans von China.

Die Biden-Administration setzt den Wirtschaftskrieg von Trump fort, der China insbesondere in Hochtechnologiebereichen von den Märkten verdrängen soll. Angeblich würde von China eine technisch-technologische Bedrohung der USA und des Westens ausgehen. Der amtierende US-Präsident verschärfte in letzter Zeit seine Drohungen im Zusammenhang mit Taiwan. Die USA würden im Falle eines Angriffes Taiwan militärisch beistehen, obwohl gar kein Beistandsabkommen zwischen den USA und Taiwan besteht. „Das ist die Verpflichtung, die wir eingegangen sind“, sagte der US-Präsident bei einem Treffen mit Japans Ministerpräsident Fumio Kishida in Tokio im Mai 2022.⁶ In Wirklichkeit existieren

3 Weltgeschichte in Daten, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1965, S. 955

4 Weltgeschichte in Daten, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1965, S. 956

5 Weltgeschichte in Daten, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1965, S. 1046

1 Weltgeschichte in Daten, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1965, S. 654

2 Weltgeschichte in Daten, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1965, S. 648

6 https://www.zeit.de/politik/2022-05/usa-joe-biden-taiwan-unterstuetzung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

lediglich „Sechs Zusicherungen“ der USA an Taiwan von 1982. Sie beinhalten z.B., daß die USA Taiwan weiter mit Waffen versorgen und die Staatsoberhoheit der VR China über Taiwan formal nicht anerkennen. Außerdem soll der Taiwan Relations Act unverändert bestehen bleiben, der die Beziehungen zwischen beiden Seiten festschrieb. Der Taiwan Relations Act wurde am 10. April 1979 vom Kongreß der Vereinigten Staaten als Gesetz der USA erlassen. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß eine nicht friedliche Regelung der Taiwan-Frage eine Bedrohung des west-pazifischen Raums sei.

Seit dem NATO-Gipfel in Madrid (28.–30.06.22) bezeichnen USA und NATO China als strategische „Herausforderung“ und Rußland als „Gegner“. Mit solchen Formulierungen und Aktivitäten soll das Wirkungsfeld der NATO auf die pazifische Region ausgedehnt werden.

Die provokativen Besuche der US-Spitzenpolitikerin Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten, und einer weiteren US-Delegation in Taiwan im August 2022 erhöhten die politischen Spannungen zwischen China und den USA. Das wird jedoch nichts an der Position Chinas

ändern. „Wir sind ein China und Taiwan ist ein Teil von China. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache, die durch die Geschichte und das Gesetz gestützt wird. Taiwan war nie ein Staat; sein Status als Teil Chinas ist unabänderlich“, heißt es in dem Weißbuch, das China erst kürzlich veröffentlichte.⁷

Dr. Ulrich Sommerfeld

7 <https://test.rtde.tech/meinung/145818-china-und-taiwan-kunst-bluffs/>

Feindbild China

Der auf China spezialisierter Think-Tank MERICS (Mercator Institute for China Studies) in Berlin warnt davor, die Volksrepublik ähnlich wie Rußland international isolieren zu wollen. Eine aktuelle Studie stellt fest, daß im Westen und bei dessen engsten Verbündeten in der Asien-Pazifik-Region (Australien, Japan, Südkorea) negative Haltungen gegenüber China in den vergangenen Jahren massiv zugenommen haben und zum Teil Rekordwerte erreichen. Die dramatische Verschlechterung des Chinabildes im Westen korreliert mit einer Medienberichterstattung, die exemplarisch in Deutschland untersucht wurde. Eine aktuelle Analyse der Berichterstattung der deutschen Leitmedien über die Volksrepublik kommt zu dem Ergebnis, diese sei „von teils noch aus kolonialen Zeiten

herrührenden Klischees und Stereotypen geprägt“, stelle China oft als „nicht gleichrangig“ dar und führe „zur Tradierung von Klischees und Ängsten“.

Hintergrund der MERICS-Studie sind zum anderen Erfahrungen aus dem eskalierenden Machtkampf gegen Rußland. In diesem müssen die westlichen Mächte zur Zeit feststellen, daß es ihnen zwar gelungen ist, negative Auffassungen über Rußland in ihren eigenen Bevölkerungen ähnlich wie über China zu zementieren, daß das aber nicht dazu führt, daß die nichtwestlichen Länder ihnen darin folgen. So ist es dem Westen zwar gelungen, knapp drei Viertel der Staaten in der UN-Generalversammlung Anfang März zur Verurteilung des russischen Überfalls auf die Ukraine zu bewegen. Praktische Konsequenzen hat

dies aber nicht: Ebenfalls drei Viertel aller Staaten – die Staaten jenseits des Westens und seiner engsten asiatisch-pazifischen Verbündeten – weigern sich bis heute konsequent, sich dem transatlantischen Sanktionskrieg gegen Moskau anzuschließen. MERICS wirft nun die Frage auf, ob die Staaten, die den russischen Krieg verurteilen, in einem vergleichbaren Fall auch dazu bereit wären, China anzuprangern oder gar weiterreichende Schritte gegen Beijing zu unterstützen. Das sei stark zu bezweifeln, vermutet MERICS mit Blick nicht nur auf Chinas „erheblich stärkere wirtschaftliche Bindungen zu großen Teilen der Welt“, sondern auch auf die „wachsende Rolle“ Beijings „als Sicherheitsdienstleister“ in einer Vielzahl an Ländern.

Auszug aus german-foreign-policy-com, 2.9.22

Schürfrechte im Südchinesischen Meer?

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich in der September-Ausgabe den Artikel „Zur Lage im Südchinesischen Meer“ von dem von mir sehr geschätzten Bernd Biedermann gelesen. In dem Beitrag ist auch die Rede von den Spratly-Inseln. Wikipedia schreibt dazu: „Die Republik China, Vietnam und die Volksrepublik China erheben jeweils Anspruch auf die gesamte Inselgruppe, während Brunei, Malaysia und die Philippinen jeweils einen Teil der Inseln für sich beanspruchen.“ Im April 2015 habe ich mir das vor Ort angesehen. Nach einem Tipp haben meine Frau und ich einen irren 14tägigen Tauchurlaub auf der „Insel“ Swallow Reef gebucht. Ich setzte das Wort Insel in Anführungszeichen, weil das mit einer Insel eigentlich nichts zu tun hat. Sie liegt 300 km westlich vor der Nord-West-Küste Borneos, mitten im Südchinesischen Meer. Aus meiner Sicht sind das alles eher keine Inseln, sondern Riffe, die ca. 1 bis 2 Meter bis unter die Oberfläche ragen. Das von uns besuchte Riff hat

eine Länge von ca. 6 km und eine Breite von 1,3 km. In der Mitte des Riffs befindet sich in einer Tiefe von maximal 12 Metern eine große Sandfläche, zum Tauchen viel zu langweilig. Aber um das Riff geht es über 2 000 Meter nach unten. Und da warteten bei ca. 30 bis 50 Metern Tiefe Schulen von Hunderten Hammerhaien auf uns. Deshalb fuhren wir dorthin.

Was hat das malaysische Militär ein paar Jahre vorher dort gemacht, um ihre Ansprüche geltend zu machen? Sie sprengten auf dem Riffdach ein Loch in Form eines kleinen Kanals von ca. 10 Meter Breite, fuhren mit einem Baggerschiff in das Riff und baggerten von innen den Boden auf das Riffdach. So entstand plötzlich eine Insel mit einer 1200 Meter langen Landebahn. Breit ist dieses Eiland maximal 300 Meter. Wenn man das Luftbild vom 1.4.2015 betrachtet, war im Gegensatz dazu vor einigen Jahren davon noch nichts zu erahnen. Maximal eine Fläche, viel kleiner als ein Fußballfeld, ragte einen Meter

aus dem Wasser und wurde durch Brutvögel belegt. So entstand eine Marine-Militärbasis Malaysias. Um dem Ganzen noch einen zivilen Touch zu geben, entstand ein paar Jahre später direkt daneben ein einfaches Taucher-Hotel. Einige Male haben wir erlebt, daß chinesische Militär-Jets in 50 Meter Höhe über uns hinwegdonnerten.

Nach dem Urlaub habe ich dann begonnen, mich intensiver mit dieser Region zu beschäftigen. Wie später festgestellt, geht es hier auch um „Schürfrechte“. Alle paar Dutzend Kilometer taucht so ein Riff auf, was man früher nur aus der Luft gesehen hätte. Und fast auf jedem Riff hat sich eines dieser Länder mit einem kleinen Hafen und einer kleinen Landebahn bereits breitgemacht, um seine Interessen nachdrücklich zu bekräftigen. Mein Plan ist, daß ich in 2024 noch einmal einen Tauchurlaub mit meiner Frau dort verbringen möchte.

Jürgen Köhler
Berlin

Unser Amerika: 530 Jahre Unabhängigkeit gegen Annexionismus

Vor 530 Jahren erreichten die drei spanischen Karavellen Santa Maria, Pinta und Niña auf der Suche nach einer Westroute nach Indien die Küste einer kleinen Insel. Die Eingeborenen nannten sie „Guanahani“. Bei Sonnenaufgang gingen Christoph Kolumbus und seine Männer am 12. Oktober 1492 an Land. Kolumbus taufte die Insel auf den Namen „San Salvador“ und setzte ein grünes Kreuz. Die Seefahrer und Abenteurer der spanischen Krone begannen, Amerika zu erobern. Die Eingeborenen konnten nicht ahnen, daß sie eine Zukunft der Grausamkeiten erwartet. Die Eroberer raubten ihnen das Leben, die Reichtümer, die Kultur, die Religion und die Sprache.

Karl Marx schrieb: „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der Eingeborenenbevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung Afrikas in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute waren die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära.“ Allein zwischen 1503 und 1660 raubten die Spanier den Indio-Stämmen 185 Millionen Kilogramm Gold und 16 Millionen Kilogramm Silber und brachten es nach Spanien. Würden die lateinamerikanischen und karibischen Völker dieses Gold und Silber als Schuld aufwiegen, dem Schuldner zwar 200 Jahre davon schenken, aber die europäische Zinssatzformel anwenden, dann käme heraus, daß die Europäer ihnen eine Summe in der 300. Potenz schulden, eine Zahl, für deren Niederschrift mehr als 300 Ziffern nötig wären. Statt dessen sind die lateinamerikanischen und karibischen Völker verarmt und wirtschaftlich zurückgeblieben. Höhepunkt der Impertinenz: Die späteren Räuber zwangen die um ihre Reichtümer beraubten Völker, milliardenschwere Kredite aufzunehmen und sich maßlos zu verschulden. Seit 530 Jahren trugen und tragen die Räuber Kronen und Purpurmäntel, Mitren und Talare, Zylinder und Smokings, Helme und Uniformen.

Jahrhundertlang kämpften die Völker Lateinamerikas und der Karibik um ihre Befreiung. Im ersten Quartal des 19. Jahrhunderts schafften sie es, die Unabhängigkeit von der spanischen Krone zu erlangen. Die Freude währte nicht lange. Die Vereinigten Staaten aus dem Norden begannen ihre Freibeuter-Kreuzzüge, begleitet von der gerade verkündeten Botschaft des damaligen US-Präsidenten James Monroe „Amerika den Amerikanern“. Mit „Amerika“ meinte er den gesamten Kontinent von Alaska bis Feuerland, mit „Amerikanern“ aber nur die Einwohner der Vereinigten Staaten. Auch hierzulande ist es üblich, von „Amerika“ zu sprechen, wenn die USA gemeint sind. Die Idee und die Praxis der Monroe-Doktrin umkreisten den Planeten. Unter der Vorherrschaft der USA gingen die Raubzüge weiter. Ein Schandvertrag folgte dem anderen. Lateinamerika und die Karibik wurden zu Tummelplätzen für

Militärdiktaturen, umweht von Tüchern mit weißen Sternen auf blauem Grund und rot-weißen Streifen.

Im Buch „Das fünfhundertjährige Reich“ der Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH wird vermerkt: „Was spanische und portugiesische Karavellen begannen, britische, französische und deutsche Kanonenboote fortsetzten und US-Marines vollendeten, manifestiert sich heute als ehernes interna-



tionales Gefüge, in dem die Randvölker des Planeten, das heißt 80 Prozent der Menschheit, den unsagbaren Reichtum der Metropolen erarbeiten.“ Das wurde vor 30 Jahren geschrieben.

Mit der Repression der Unterdrückten wuchs die Rebellion der Unterdrückten. Die Ahnengalerie der Protagonisten der Befreiungskämpfe ist lang. Sie reicht von den Häuptlingen Cuauhtemoc, Dirangén, Lautaro, Tupac Amaro, Tatanka Yotanka über Simón Bolívar, Antonio José de Sucre, San Martín, Augusto Cesar Sandino, José Martí, Emiliano Zapata, Lazaro Cardenas, Carlos Luis Prestes bis zu Fidel Castro, Ernesto „Che“ Guevara, Salvador Allende, Carlos Fonseca und Hugo Chávez.

Der Sieg der Kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 leitete eine Zeitenwende auf dem amerikanischen Kontinent ein. Erstmals fand tatsächlich eine nationale Befreiung statt. Sie wurde von sozialen Umgestaltungen begleitet. Die Rebellen um Fidel Castro schafften es, Kuba unabhängig vom USA-Imperialismus zu machen. Der Sozialismus zog ins Haus Amerika ein. Das heldenhafte kubanische Volk muss dafür teuer bezahlen. Seit Jahrzehnten widersteht es einer barbarischen USA-Blockade. Dem Sieg der Kubanischen Revolution folgte 20 Jahre später der Sieg der Sandinistischen Volksrevolution in Nicaragua. Nach einer zeitweiligen Pause, Ergebnis der verlorengegangenen Wahlen 1990, setzt sie heute ihren Weg erfolgreich fort. Hugo Chávez leitete die Bolivarische Revolution ein, nachdem er 1998 zum Präsidenten Venezuelas gewählt worden war. Sie gab den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und der Karibik einen neuen starken Impuls. Es folgte eine Phase des Aufschwungs linker und fortschrittlicher

Kräfte. Sie gewannen Präsidentschaftswahlen und bildeten Bündnisse. Vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts wurde gesprochen.

Diese Entwicklung erzeugte unversöhnliche Widersprüche im Verhältnis zwischen den Ländern des Kontinents, zwischen den Forderungen des Nordens und den Ansprüchen des Südens, zwischen dem Annexionismus und der Unabhängigkeit. Der wirtschaftliche und militärische Gigant aus dem Norden will die Monroe-Doktrin fortsetzen. Unter seiner Robe verbirgt er die Beute des Raubes an vielen für den Reichtum einzelner. Für ihn gab es keinen sterbenden spanischen Kolonialismus, für ihn gibt es keine vermeintlichen Kontraste zwischen Ost und West. Andererseits verstärkte sich der Widerstand gegen ihn. Im Jahre 2000 scheiterte der USA-Vorschlag ALCA (Amerikanische Freihandelszone). ALCA sollte NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone) beerben, deren Wirtschaftsdiktat darin bestand, die strategischen Ressourcen Lateinamerikas in die USA und nach Kanada zu exportieren und umgekehrt, die Überschüsse aus den USA und Kanada nach Mexiko. ALCA verkörperte die Absicht, von Washington aus die lateinamerikanischen und karibischen Volkswirtschaften, die Bodenschätze und Naturreichtümer, Regierungen und Flüchtlingsströme besser zu kontrollieren. Washington ging sogar soweit, mit ALCA die politischen Abläufe und Wahlen, egal wie und wann, in die Politik des internationalen Marktes einzubeziehen.

Die Dollarisierung war der Dreh- und Angelpunkt des Vorhabens. Die Volkswirtschaften sollten mit US-Dollar ausgestattet werden, um auf den Devisenmärkten eine neue Nachfrage nach der USA-Währung auf Kosten einer inneren Währungsparität zu schaffen. Die Liberalisierung der Exporte und Importe zwischen den USA und Kanada sowie Lateinamerika und der Karibik hätte das Ende der staatlichen Hilfen für die einheimischen Betriebe bedeutet. Die staatlichen Subventionen wären in die USA-Unternehmen geflossen. Das Ziel dieser kriminellen Asymmetrie bestand darin, ein mögliches Wirtschaftswachstum der Region und jedwede Leistung im Kampf gegen die Armut auf dem Kontinent zu verhindern. Das wiederum war notwendig, um billige Arbeitskräfte zu importieren. Die WTO (Welthandelsorganisation) stand an der Seite des USA-Projekts, das die Zollschränken abbauen wollte und Flexibilität in den nationalen Gesetzen versprach, um den Eintritt ausländischen Kapitals zu ermöglichen, damit es seine Rendite maximieren und seine Kontrollgebiete erweitern konnte. Das Projekt war die moderne Version der Staatsstrieche und Militärdiktaturen, die sich international nicht mehr als vorzeigbar erwiesen. Jedoch ist nicht auszuschließen, daß sie bei „Bedarf“ angewendet werden könnten.

Das Ende von ALCA, dekretiert vor allem von „Lula“ da Silva (Brasilien) und Cristina Kirchner (Argentinien), unterstützt von



Havanna, 27. Mai 2022: XXI. ALBA-Gipfel der Staaten Lateinamerikas und der Karibik – der Block gegen 530 Jahre Kolonialismus und den US-Imperialismus formiert sich

der gesamte Linken des Kontinents, zwang die Herrschenden der USA, die Idee, sich die Volkswirtschaften der Region mit Wirtschaftsverträgen erneut einzuverleiben, fallen zu lassen. Die Niederlage des neokolonialen Projekts der USA war das erste Ergebnis einer beginnenden lateinamerikanischen und karibischen Einheit. Sie wurde die erste Kraftdemonstration, die zeigte, daß der „Konsens Washington“ abgelaufen ist. Sie beendete die Verpflichtung der Länder des Subkontinents, nur Entscheidungen treffen zu dürfen, wenn Washington das erlaubte und wenn sie für die Multikonzerne vorteilhaft waren. Das Scheitern der Abhängigkeitsstruktur vom Norden gebar die lateinamerikanische und karibische Identität. 2004 entstand auf Initiative von Hugo Chávez und Fidel Castro ALBA, die Bolivarische Allianz der Amerikas. 2005 erblickte PETROCARIBE das Licht der Welt. Achtzehn Länder schlossen sich der Idee eines vereinfachten Energieaustausches an. 2010 formierte sich CELAC, die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten mit 33 Ländern. In diesen Organismen gab und gibt es keinen Platz für die USA und Kanada. Das Große Vaterland kann auf diese Weise unabhängig werden.

Mitte des ablaufenden Jahres fand der 9. Gipfel der Amerikas, eine Protokollversammlung Washingtons in Los Angeles statt, zu der nur Freunde und geladene Gäste Zugang hatten. Die Veranstaltung scheiterte, bevor sie begann. Die Organisation der Versammlung in Los Angeles war bestenfalls eine hysterische Demonstration der Restkontrollmacht Washingtons über den Kontinent. Es ist kein Zufall, daß dieser Gipfel denjenigen, die nicht daran teilnahmen, mehr mediale und politische Aufmerksamkeit brachte, als denjenigen, die teilnahmen. Das politische und diplomatische Getöse um diesen Gipfel bewies einmal mehr den beständigen Niedergang der politischen Führung der USA. Bereits der gescheiterte Demokratiegipfel im Dezember 2021, an der nicht einmal die Hälfte der eingeladenen Welt teilnahm, war ein Fiasko.

Kurz vor dem Gipfel in Los Angeles tagte der Gipfel von ALBA-TCP (Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker) in Havanna. Er war eine politische Versammlung, die positive Ergebnisse brachte und die Existenz, die wachsende

Zusammenarbeit und Integration des demokratischen lateinamerikanischen und karibischen Blocks bestätigte. ALBA hatte vor 18 Jahren eine neue Phase in der Geschichte der inneren Zusammenarbeit der Völker der Region eröffnet. Der Plan ist einfach und wirksam: Es geht um den Austausch und die Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitiger Interessen ohne verordnete Wirtschaftsrezepte und nachteilige politische Bedingungen. Es gelten nur der gegenseitige Handelsgewinn durch kürzere Transportwege, die gemeinsame Sprache und der gegenseitige Nutzen. Das Gleichheitsverhältnis begründet und bestimmt das gemeinsame Wohl der Allianz.

ALBA, PETROCARIBE und CELAC verkörpern den Traum Bolívars, Martí und Sandinos von einem Großen Vaterland. Sie sind internationale Institutionen, die in ihrem Schoß die Idee der Solidarität und des Dialogs, der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit tragen. Das gemeinsame Wohl ist ihr gemeinsames Ziel. Die Verringerung der Armut und die ökononhaltige Konzeption der industriellen Entwicklung sind die Vorbedingungen für jedwedes dauerhaftes Wirtschaftswachstum und nicht der Profit aus einer Spekulationsblase. Es soll ein Wachstum sein, das die Abhängigkeit der Währung, der Industrie, der Verteilung und der Technologie von den USA progressiv verringert. Deshalb reduziert das Wirtschaftswachstum in den Ländern der Region automatisch den schädlichen Einfluß der USA auf dem Kontinent. Mit Waffengewalt raubten sie einst die Bodenschätze. Das wollen ALBA, PETROCARIBE und CELAC nun verhindern. Eine Dialogpolitik mit den Regierenden der USA, so wünschenswert sie auch ist, wird nicht ausreichen. Es ist auch undenkbar, eine Annäherung anzustreben und die Deckung fallenzulassen gegenüber jenen, die annehmen, daß die internationalen Beziehungen ein Ring sind, in dem der Stärkere und Gewaltigere siegt. Es ist so, wie der Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega auf dem ALBA-Gipfel im Mai 2022 sagte: „Von den USA gingen nur Kriege, Invasionen, Putsche, Wirtschaftsblockaden, Sanktionen, Erpressungen und Bedrohungen aus.“ Lateinamerika und die Karibik schufen ihre eigenen Vertretungsorgane. CELAC repräsentiert den Beginn eines gangbaren Weges zur lateinamerikanischen und

karibischen Einheit, zu einer Regierung des Großen Vaterlandes. Sie könnte Beziehungen zu allen Ländern der Erde aufnehmen, wie das bereits mit China und Rußland geschieht. Den Völkern Lateinamerikas und der Karibik wird mehr und mehr bewußt, daß nicht China und Rußland sie 530 Jahre lang ausgebeutet haben. Die Bande mit ihnen garantieren einen vorteilhaften Zyklus von Angebot und Nachfrage, der die Wirtschaft des Subkontinents wettbewerbsfähig macht. Genau wegen dieser Ambition und Fähigkeit, die Interessen der lateinamerikanischen und karibischen Völker und Regierungen intern und international zu vertreten, genau wegen ihrer einschließenden und aufmerksamen Verfahrensweise für alle und jeden, hat CELAC die Monroe-Doktrin zum Scheitern verurteilt. Die Anwendung und das Bestehen der Autonomie und der politischen Unabhängigkeit in Lateinamerika und der Karibik führten dazu, daß die US-gesteuerten Gipfel der Amerikas im Grunde genommen unnütz werden.

Washington hätte begreifen müssen, daß die Monroe-Doktrin zum Scheitern verurteilt ist. Statt dessen wird ihr heute paradoxerweise in den Räumen des Weißen Hauses ein größeres Gewicht beigemessen. Der Größenwahn explodiert. Obwohl sich die wirtschaftliche und militärische Führung der USA in einer Krise befindet, träumt sie immer noch davon, ihre Haltung zu Lateinamerika und der Karibik sowie ihre nationale Sicherheitsdoktrin auf die ganze Welt übertragen zu können. Sie glaubt, daß ihre unipolare Herrschaft, Erblast der Niederlage des sozialistischen Lagers in Europa, unumkehrbar ist. Tatsächlich aber ist sie die letzte selbstverordnete Kur gegen den Niedergang der wirtschaftlichen, monetären, kommerziellen und militärischen Macht der USA über die Welt. Die Eigentums-konzeption Washingtons über den Planeten hat die Idee zur Grundlage, dessen Ressourcen in Beschlag nehmen zu können, um die Lücke zwischen den 24 Prozent, die den Reichtum produzieren, und den 59 Prozent, die ihn konsumieren, zu füllen. Washington glaubt, daß dies die einzige Möglichkeit ist, sein Auslaufmodell zu erhalten und es anderen als einzigartig zu empfehlen. Es reicht aus, die Statistiken der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) zu bemühen, um zu wissen, daß ein US-Amerikaner durchschnittlich im Jahr 730 Kilogramm Abfälle produziert, 200 Kilogramm Fleisch verzehrt, täglich 600 Liter Wasser verbraucht und so viel Energie verbrennt wie vier Italiener, 169 Tansanier oder 1100 Ruander. Weltweit dienen 700 Militärbasen und sechs Kriegsflotten der USA dazu, dieses obszöne Ungleichgewicht aufrechtzuerhalten.

Die Welt erlebt heute einen Imperialismus, dessen Fressgier dazu führte, daß er bereits keine Bereiche, Mittel und Ideen mehr erkennt, die funktionieren könnten. Nun gibt es „Linke“, die in die Guten-Ton-Salons eintraten und die meinen, daß der Imperialismus-Begriff einer Ideologie entspricht, die veraltet, tot oder nicht angemessen sei. In Wirklichkeit gibt es kein modernes Wort, das eine bessere Deutung hätte. Es gibt auch keine Politik, die sich moderner nennen

könnte. Die imperialistische Doktrin heißt Imperialismus. Sie ist eine Ausdehnung der kolonialen Lehre, die eine mittelalterliche Umdeutung der politischen Struktur der Weltherrschaft wiederherstellen will. Ihr Ziel besteht nicht darin, die Welt zu regieren, sondern sie zu beherrschen. Der aktuelle Imperialismus ist maßloser und grausamer, als der zur Zeit seines Entstehens. Der Imperialismus ist eine Bedrohung für die ganze Welt. Er bedroht sie auf Grund seiner nuklearen Stärke, seiner Kontrollmittel über die Märkte und der Ausbreitung seiner Militärdoktrin über den gesamten Planeten. Er will der

atomare Feudalismus sein. Nach 530 Jahren spanischen Kolonialismus und USA-Annexionismus nimmt das Große Vaterland Formen an. Die lateinamerikanische und karibische Rebellion ist Ausdruck der Unabhängigkeit vom Norden und der Brüderschaft im Süden. Sie erreicht zurzeit die Regierungen dieser Brüderschaft und befördert die Niederlage des Annexionismus im gesamten Umfeld. Der unversöhnliche Kampf derjenigen, die nichts zu verlieren haben, weil sie nichts haben, gegen diejenigen, die (noch) alles haben und deshalb alles verlieren würden, ist ein neues Kapitel im Geschichtsbuch Unseres

Amerikas. Noch weigert sich der imperiale Kapitalismus, die letzte Seite seiner Geschichte aufzuschlagen. Könnte es nicht sein, daß Unser Amerika, dessen „Entdeckung die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära war“, einen großen Beitrag leistet, um den Sonnenuntergang dieser räuberischen Gesellschaftsära einzuleiten? Daran dachten vor 530 Jahren Christoph Kolumbus und seine Männer bestimmt nicht, als sie im Morgengrauen des 12. Oktober den amerikanischen Kontinent betraten.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Chile: Was passiert jetzt, nachdem die Ablehnung siegte?

Am 4. September 2022 gingen mehr als 13 Millionen Chileninnen und Chilenen von den 15 Millionen Abstimmungsberechtigten zum Volksentscheid, um den Text einer neuen Verfassung anzunehmen (apruibo) oder abzulehnen (rechazo). Der Entwurf enthielt 488 Artikel und 57 Übergangartikel. Er wurde von 155 Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitet. Rund 62 Prozent der Abstimmungsberechtigten lehnten den Verfassungstext ab.

Im Oktober 2020 stimmten 78 Prozent der Chileninnen und Chilenen bei der Volksbefragung dafür, eine neue Verfassung auszuarbeiten und vom Volk beschließen zu lassen. Dieser Volkswille ist immer noch gültig. Was Chile gerade ablehnte, war der vorgeschlagene Verfassungstext, nicht der Verfassungsprozeß. Welcher Weg bleibt Chile, nachdem die Ablehnung gewonnen hat? Theoretisch könnten sich die Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung erneut treffen und einen neuen Verfassungstext ausarbeiten, in den sie die Themen oder Forderungen einbeziehen, die zur Ablehnung des Verfassungstextes geführt haben. Danach könnte das Referendum erneut stattfinden. Anscheinend wird das aber nicht passieren, denn der Konvent funktionierte als ein verfassungsmäßiges Organ. Dies legte das Gesetz Nr. 21200 ausdrücklich fest. Es sah die Situation, in der sich der chilenische Verfassungsprozess nach der Volksabstimmung befindet, nicht vor. Nach der Maxime der Demokratie „Die Souveränität liegt beim Volk“ und nach dem Willen der 78 Prozent chilenischer Wählerinnen und Wähler für einen Verfassungsprozeß, wäre es angemessen, wenn das Land erneut eine Verfassungsgebende Versammlung wählt, die einen neuen Text ausarbeitet, beschließt und vorlegt.

Die konservative Piñera-Regierung inszenierte das Gesetz 20021, aus dem die Verfassungsgebende Versammlung ohne größere Kompetenzen oder Befugnisse hervorging. Die sozialen Organisationen und die indigenen Völker waren vom Verfassungsprozeß ausgeschlossen. Jetzt hat die Regierung von Gabriel Boric die Chance, sich mit den fortschrittlichen politischen und sozialen Kräften des Landes für

die Wahl einer neuen, authentischen, vom Volk gewollten, vielnationalen Verfassungsgebenden Versammlung mit vollen Befugnissen zu einigen.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro schätzte ein, daß dem chilenischen Prozeß eine solide Führung fehlte und „der alte Piñera-Kongress ihm die Flügel stützte“. In Venezuela (1999), Ecuador (2006) und Bolivien (2007) fanden ähnliche Prozesse statt. Da gab es jedoch klare, kohärente Projekte und eine klare, volksnahe, demokratische Führung, obwohl die Rechte in diesen Ländern genauso gegen das Verfassungsprojekt auftrat wie in Chile. Noch am späten Abend des 4. September traf sich der chilenische Präsident Gabriel Boric mit den Präsidenten des Senats Álvaro Elizalde (Sozialistische Partei) und des Unterhauses Raúl Soto (Partei für Demokratie) in der „Moneda“. Der Präsident rief die politischen Parteien auf, den Verfassungsprozeß fortzusetzen. Er kündigte an, „Anpassungen“ in seinem Kabinett vorzunehmen. Er sagte: „Das Volk war mit dem Vorschlag für eine neue Verfassung, den der Konvent vorgelegt hat, nicht zufrieden und lehnte ihn klar ab ... Ich verspreche, meinerseits alles zu tun, um zusammen mit dem Kongreß und der Zivilgesellschaft ein neues Verfassungsverfahren aufzubauen ... Chilenische Männer und Frauen haben eine neue Abstimmungschance gefordert. Wir müssen uns dieser Forderung stellen.“

Der abgelaufene Verfassungsprozeß in Chile war Folge der sozialen Unruhen im Oktober 2019. Am 25. Oktober 2020 gingen nur 50 Prozent der Chileninnen und Chilenen an die Wahlurnen. Damals stimmte eine überwältigende Mehrheit für die Einleitung des Verfassungsprozesses. Ein Jahr später, am 19. Dezember 2021, gewann Gabriel Boric mit einer historischen Wahlbeteiligung von 55,7 Prozent die Wahlen und übertraf damit erstmals die 50 Prozent. Das Abstimmungsergebnis vom 4. September ist ein Votum für und gegen Boric. Für den Verfassungstext stimmten 4,8 Millionen. Beim zweiten Wahlgang 2020 gewann Boric mit 4,6 Millionen der Stimmen. Die Zahlen sind sich ähnlich. Andererseits übersteigt die Anzahl der Ablehner bei weitem die

Anzahl derer, die beim zweiten Wahlgang 2020 für Kast stimmten. Das ergab sich aus der höheren Teilnahme an der Abstimmung zur Verfassung als am zweiten Wahlgang.

Die Prognosen hatten vorausgesagt, daß „Ablehnung“ gegen „Zustimmung“ gewinnen wird. Als die konservative Piñera-Regierung 2019 das Gesetz 20021 inszenierte, einigte man sich darauf, daß in diesem Falle die Pinochet-Verfassung in Kraft bleibt. Die Konservativen wußten, was sie taten. Sie wurden im Verfassungsprozeß von einer intensiven Medienagenda unterstützt.

Das konservative Lager feierte die Ablehnung als großen Sieg. Die Ablehner sind jedoch in einem breiten politischen Spektrum zu finden. Es reichte von der extremen Rechten um José Antonio Kast bis hin zu Vertretern der ehemaligen „Concertación“, die zuvor im Mitte-Links-Lager verortet waren, sowie Stimmberechtigten aus dem ländlichen Raum und den Mapuche-Gemeinden. Breite Schichten des chilenischen Volkes sind offensichtlich bereit, strukturelle Veränderungen und eine neue Verfassung anzunehmen. Schließlich sind sich fast alle Lager einig, daß die Pinochet-Verfassung abgelöst werden muß. Anscheinend wollen sie aber tiefergehende strukturelle Veränderungen und eine andere Verfassungsgebende Versammlung. Inzwischen sind nach der Ablehnung des Verfassungstextes neue Protestaktionen in Gange. Jugendliche fordern bessere Bildungschancen.

Präsident Boric will einen neuen Verfassungsprozeß einleiten. Vorher muß er jedoch verhindern, daß die Koalition, die ihn stützt, am Legitimitätsverlust der Regierung zerbricht. Das betrifft insbesondere die Fraktion der ehemaligen „Concertación“, deren Vertreter Teil des Kabinetts sind. Obwohl eine sofortige Abspaltung von der Sozialistischen Partei (PS) nicht absehbar erscheint, ist eine interne Spaltung zwischen den Fraktionen zu befürchten. Einige werden in einer beschädigten Regierung weitermachen wollen. Andere könnten dem Präsidenten die Unterstützung entziehen. Die Minister der Partei für die Demokratie (PPD) wurden kürzlich entlassen. Es ist zu erwarten, daß das parlamentarische Szenario

komplizierter wird. Die Legislative kann die Agenda blockieren. Derzeit gehören im Senat 22 der 50 Mitglieder der Regierungskoalition an. Außerdem stehen zwei Unabhängige bei der ehemaligen „Concertación“ und zwei bei der Christlichen Demokratie (DC). Die Rechte hat ihrerseits 25 Senatoren in diesem Haus, einschließlich des Senators der Republikanischen Partei von Kast.

Im Unterhaus haben die Parteien der Regierungskoalition 65 von 155 Sitzen. Sie benötigen die Sitze der DC und der aufgelösten „Ciudadanos“, um die Mehrheit zu erreichen. Möglich, aber weit entfernt, wäre eine Unterstützung durch die Humanistische Partei, die Grünen Ökologen und den Unabhängigen Carlos Bianchi. Mit ihnen könnte die Regierungskoalition 80 Abgeordnete erreichen. Nicht zu rechnen ist mit den sieben Sitzen, die das Vereinigte Zentrum und die Volkspartei

einnehmen. Die Rechte hat, wenn man die vorherige Regierungspartei und Kasts Partei mitzählt, 68 Abgeordnete. Schwankungen bei den Stimmen der Christdemokraten in beiden Häusern würden bedeuten, daß es schwierig wird, Gesetzentwürfe durchzukommen. Die erste Herausforderung für die Regierung wird die Annahme des Haushaltsgesetzes sein. Der Präsident muß den Entwurf dem Nationalkongreß mindestens drei Monate vor Inkrafttreten vorlegen und die Mehrheit beider Kammern muß ihm zustimmen. Die Zeit drängt.

Für die lateinamerikanische Region ist der Ausgang der Abstimmung enttäuschend. Vor allem für Peru, ein Land, das im chilenischen Beispiel eine Garantie dafür sah, seinen eigenen Verfassungsprozess als Ausweg aus der Instabilität aufrechtzuerhalten. Auch für die übrige Welt war der 4. September

enttäuschend. Sie hoffte auf das chilenische Projekt als Bezugsrahmen für progressive Reformen.

Wir sollten mit den Linken Chiles fair umgehen. Wir wissen doch aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, Mehrheiten für ein Verfassungsprojekt zu gewinnen. Immerhin schafften es die chilenischen Linken, die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung durchzusetzen. Die deutschen Linken aus Ost und West schafften das nicht, als es um „die Einheit Deutschlands“ ging.

Was passiert jetzt in Chile, nachdem die Ablehnung siegte? Ich bin davon überzeugt, daß seine Linken weiterhin für eine neue Verfassung kämpfen werden.

Wolfgang Herrmann

gestützt auf Informationen von teleSUR

Sierra Leone: Zu einem Viertel von Multis aufgekauft

Sierra Leone ist ein kleines Land in Westafrika am Golf von Guinea, ein bißchen größer als Bayern. Unter den Ländern Sub-Sahara Afrikas ist es eines der ärmsten und, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 526 Dollar, am wenigsten entwickelten Länder überhaupt. 77 Prozent der siebeneinhalb Millionen zählenden Einwohner müssen mit weniger als 1,25 Dollar am Tag auskommen. 63 Prozent leben auf dem Land in ländlicher Subsistenzwirtschaft, also von dem, was ihr Stück Boden hergibt, den in erster Linie die Frauen bearbeiten. Dazu die Folgen der Klimaveränderungen: die 400 km lange Küste erodiert um einige Meter pro Jahr, und die Sahelzone zieht immer weiter nach Süden.

Für Präsident Julius Maada Bio waren die Demonstrationen keine Manifestation gegen die rapide gestiegenen Lebenshaltungskosten. „Der Gesang der Aufständischen zielte auf einen gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Regierung ab“ zitierte ihn *Le Monde* von seinem Urlaubsort in England aus. Zum Protest am 10. August aufgerufen hatten jedenfalls Ladenbesitzerinnen, die „Grassroots Women of Salone“, gegen die katastrophale Lage, was aber in der Hauptstadt Freetown, in den Städten Makeni und Magburuka im Zentrum des Landes zum Aufruhr explodierte. Mehrere Polizeikommissariate wurden niedergebrannt, Dutzende öffentliche Gebäude verwüstet, meldete der ORF, sechs Gendarmen wurden getötet, einundzwanzig getötete Demonstranten bislang gezählt. Im landesweiten Ausnahmezustand entließ Präsident Julius Bio drei Generäle aus dem Norden und ersetzte sie durch „Südwestener“. Die oppositionelle „Cocorico. The voice of the people“ berichtete auch von Tausenden durch Regierunganhänger zerstörten Verkaufständen in den Straßen der Hauptstadt und (über die Diaspora in London) von Todeschwadronen, die nachts von Haus zu Haus ziehen und Bewohner töten wie den der Regierungspartei APC nahestehenden Blogger Evangelist Samson. Das, was als Menetekel

im politischen Raum steht, ist eine Neuaufgabe des Bürgerkriegs der Jahre 1991 bis 2002, der über einhunderttausend Menschen das Leben gekostet und 30 Prozent der „educated nationals“ vertrieben hatte. Damals wie heute spitzte sich die Landfrage zu, damals „Blutdiamanten“, heute Biodiesel. Drei Tage vor der Manifestation hatte das Parlament zwei Gesetze zur Landreform verabschiedet, was Nachbar Liberia schon vor vier Jahren erledigt hatte. Zu spät, um die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen?

Das imperialistische „landgrabbing“ vertrieb seit vielen Jahren zigtausende Bauernfamilien von ihrem Land und zwang sie in die interne Migration, vor allem in Slums um die Städte an der Küste, der Volkszählung 2015 nach ein Viertel der Bevölkerung. Denn die multinationalen Unternehmen, allen voran französische wie Socfin des Medienmoguls Bollere, was sich über Tochtergesellschaften in Westafrika mehrere hunderttausend Hektar Land gekrallt hatte, lassen über geschmierte Regierungsmitarbeiter die Bewohner umsiedeln, mit geringen bzw. ohne Kompensationszahlungen abfertigen und von ihrem angestammten Land vertreiben. Den Widerstand gegen den Landraub von lokalen Assoziationen wie MALOA 2015 oder in Kamerun und Liberia koordiniert die ONG „ReAct Transnational“, sie unterstützt die betroffenen Kleinbauern und bringt die Diaspora in Europa mit ein, war auch für die Regierung in Sierra Leone unüberhörbar geworden war. Die Reformen sollen das seit jeher auf Gewohnheitsrecht ruhende Bodenrecht dem bürgerlichen Recht unterwerfen und weiterhin kapitalistisch untergeordneten Bedingungen verwertbar halten. Die beiden am 8. August verabschiedeten Gesetze, „Customary Land Rights“ und „National Land Commission Act“ setzen bei der Verpachtung und Nutzung von Flächen die vorherige und ausdrückliche Zustimmung der Landbesitzer, wie die *New York Times* berichtete. Nunmehr sollen korruptionsanfällige Politiker und Beamte als „Vermittler“ nicht mehr nötig sein. Lokale Grundbesitzer

und Gemeinden können über den Wert des Grunds mit Investoren verhandeln (was nicht verhindern wird, über den Tisch gezogen zu werden). Aber die Frauen können einen weiteren, längst überfälligen Fortschritt realisieren: Sie sind nicht mehr vom Landerwerb ausgeschlossen, können über Grund und Boden verfügen, auf dem Markt selbständig auftreten und ihren Überschuß anbieten. Die Nachkommen befreiter Sklaven können von nun an auch außerhalb der Hauptstadt Land erwerben, dazu wurde ein Gesetz der britischen Kronkolonie aufgehoben.

Wen wundert es, daß diese Gesetze Gegenwind von internationalen Investoren hervorriefen? Um nur den Direktor des größten sierra-leonischen Agrarunternehmens „Socfin“ zu zitieren: Er befürchte, das werde „mit Sicherheit jede Investition blockieren“ (ORF). Doch für den Minister für Raumordnung, Turad Senessie, eine Win-win-Situation sowohl für Firmen als auch für lokale Gemeinschaften. Und um das „Investitionsklima“ günstiger zu stimmen, wurde von der Regierung bereits im April der Einkommenssteuersatz für Mineral- und Erdölbetriebe von 30 auf 25 Prozent gesenkt. Aber wie stark sind die reaktionär-feudalen Kräfte, die das Rad wieder zurückdrehen wollen?

Wie konnte es soweit kommen? Neokoloniale Kreditbedingungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds haben den Weg geebnet. So haben sich bis heute multinationale Konzerne im Bergbau und in der Agrarindustrie ein Viertel des gesamten Landes, genauer gesagt 24,8 Prozent der Fläche (1,7 Mio. Hektar), unter den Nagel gerissen. Allein vom fruchtbaren Ackerboden haben sich die Agrarmultis zum Anbau von „cash crops“ schon etwa 40 Prozent angeeignet. Dabei machen nach der Datenplattform Knoema Lebensmittelimporte ein Drittel der Gesamtimporte aus. Die größten „landgrabber“ kommen nach Daten der UNO aus den USA, Großbritannien und der Europäischen Union (neben Saudi-Arabien und Südkorea).

Georges Hallermayer

Es gibt die Pflicht zum Widerstand

Eine Erinnerung an Bernard Bolzano als einen der Wegbereiter der Befreiungstheologie

Bernard Bolzano (1781–1848), Sohn eines in Prag niedergelassenen italienischen Kunsthändlers studierte an der Karlsuniversität Philosophie, Mathematik, Physik und Theologie und war am 7. April 1805 zum römisch-katholischen Priester geweiht worden. Johann Gottlieb Fichte und Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der für seine enzyklopädische Philosophie die Erfahrung zum Ausgangspunkt nimmt, haben Bolzano intensiv beschäftigt. Insbesondere hat er sich mit dem Denken von Immanuel Kant, der ihm nicht mehr als irgendein Weltweiser war und ihm zu formal argumentiert hat, auseinandergesetzt. (...)

Bolzano hat zu Beginn der Revolution am 28. März 1848 leidenschaftlich zum Aufstehen gerufen: „Das ist eben das Schlimmste, wir schießen niemand tot und prügeln ihn auch nicht zu Tode, aber Tausende lassen wir, in finstere Löcher gesperrt, an eine ihre Gesundheit zerstörende Arbeit gefesselt, durch Hunger und Kälte, durch Kummer und durch schweres Herzeleid so tief herabkommen. Darum Fluch unsern bürgerlichen Verfassungen, wie sie auch immer heißen, ob absolute Monarchien, ob konstitutionelle Staaten, ob Republiken oder Aristokratien oder wie sonst sie sich nennen mögen!“ [1] (...)

Bolzano beklagt das Nebeneinander von tiefer Armut und ungeheurem Reichtum einiger privilegierten Gruppen und erhofft sich von dieser historisch materialistischen Dialektik eine revolutionäre Veränderung im Geiste der Apostelgeschichte des Evangelisten Lukas: „omnes habebant omnia communia“. (...) Bolzano hat keine chiliastische Endzeithoffnung, er ist kein utopischer Anarchist, er weiß, daß der, wie Karl Marx (1818–1883) treffend sagt, „von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ auf die Welt gekommene Kapitalismus [2] nicht das Ende der Menschheitsgeschichte sein kann. In Böhmen waren 1845/1846 in 211 Baumwoll- und Papierfabriken von 11 691 Menschen 5306 Männer, 4863 Frauen und 1522 Kinder beschäftigt. „Der Arbeiter verkaufte früher seine eigne Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird Sklavenhändler. Die Nachfrage nach Kinderarbeit gleicht oft auch in der Form der Nachfrage nach Negersklaven, wie man sie in amerikanischen Zeitungsinseraten zu lesen gewohnt war.“ [3] Der aus einer Prager jüdischen Familie stammende und in Auschwitz ermordete Emil Strauß (1889–1942) merkt dazu an, daß unter den arbeitenden Kindern solche von neun Jahren waren und „die Fabrikanten meinen, sie seien die Wohltäter der Eltern, wenn sie die Kinder beschäftigten“. Papst Franziskus hört wie Bolzano das Wehklagen dieser Kinder in der ganzen Welt: „Beispielsweise mußten gegenwärtig 75 Millionen Kinder – aufgrund von Notsituationen und anhaltender Krisen – ihre Ausbildung abbrechen. Im Jahr 2015 waren 68 % aller vom Sexualhandel betroffenen Menschen Kinder. Andererseits war ein Drittel der Kinder, die außerhalb ihrer Heimatländer

leben mußten, zum Weggehen gezwungen. Wir leben in einer Welt, in der fast die Hälfte aller Kinder, die unter fünf Jahren sterben, wegen Unterernährung stirbt. Im Jahr 2016 haben 150 Millionen Kinder, so die Berechnungen, Kinderarbeit verrichtet; viele von ihnen leben unter Bedingungen der Sklaverei. Nach



Bernard Bolzano

dem jüngsten UNICEF-Bericht werden, wenn sich die weltweite Lage nicht ändert, im Jahr 2030 167 Millionen Kinder in äußerster Armut leben, 69 Millionen Kinder unter fünf Jahren zwischen 2016 und 2030 sterben und 60 Millionen Kinder keine Grundschule besuchen.“ [4] (...) Im Kern wollte Bolzano das, was 1848 Karl Marx und Friedrich Engels (1820–1895) gefordert haben, „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, Er wollte wie Wladimir Iljitsch Lenin für eine bessere Zukunft der Menschheit die Ablösung der Sklavenhalterstaaten, auch wenn sich diese „Demokratien“ nennen. (...)

Bolzano wendet sich direkt an die Menschen, es ist kein Raum für die Suche nach dem Gelobten Land oder für die Erwartung eines Reiches Christi. Sein Denken um eine Veränderung der Gesellschaft erinnert an die lateinamerikanische Befreiungstheologie, die die Armen in den Mittelpunkt ihres theoretischen und praktischen Wirkens stellt. (...) Am deutlichsten hat Lenin die Notwendigkeit der Ersetzung der „Demokratie für die Reichen“ durch „die Demokratie für die Armen“ als „einzigen Weg zum Absterben des Staates“ gefordert. Weil die Befreiungstheologen sich mit dem Verlangen nach politischer Veränderung eindeutig auf die Seite der Armen stellen, werden sie verfolgt und ermordet, sie erleiden „das Schicksal aller derjenigen, die sich bestrebten, der Menschheit große und wichtige Dienste zu leisten“ (Bolzano). Kein Wunder also, daß bis zum Amtsantritt von Papst Franziskus von Seiten des Vatikans alles getan wurde, um die Ideen der lateinamerikanischen Befreiungstheologen zu unterdrücken. (...) Erst jüngst hat Noam Chomsky wieder in Erinnerung gerufen, wie die „Demokraten“ der USA und ihrer Verbündeten einen mörderischen Krieg gegen diese befreiungstheologische Kirche geführt haben. Und weil von Prag die Rede ist, soll nicht vergessen werden, daß Václav Havel, der im Baedeker als Ikone von Prag angeboten wird, wenige Wochen nach der im Auftrag der USA erfolgten Ermordung der sechs Jesuiten in El

Salvador (16. November 1989) am 21. Februar 1990 vor beiden Kammern des US-Kongresses eine mit wiederholten Ovationen unterbrochene Rede gehalten hat, in der er den US-Imperialismus als Verteidiger von Freiheit, Stabilität und Sicherheit in der Welt bejubelte. Gegen die Befreiungstheologie in Lateinamerika mobilisiert die USA nicht bloß ihre militärischen Optionen, sondern manipuliert und verführt die lateinamerikanische Bevölkerung sehr erfolgreich mit in ihrer eigenen Geschichte wurzelnden evangelikalen Sekten und Kirchen. (...) Bernard Bolzano war überzeugt: „Es wird – ich sage es mit aller Zuversicht – es wird eine Zeit erscheinen, wo man den Krieg, dies widersinnige Bestreben, sein Recht durch das Schwert zu beweisen, ebenso allgemein verabscheuen wird, wie man den Zweikampf jetzt schon verabscheut! Es wird eine Zeit erscheinen, wo all die tausendfältigen Rangordnungen und Scheidewände unter den Menschen, die so viel Böses anrichten, in ihre gehörigen Schranken werden zurückgewiesen sein, wo jeder umgehen wird mit seinem Nächsten, so wie ein Bruder mit dem Bruder!“ [5]

Nur zu begründet ist es nämlich, daß jene so häufigen und mit so beispielloser Wut geführten Kriege, die unser ganzes Europa von einem Ende desselben bis an das andere hin durchzogen, eine zahllose Menge von Übeln aller Art über uns ausgesossen haben. Ach, seit Jahrhunderten wohl gab es der Unglücklichen, welche bald des Besitzes, bald des Gebrauches ihrer Gliedmaßen beraubt, bald bis zum Grausen erregenden Anblicke verstümmelt unter uns einher schleichen, gab es die Trauernden, die einen lieben Toten, der nicht mehr aufsteht, in einsamer Kammer beweinen, die Mütter und Väter, die um den teuren Sohn, der ihres Alters nötige Stütze sein sollte, der Gattinnen, die um den treuen Gefährten ihrer Lebensreise, der armen Kinder, die um den Vater und Versorger jammern – wohl seit Jahrhunderten gab es deren so viele nicht als jetzt! Die schönen Fortschritte in Kunst und Wissenschaft, welche das Ende des letztverflossenen Jahrhunderts so hoffnungsvoll machten, wie plötzlich sind sie nicht wieder gehemmt und zurückgedrängt worden! (...) Ich halte dafür, daß es durch die vereinigte Bemühung nur einiger hundert Männer in einem jeden Zeitalter und Lande – also gewiß auch in dem unsrigen – möglich sei, eine verbesserte Gestalt der Dinge einzuführen.“ [6]

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt aus Zda, Zeitung der Arbeit, Wien, 26.8.22

[1] Bernard Bolzano in einem Brief an Michael Josef Fesl am 28. März 1848. In: Wissenschaft und Religion im Vormärz. Akademie Verlag Berlin 1965, S. 411 f.

[2] MEW 23 (1972), S. 789.

[3] MEW 23 (1972), S. 418.

[4] Schreiben des Heiligen Vaters an die Bischöfe am Tag der Unschuldigen Kinder (28. Dezember 2016) | Franziskus (vatican.va)

[5] Winter, Bolzano-Brevier, S. 93 f.

[6] Winter, Bolzano-Brevier, S. 118 f.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Projekt Kommunismus – Utopien und Realität

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

29. Dezember 1977

Der Traum von einer besseren Welt ist so alt wie die Geschichte der Klassengesellschaft. Und die Idee vom Kommunismus reicht zurück bis in die griechisch-römische Antike. Die kühnsten Wortführer der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen aller Zeiten – der Sklaven des Altertums, der leibeigenen Bauern des Mittelalters, der Proletarier in der kapitalistischen Gesellschaft – haben eben diese Idee entwickelt! Die Gesellschaft möge dadurch zu einer Gesellschaft freier, glücklicher, brüderlich vereinter Menschen werden, daß in ihr das private Eigentum an den Produktionsmitteln, am Grund und Boden, an den Naturreichtümern beseitigt würde und an seine Stelle das Gemeineigentum trete.

Von der Verwirklichung dieser kommunistischen Grundidee erhoffte sich schon vor rund 450 Jahren der Führer der revolutionären Bauern im deutschen Bauernkrieg, Thomas Müntzer, einen Gesellschaftszustand, worin Gleichheit und Gerechtigkeit herrschen, die Klassen beseitigt sind, alle Arbeiten und alle Güter gemeinsam geleitet und angeeignet werden. Entwürfe einer Gesellschaft, worin Freiheit durch Kommunismus herrscht, haben die großen sozialen und ökonomischen Umwälzungen vieler Jahrhunderte begleitet. Und Sie konnten in diesem Vortragszyklus mit uns den Weg verfolgen, den die kommunistische Idee in der Neuzeit genommen hat, ihren Aufstieg von der Utopie zur Wissenschaft, und auch den für unser aller Schicksal entscheidenden Schritt von der kommunistischen Theorie zur Praxis, zur planmäßigen und bewußten Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsformation seit dem Sieg der Oktoberrevolution.

Wir konnten den genialen theoretischen Scharfsinn und die kämpferische Humanität solcher Männer bewundern wie Thomas Morus und Tommaso Campanella, wie Saint-Simon, Fourier und Owen, wie Gracchus Babeuf, Etienne Cabet und Louis-August Blanqui und eben auch solcher großer deutscher Vertreter utopisch-kommunistischen Denkens wie Thomas Müntzer und Wilhelm Weitling, dessen Werk schon in die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung hineinreicht.

Freilich, alle gedankliche Tiefe, alle revolutionäre Leidenschaft der kommunistischen

Denker vor Marx reichten nicht aus, den Kommunismus zu einer streng wissenschaftlichen Theorie zu erheben und den Kampf für seine Verwirklichung auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Programms zu führen. Es blieb bis in die vierzi-



Theoretiker des Kommunismus: Wilhelm Weitling (1808–1871)

ger Jahre des vorigen Jahrhunderts – als es Marx und Engels gelang, den wissenschaftlichen Kommunismus zu begründen – bei utopisch-kommunistischen Projekten. Ihr Utopismus lag wesentlich in den falschen, vornehmlich idealistischen Vorstellungen über den Weg zur Verwirklichung des Kommunismus. Beispielsweise in der Anschauung, daß es gelingen müsse, alle Menschen – insbesondere aber die Herrschenden – von der Schönheit, Sittlichkeit und Vernünftigkeit des kommunistischen Ideals zu überzeugen und durch solche Aufklärung zur kommunistischen Praxis zu gelangen. Gewiß, auch im wissenschaftlichen Kommunismus werden – entgegen seiner Verfälschung zu einer vorgeblich grobsinnlichen, borniert am Materiellen klebenden, das Geistige verachtenden Lehre – Sittlichkeit und Vernunft groß geschrieben. Marx, Engels und Lenin haben sehr wohl gewußt, daß der Sprung aus der Theorie in die

Praxis der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft ganz undenkbar ist ohne die Anspannung aller Kräfte des Herzens und des Verstandes, ohne die größte moralische und intellektuelle Energie derjenigen, die die neue Gesellschaft zu erbauen berufen sind.

In einer Arbeit, die für das Verständnis des wissenschaftlichen Kommunismus überhaupt, insbesondere aber des Leninschen Programms des Aufbaus des Sozialismus höchst aufschlußreich ist, nämlich in der Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ betont Lenin: „Eine solche Revolution (*gemeint ist die sozialistische, RF*) kann nur bei selbständigem historischem Schöpfungsfertum der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich verwirklicht werden. Nur wenn das Proletariat und die arme Bauernschaft genügend Bewußtheit, Überzeugungskraft, Selbstaufopferung und Beharrlichkeit aufbringen, wird der Sieg der sozialistischen Revolution gesichert sein.“¹

Mit dem, was ich eben zitiert habe, ist ein entscheidender Wesenszug der ganzen kommunistischen Weltanschauung und ihrer Lehre von der Errichtung der neuen Gesellschaftsformation ausgedrückt, zugleich ein wesentlicher Punkt des Gegensatzes zum utopischen und auch zu heutigen nicht-marxistischen Anschauungen über den Kommunismus. Dieser Wesenszug liegt in der Klarstellung der Rolle des *subjektiven Faktors* in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft überhaupt, namentlich jedoch im Prozeß der Ablösung der alten kapitalistischen Gesellschaft durch die neue Gesellschaft des Sozialismus und Kommunismus. Was heißt das, subjektiver Faktor? Dieser Begriff umfaßt alles das, was mit dem bewußten Handeln der Menschen in der Gesellschaft zu tun hat; er bezieht sich auf die Rolle des Bewußtseins, der Ideologie, der Weltanschauungen in der Geschichte; er umfaßt solche Seiten jeder geschichtlichen Aktion wie die Organisiertheit, die Zielstrebigkeit, die Disziplin der geschichtlich handelnden, der revolutionär kämpfenden Klassen. Kurz, er bringt zum Ausdruck, daß geschichtliche Veränderungen generell, besonders aber revolutionäre Umgestaltungen einer absterbenden, zum Untergang verurteilten Gesellschaft immer der bewußten geschichtlichen Aktivität der Volksmassen bedürfen.

Es gehört zu den Schranken des vormarxistischen kommunistischen Denkens, daß es unfähig blieb, die Schaffung der neuen Gesellschaft als das Werk der revolutionär kämpfenden Arbeiterklasse, ihres historischen Schöpfertums zu begreifen. Es erfaßte im ausgebeuteten und unterdrückten Proletariat noch nicht jene Klasse, die fähig sein würde, den revolutionärsten und radikalsten Akt der bisherigen Menschheitsgeschichte, eben den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus gerade dank ihrer schöpferischen historischen Kraft, ihres Vermögens zum organisierten, disziplinierten, zielbewußten Handeln zu vollbringen. Erst mit der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung, mit der Zuspitzung aller Widersprüche des Kapitalismus entfaltete sich auch das Bewußtsein von Ursachen, Weg und Ziel des Klassenkampfes – Theorie wurde zur materiellen Gewalt.

Wenn wir also vom wissenschaftlichen Kommunismus sprechen und mit diesem Begriff ausdrücken, daß er eine Theorie ist, welche die Gesetze erfaßt, deren Wirken mit eherner Notwendigkeit die Ablösung des Kapitalismus durch die kommunistische Gesellschaftsordnung erzwingt, so ist damit nicht etwa einem Gesetzesfetischismus das Wort geredet, einer Denkweise, welche die Gesetze der Geschichte und die Geschichte überhaupt gleichsam zu einer selbständigen Substanz erhebt, zu einem metaphysischen Subjekt, einem übermächtigen historischen Drahtzieher, demgegenüber die handelnden Individuen zu bloßen Marionetten herabsinken würden. Mit solchen Anschauungen über einen automatischen, mechanistischen Geschichtsverlauf hat der wissenschaftliche Kommunismus nichts gemein. Dies zu betonen ist nicht zuletzt deshalb nötig, weil im vielstimmigen Konzert der heutigen bürgerlichen Verfälschung und Verteufelung des Kommunismus, seiner Theorie und seiner Praxis, die eben erwähnte Mißdeutung noch immer eine erhebliche Rolle spielt. Und dies übrigens nicht bloß in abstrakter geschichtsphilosophischer Spekulation, sondern mit konkreter antikommunistischer politischer und ideologischer Stoßrichtung.

Dafür ein Beispiel. Es entstammt einer Schrift des Stammvaters der sogenannten Sowjetologie, Joseph Maria Bochenskis. Er vertritt eine Hauptrichtung der imperialistischen Philosophie, den Neothomismus, und verfälscht die kommunistische Weltanschauung zu einer Art Religion, worin an die Stelle Gottes die Materie treten würde. Wenn dies so wäre, so bliebe in der Tat kein Raum für schöpferisches, aktives geschichtliches Handeln; denn vor der Allmacht einer Gott-Materie würde das menschliche Individuum gleichsam im kosmischen Staub versinken.

Es sei am Rande vermerkt, daß der Atheismus unserer kommunistischen Weltanschauung sehr viel mit ihrem Humanismus zu tun hat: Der Marxismus erniedrigt den Menschen nicht zur ohnmächtigen Kreatur des übermächtigen Gottes, sondern begreift ihn als Schöpfer seiner selbst – der

Mensch erzeugt sich als denkendes, moralisches, ästhetisches Wesen, indem er arbeitet, produziert.

Bochenski verbreitet also die gänzlich falsche Auffassung von einer vorgeblichen Vergottung der Materie durch die kommunistische Theorie. Es heißt bei ihm wörtlich: „Er (der Kommunismus) ist eine Lehre, in welcher nicht der Einzelmensch, sondern das Absolute, die ewige, unendliche Natur im Zentrum steht – eine Art Gott, der in der Menschheit zum Bewußtsein kommt. Es wurde einmal ganz richtig gesagt, daß wir, wenn wir den Kommunisten von den Menschenrechten sprechen, von ihnen ausgelacht werden, denn sie stehen für die Rechte des Unendlichen ein, angesichts welcher der Einzelmensch jede Bedeutung verliert.“² Bochenski stößt also in das gleiche Horn wie die gesamte antisowjetische Propaganda: Kommunismus und Menschenrechte sollen unvereinbar sein; nach Bochenski deshalb, weil der Kommunismus die Materie vergotte, den einzelnen nicht gelten lasse.

In Wahrheit macht die kommunistische Weltanschauung weder aus der Natur noch aus der Geschichte einen Gott. Die Gesetze, nach denen die sozialistische Revolution sich vollzieht und die nicht zuletzt mit Hilfe des sozialistischen Staates durchgesetzt werden, existieren niemals anders als in Gestalt des Handelns der Menschen. Soziale Gesetze, auch diejenigen des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, sind notwendige, allgemeine, dauerhafte Beziehungen, welche die Menschen zueinander eingehen, indem sie ihr materielles Leben produzieren. Mit diesem Durchsetzen der Gesetzmäßigkeiten sind erstmalig die Menschenrechte für die Werktätigen verwirklicht worden. Sozialismus und Kommunismus, das ist die gesellschaftliche Realität der Menschenrechte und auch der Freiheit. Das vom IX. Parteitag angenommene Programm der SED hebt als Fazit der bisherigen Entwicklung und auch als Aufgabe des sozialistischen Staates bei der Sicherung von Freiheit und Menschenrechten hervor: „Der sozialistische Staat garantiert allen Bürgern die politischen Freiheiten und sozialen Rechte: das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf unentgeltliche Bildung und Schutz der Gesundheit, auf materielle Sicherheit im Alter und im Falle von Krankheit oder bei Verlust der Arbeitsfähigkeit; die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von rassischer und nationaler Zugehörigkeit, von Weltanschauung, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung. Er garantiert gleiches Recht für Männer und Frauen in allen Bereichen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.“³ Die Wahrnehmung und Durchsetzung eben dieser Menschenrechte – das ist die mit der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus verwirklichte reale Freiheit.

Zum Schluß noch ein Wort zur Frage aller Fragen, zur Frage nach Krieg und Frieden. Die kommunistische Gesellschaftsformation rettet erstmalig die Ursachen des Krieges mit der Wurzel aus. Das läßt sich historisch-konkret nachweisen, auch

was das Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches anbelangt, auf dem ein neuer deutscher Staat entstand. Ich erinnere an den Aufruf zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR. Dort heißt es u. a.: „Unser sozialistischer deutscher Staat ging hervor aus der Zertrümmerung einer Gesellschaft des Rassen- und Völkerhasses, einer Gesellschaft, deren herrschende Klassen die Völker immer wieder in verheerende Kriege gezerzt, Not und Tod über andere Länder gebracht und den deutschen Namen mit Schande bedeckt hatten. Vom sozialistischen Deutschland fühlt sich kein Volk bedroht. Von unserem Staat weiß man in der Welt, daß hier Militarismus und Revanchismus für immer ausgeremert worden sind ...“⁴ Zur persönlichen Bilanz, die ein jeder am Ende dieses Jahres zieht, sollte die Erkenntnis gehören: Wie sicher und dauerhaft der Frieden in der Welt ist, das liegt auch und wesentlich in unserer Hand. Sein entscheidender Garant ist die Stärke des Sozialismus.

Anmerkungen

- 1) W. I. Lenin: Werke, Bd. 28, S. 231
- 2) J. M. Bochenski: Marxismus-Leninismus – Wissenschaft oder Glaube, München 1974, S. 7
- 3) Programm der SED, S. 41
- 4) ND, 18. 11. 1977

Am 14. Oktober begeht Hartmut König seinen 75. Geburtstag.

Viele von uns kennen Dich, lieber Hartmut, aus früheren Tagen als Mitbegründer des „Oktoberklubs“, Autor und Komponist zahlreicher Lieder, Sekretär des Zentralrats der FDJ, als Mitglied des Weltfriedensrates, Vizepräsident des DDR-Friedensrates oder stellvertretenden Kulturminister. Heute erleben wir Dich als „RotFuchs“-Autor oder Gesprächspartner in unseren Regionalgruppen, in denen Du mit uns über Deine Autobiographie „Warten wir die Zukunft ab“ ins Gespräch kommst. Ein Höhepunkt für alle sind Veranstaltungen, auf denen Du mit Deinen Liedern Mut machst und nicht müde wirst, jeden zu ermuntern: „Sag mir, wo du stehst“. Wir freuen uns, Dich als Kampfgesährten an unserer Seite zu wissen, der seiner Gesinnung treu geblieben ist und auch heute Farbe bekennt. Lieber Hartmut, in enger Verbundenheit gratuliert Dir das gesamte „RotFuchs“-Kollektiv und wünscht Dir weiterhin Schaffenskraft und beste Gesundheit.

Redaktion und Vorstand

Wie Geschichte entsorgt wird

Ungeheuerliches geschieht in den baltischen Staaten, in Polen und anderen osteuropäischen Ländern. Symbole eines opferreichen antifaschistischen Kampfes der Völker der Sowjetunion, der mit der Befreiung und dem Ende des 2. Weltkrieges erfolgreich endete, werden vernichtet. Die alten Faschisten und Kollaborateure mit der SS und Wehrmacht, die für den hunderttausendfachen Tod unschuldiger Kinder, Frauen und Männer

verantwortlich sind, werden öffentlich geehrt und beziehen Renten, auch aus Deutschland. Mit der Schändung, dem Schleifen der antifaschistischen Denkmäler, und das sind die zum Abriß freigegebenen sowjetischen Ehrenmale, werden die für die Befreiung Europas vom Faschismus Gefallenen ein zweites Mal symbolisch getötet. Ihnen wird die Ehre und der Respekt für ihren heroischen Kampf abgesprochen, um den verbrecherischen

Krieg des deutschen Imperialismus und seiner Helfershelfer rehabilitieren zu können. Welch ein Hohn und verabscheuungswürdige Heuchelei seitens der Politiker der BRD, der EU und der NATO, wenn sie jetzt die Denkmäler der Befreier vom Faschismus stürzen, den Bandera-Verehrern in Kiew aber Beifall spenden und Unterstützung gewähren.

Raimon Brete
Chemnitz



Sowjetisches Siegesdenkmal in Riga vor dem Abriß



... und danach

Das Siegesdenkmal wurde von 1979 bis 1985 errichtet. Seine Schöpfer waren die Bildhauer Ļevs Bukovskis und Aivars Gulbis unter Beteiligung von Leonīds Kristovskis, des Designkünstlers Aleksandrs Bugajevs sowie der Architekten Ermens Bāliņš, Edvīns Vecumnieks und Viktors Zilgalvis. Rückseitig von einem Teich umschlossen, bestand das

Gedenkensemble aus einem 79 m hohen Obelisk, gebildet aus fünf unterschiedlich hohen Stelen, die von fünfzackigen Sternen gekrönt wurden und die fünf Jahre des Großen Vaterländischen Kriegs (1941–1945) symbolisierten, und vier Bronzeskulpturen vor dem Obelisk – eine Mutter-Heimat-Statue mit dem stilisierten Umriß Lettlands und drei Sowjetsoldaten. Das

Denkmal (mit vollem Namen „Denkmal für die Befreier von Sowjet-Lettland und Riga von den deutsch-faschistischen Eindringlingen“) konnte im August nur unter Polizeischutz und nach Festnahme von Demonstranten abgerissen werden. Die letzte Gedenkkundgebung am Denkmal hatte am 10. Mai dieses Jahres stattgefunden.

Offene Fragen

Das gesellschaftliche Ende der Sowjetunion brachte eine tiefe Zäsur in die Sozialgeschichte der Menschheit, zunächst in die Geschichte der Sowjetunion selbst. Abgelöst wurde der sozialistisch-kommunistische Gedanke auch in diesem Land vom sogenannten nationalen Gedanken, er liegt dem russischen Staat als *staatserhaltendes* Prinzip zugrunde. Das Gesellschaftsprinzip ist in den Hintergrund getreten, wenn nicht überhaupt abgelöst worden durch das Nationalprinzip; die Sowjetunion, nun wieder Rußland, ist als Staat gesehen ein *Nationalstaat* geworden. Rußland ist damit Nation wie schon kapitalistische Staaten Nation sind. Ist Rußland damit aber kapitalistisch? Nein, nur dann, wenn Nationalstaatlichkeit gleichbedeutend mit Kapitalismus ist. Das ist aber nicht der Fall. Auch der Sozialismus/Kommunismus war von Nationalstaatlichkeit geprägt, obwohl es eine Nationalstaatlichkeit war, in der sich bereits der Übergang zum Staats-Internationalismus ankündigte. Nationalstaatlichkeit ist also keine Eigenschaft ausschließlich des Kapitalismus. Die Frage im Falle des heutigen Rußlands ist auch, ob ein Land, das aus einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftlichkeit kommend, nun seine Nationalstaatlichkeit betont, erst eine besondere Periode durchläuft, bevor wirklich davon gesprochen werden kann, daß es zu einer Form der Nationalstaatlichkeit zurückgekehrt ist, die der der kapitalistischen Form gleicht.

Die Frage ist von Bedeutung für die Haltung zum Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. Welcher russische Staat marschiert in die Ukraine ein? Einfach ein kapitalistischer Nationalstaat, oder ein erst im Übergang zum Kapitalismus sich befindlicher Nationalstaat? Geschichte bewegt, es gibt logische Bewegungen, Bewegungen vom Niederen zum Höheren, die eindeutig sind resp. eindeutiger in gesellschaftlicher Hinsicht ausfallen, aber es gibt auch Bewegungen zurück aus der logischen Geschichte, die eben uneindeutig sind, d.h. gesellschaftlich gesehen uneindeutiger ausfallen. Rußland könnte für letztere Form der Bewegung ein Beispiel sein bzw. ein solches werden.

Nun sind zwei ehemals sozialistische Staaten aneinander geraten. Der Beginn des Konflikts liegt acht Jahre zurück, er hat schon in dieser Zeit Tausende Menschenleben gekostet. Jetzt hat der Konflikt offenen Charakter angenommen. Geraten kapitalistische Staaten aneinander, so übertragen sie ihre Nation auf die andere. Die Nation wird so imperial. Es stehen also nicht zwei verschiedene oder zwei gegensätzliche Gesellschaftsordnungen zur Debatte, sondern nur Länder einer Ordnung. Wollte man also in der Frage Krieg und Frieden einen Unterschied bestimmen, so muß er im Rahmen des Kapitalismus ein und derselben Gesellschaftsordnung getroffen werden. Auch das ist Geschichte, aber eine um ihre sozialen Fragen weitgehend reduzierte.

Gilt das jetzt für Rußland und die Ukraine? Staatsinteressen wie deren Durchsetzung und Verteidigung stehen im Vordergrund der Politik kapitalistischer Staaten. Bei der Bewertung des Konflikts geht es für Linke darum, einen eigenen Standpunkt in bezug auf die Frage von Krieg und Frieden sowie des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine zu entwickeln und nicht den bedenkenfrei übernehmen, der von den kapitalistischen Staaten, in denen sie leben, vorgegeben wird.



Linke sollten wissen, daß Kriege die Geschichte öffnen. Kriege verändern die Geschichte auffälliger als der Frieden sie – in einem unmittelbaren Sinne – verändert; der Frieden verändert vielleicht nachhaltiger – von innen her, das heißt in sozialer, in gesellschaftlicher Hinsicht. Kriege aber ändern wesentlich Kräfteverhältnisse und über Kräfteverhältnisse dann auch Staatsverhältnisse. Ob auch Sozialverhältnisse, ist möglich, aber weniger wahrscheinlich, zumal wenn, wie im Krieg Rußlands mit der Ukraine, auf beiden Seiten kein Gesellschaftswechsel in einem direkten Sinne zur Debatte steht. Rußland würde – im Falle seines Sieges – seine staatlich-gesellschaftliche Ordnung fortsetzen, d.h. auf die Ukraine übertragen, die Ukraine umgekehrt ihre staatlich-gesellschaftliche Ordnung auf Rußland, auch im Falle ihres Sieges.

Die Ukraine ist kapitalistisch, aber stark an den allgemeinen Kapitalismus angelehnt, Rußland ist kapitalistisch, befindet sich aber in einem Gegensatz zum allgemeinen Kapitalismus – oder auch umgekehrt: der allgemeine Kapitalismus befindet sich in einem Gegensatz zu Rußland. Nicht einmal der Kapitalismus im absoluten Sinne unterscheidet Rußland und die Ukraine, sondern ob ihr Kapitalismus an anderen

Kapitalismus angebunden ist, unterscheidet sie bzw. ist ihr Gegensatz. Rußland ist an keinen anderen Kapitalismus angebunden, Kapitalismus in Rußland ist russischer Kapitalismus, aber die Ukraine ist – jetzt sogar sehr stark – am sogenannten westlichen Kapitalismus angebunden; die Ukraine ist ein Teil des *allgemeinen westlichen Kapitalismus*. Und der ist antirussisch. Er war es auch ohne den Beginn eines Krieges zwischen Rußland und der Ukraine.

Äußere Herausforderungen schlagen jedoch unweigerlich in innere Herausforderungen um. Sie verändern zunächst die *Politik* von Staaten, dann die *Gesellschaft* dieser Staaten – die Gesellschaft allmählicher. Das wird auf den russisch-ukrainischen Krieg auch zutreffen. Wir müssen uns auf neugemischte politische Verhältnisse in diesen Staaten einstellen, die in neugemischte gesellschaftliche Verhältnisse übergehen. Das gilt für die Ukraine (auf jeden Fall) und auch für Rußland (ganz sicher), aber trifft mindestens auch auf die anderen Länder Europas zu, die sich in diesen Krieg einmischen, und wird weitere Staaten der Welt, schließlich auch die USA erreichen.

Sicher ist: Egal, wer als Sieger aus diesem Krieg hervorgeht, die Geschichte der Menschheit wird durch ihn an sich für zwei, drei Generationen, also für ca. die nächsten 50 Jahre geprägt bzw. maßgeblich beeinflusst – entweder im Falle des Sieges Rußlands oder im Falle einer Niederlage Rußlands. Ob es bei beiden Möglichkeiten auch zu gesellschaftlichen Veränderungen in Rußland kommen wird, ist sicher.

Für Rußland wird die Frage des Charakters seiner Gesellschaftsordnung unweigerlich zur Frage, für die Ukraine im Falle ihres Sieges sowieso nicht und im Falle der Niederlage dieses Landes auch nicht. Unabhängig davon, ob die Ukraine oder Rußland siegt, ist die Frage der künftigen gesellschaftlichen Ordnung in jedem Fall eine Frage zunächst der inneren Entwicklung Rußlands. Der Kapitalismus in Rußland ist vorhanden, aber er herrscht nicht über die russische Politik. Es ist gegenwärtig ein Land, weniger geprägt in einem klaren Sozialbekenntnis, sondern mehr ein Rußland in einem klaren Nationalbekenntnis. Ein Nationalbekenntnis, das aber zu einem Sozialbekenntnis ausgebaut werden kann und werden wird; schon aus Gründen der Einheit des Volkes in Rußland, weil Einheit eine Bedingung für Sieg bedeutet.

Es gibt eine besondere Rolle des russischen Staates nach dem Ende der Sowjetunion, sie besteht darin, daß er Atommacht ist. Und wer Atomwaffen besitzt, kann Feinde vom Krieg fernhalten.

Dieser Krieg wird die Geschichte der Menschheit verändern. Nach ihm wird es nicht mehr so sein wie vor ihm. Wie es aber sein wird, ist offen. Noch eine Weile. Aber nicht mehr lange.

Hermann Jacobs
Berlin

Eine Wurzel des ukrainischen Rassismus (I)

Der Rassismus der ukrainischen Nazis wird seit 30 Jahren geschürt und vom Westen genutzt, Rußland den größten Schaden zuzufügen, so wie es die Nachfolger des ersten Heartland-Theoretikers vorgeben: Ost-Europa vereinnahmen und ins Herzland vorstoßen. Mit der NATO-Osterweiterung ab 1999 wird ein Gutteil Ost-Europas vom Westen beherrscht. Es fehlt nur noch die Ukraine, um anschließend Rußland den Todesstoß zu versetzen. Wie ist der Rassismus in der Ukraine erklärbar, in einer ehemaligen Sowjet-Republik, die von den deutschen Faschisten wohl am meisten geschunden wurde, nach der zwei Fronten der Roten Armee benannt wurden und die garantiert einen sehr großen Teil der Sowjet-Soldaten stellte.

Um Antworten zu finden, müssen wir einen Blick in die Geschichte werfen.

Kurz zum Begriff: Imperialismus

Stalin wurde von Lenin zum Kommissar für die Nationalitäten-Politik bestimmt. Anlaß war die Schrift des Georgiers, den zaristisch eroberten Gebieten eine Autonomie zuzugestehen. So kamen auf der Basis dieser Grundgedanken um Selbstverwaltung 16 Sowjet-Republiken zustande, zusammengefaßt in einer Union, in der Sowjetunion. Eine davon war die Ukraine, die erst infolge dieser stalinschen Nationalitätenpolitik überhaupt als staatliches Territorium entstand. Denn die Kiewer Rus war beim Mongolensturm vernichtet worden. Danach war das heutige ukrainische Gebiet als einzelne russische Fürstentümer, insbesondere und lange unter Polen, dann Österreich, Preußen und Rußland, aufgeteilt. Ab 1918 gab es zum ersten Mal in der Weltgeschichte den Staat Ukraine. Doch damit war die Sowjetunion noch lange kein imperialer Staat. Ein Imperium verhindert mit allen Mitteln Eigenstaatlichkeit und Selbstverwaltung der früher eroberten, heute „nur“ noch zerstörten Gebiete (Afghanistan, Irak, Libyen; gescheitert in Syrien, indes von den USA schwer beschädigt). Die Sowjetunion begann eine offizielle „Ukrainisierungspolitik“ zur Förderung der Eigenstaatlichkeit des ausgeprägten Agrarlandes. Dazu zählte auch die Industrialisierung der Ukraine – das macht kein Imperium. Es hält eroberte bzw. zerstörte Länder in Rückständigkeit. Wenn heute das Stahlwerk „Asow“ permanent Thema ist, dann ist hier ein Paradebeispiel für diese Industrialisierung zu erkennen (für rassistisch gefärbte Wessis natürlich nicht). Das gleiche gilt für Nikolajew und Cherson, erst durch das Zarenreich erst gegründete Städte, weil die Polen, Österreicher, Tataren und Kosaken für Städte kein politisches Interesse hatten. Die hatten nicht die Zukunftsperspektive für die ukrainischen Gebiete Podolien, Galizien und Wolhynien wie der russische Staat. Dieser Staat verfolgte seit Peter I. den Zugang zum Schwarzen Meer bis

hin zum Indischen Ozean. Dieser Zar hatte im Westen gelernt – in Holland, woraus sich die damalige und heutige Trikolore Rußlands ergibt. Er wußte, die Stabilität erobelter Gebiete hängt auch vom Ackerbau, Städtebau



Kiew, 1. Januar 2022: Am Geburtstag des ukrainischen Faschistenführers Stepan Bandera (1909–1959) findet ein offizieller Gedenkmarsch statt

und der Förderung von Kultur ab. Insbesondere unter der vormals deutschen Fürstin, dann Zarin Katharina, wurde westeuropäischen Siedlern im dünn besiedelten Gebiet Land angeboten. Städte entstanden, oftmals von italienischen Bauleuten entworfen. Auch Sewastopol – von Anfang an als Hauptstützpunkt der aufzubauenden Schwarzmeer-Flotte. In dieser Aufbauarbeit liegt das heutige Wort vom Brudervolk anfänglich begründet, aus dem sich über die 200 Jahre ein enges Gesamtverhältnis ergab.

1904 wurde die Heartland-Theorie publiziert. 1914 stießen die Mittelmächte in das Gebiet der heutigen West-Ukraine vor und legten den Keim für den späteren Haß auf Rußland. Die soziale Basis dieses Hasses ist wie immer die Differenzierung in Schichten und Klassen. Anders als in Rußland selbst dominierte hier nicht das kollektive Denken und Leben, wie es sich im russischen Begriff „Mir“ ausdrückt. Kamen die West-Europäer als imperiale Eroberer, so fütterten die wen? Die Groß-Bauern, die Kulaken, ist doch logisch. Das uralte Imperator-Prinzip wurde von den West-Europäern, nicht vom Zarenreich praktiziert: „Teile und herrsche“.

Wir wissen vom Raubfrieden 1918, wir wissen von dessen Annullierung infolge des Zusammenbruchs der Mittelmächte durch die Triple Entente: England, Frankreich und Rußland, ab 1922 Sowjetunion. Wir wissen von den Interventionskriegen, bei denen die Entente-Verbündeten innerhalb von wenigen Monaten plötzlich Kriegsgegner waren, hinzu kamen die USA.

Unmittelbar nach dem Ende der Interventionskriege, bei welchem das sowjetische (Räte-)Rußland auf ein Dreizehntel des Staatsgebietes erdrosselt war, setzte 1921 die erste Hungerkatastrophe in der Sowjetunion ein. Nach der historisch bedingt richtigen Wirtschaftsweise im Sozialismus jenseits des Kapitalismus kam es bei dieser weltgeschichtlichen Einmaligkeit zu Fehleinschätzungen.

Aus den nachfolgenden Korrekturen ergab sich dann die Neue Ökonomische Politik (NEP), welche privatwirtschaftliche Elemente wieder in die Wirtschaft aufnahm.

1924 starb Lenin durch ein Attentat. Bucharin führte die NEP fort, ein Experiment, welches verständlicherweise nicht sofort die beabsichtigten Resultate brachte. Indes rollte die nächste Kriegsgefahr heran: Aggressor Japan. 1931 besetzte Japan die Mandschurei, etablierte 1932 den Vasallen-Staat Mandschukuo als Ausgangsbasis für weitere Eroberungen in Fernost. Um dieser erneuten Kriegsgefahr zu begegnen, mußte die Rote Armee modernisiert und die Lebensmittelversorgung der Armee gesichert werden. Das ließ die sowjetische Führung 1932 die offizielle „Ukrainisierungspolitik“ beenden. Denn nationalistische Elemente in der Ukraine begannen eine Politik der Konterrevolution.

Die durch den imperialistischen Weltkrieg 1914 bis 1918 an der Ostfront ausgestreute Saat ging langsam auf. Es drohte der Verlust der gesamten ukrainischen Sowjet-Republik, die in den Interventions-Kriegen gerettet wurde.

Es sei ein kleiner Exkurs gestattet: Der Norden der USA hatte im Bürgerkrieg 1861 bis 1865 mit schärfsten Mitteln gegen den Abfall der Südstaaten gekämpft. Was würde passieren, wenn sich heute z.B. Texas von der Union abkoppeln wollte? Oder Hawaii sich dem Gebiet Französisch-Polynesien anschließen will? Jeder Staat nutzt seine Mittel, Gebietsverluste zu vermeiden. Das Völkerrecht ist wie alles an Gesetzen dehn- und auslegbar. Es garantiert das Selbstbestimmungsrecht von Völkern, also auch von Referenden oder Unabhängigkeitserklärungen, aus Staatsterritorien auszuschneiden: 1999 vom Westen benutzt, den Staat Jugoslawien zu vernichten. Zugleich garantiert es die Souveränität der Staaten, daß sich Fremdmächte nicht in innere Angelegenheiten einzumischen haben. Fazit: Die Sowjetunion hatte alles Recht, den Abfall der Sowjet-Ukraine zu verhindern.

P. Osero
Strausberg

Vorstand und Redaktion gratulieren

Monika Kauf

aus Berlin zum 75. Geburtstag am 19. Oktober.

Liebe Monika, auch du zählst zu den Pionieren des „RotFuchs“-Fördervereins, warst von Anfang an aktiv in der Regionalgruppe und im Versandkollektiv.

Wir bedanken uns herzlich bei Dir und wünschen Dir für die kommenden Jahre viel Kraft und Gesundheit.

Es gibt keine Lösung im kapitalistischen Geflecht

Noch herrscht auf dieser Erde die Übermacht des Kapitalismus bzw. Imperialismus. Seit seiner nahezu vierhundertjährigen Entwicklung erreichte dieser Kapitalismus eine immer höhere und vollkommene Industrialisierung. Das ist natürlich auch mit einem immer größeren Rohstoffbedarf verbunden. Da dieser Bedarf auf eigenem Territorium bald nicht mehr abgedeckt werden konnte, begann man schon vor Jahrhunderten, zuerst in den afrikanischen Weiten, später in Asien, Australien und Südamerika, nach Rohstoffen zur Bedarfsdeckung zu suchen. Danach wurden diese Gebiete, in denen sich die Lagerstätten befanden, militärisch besetzt und der rigorose Raubbau konnte beginnen. Skrupelos, ohne auf Natur- und Klimaprobleme Rücksicht zu nehmen. Es kam zu riesigen Abholzungen, die Sonnenstrahlen konnten seither die noch vorhandene Bodenflüssigkeit aus dem Boden saugen, aber auch das Grundwasser senkte sich seither immer weiter ab, die Erde verbrennt regelrecht. Flora und Fauna haben keine Lebensgrundlage mehr, was den dort lebenden Menschen die Nahrungsgrundlage vollends entzieht. So hat der Klimawandel begonnen, dem bisher niemand Einhalt bieten kann, weil sich dieser Raubbau unaufhaltsam fortsetzt. Der Klimawandel nahm dort seinen Anfang, wo der Kapitalismus, seiner Profitgier entsprechend, den Grundstoff für immer mehr Produktion, für immer mehr Warenverkauf und somit für immer höheren Gewinn aus der Erde holte. Autos wurden erfunden und seitdem in immer größeren Stückzahlen den Menschen zum Kauf angeboten. Die mit Benzin oder auch Diesel angetriebenen Fahrzeuge blasen bei der Verbrennung ihrer Antriebsflüssigkeit immer mehr CO₂ in die Atmosphäre. In der Anfangszeit dieser Entwicklung erfolgte der Austausch in der Atmosphäre, die Wälder absorbierten CO₂ und wandelten es, während sie es für ihre Entwicklung benötigten, in Sauerstoff um, auch in den Gewässern fand dieser Austausch statt, so war ein atmosphärisches Gleichgewicht gegeben.

Wieviel Kerosin wird heute verbrannt, bei dem sich immer weiter vergrößernden, nahezu ausufernden, Flugverkehr in alle Richtungen der Welt. Immer mehr Schloten ragen in die Höhe und blasen ihre giftigen Stoffe in die Atmosphäre.

So sind Erdgas, Erdöl, Kohle die Hauptpro-



dukte für den immer größeren CO₂-Ausstoß, und sie nahmen während der immer schneller fortschreitenden Industrialisierung in erheblichem Umfang zu. Nicht unerwähnt bleiben darf allerdings auch die sich rasant entwickelnde Tierproduktion für den Fleischbedarf, sie hat einen ebenfalls hohen Anteil am Ausstoß von CO₂, aber auch dem schädlichen Methan. In den Gewässern führt dies zu übermäßiger CO₂-Aufnahme, das wiederum führt zu deren Übersäuerung. Pflanzen in den Seen, Meeren und Ozeanen sterben ab, dadurch nimmt aber auch der Sauerstoffgehalt immer mehr ab und zusätzlich erwärmt sich das Wasser übermäßig, das Todesurteil für Leben in den Gewässern. An vielen Stellen beginnt die Wucherung der Blaualgen. Zu alledem kommt die Abholzung ganzer Wälder hinzu. Es braucht für die erhöhte Tierproduktion immer mehr Tierfutter, aber auch ganze Sojaölplantagen entstehen. Doch sie müssen auch für Autobahn- und Flughafenstraßen weichen, für Plantagen und andere Pflanzenhaine. Gewerbegebiete, neue Fabrikflächen,

Zufahrtsstraßen, Eisenbahnstraßen, für all dies wird Wald abgeholzt. Auch andere Grünflächen verschwinden. Schon sehr große Flächen des brasilianischen Regenwaldes sind abgeholzt und bisher gibt es kein Halten in dieser Richtung. Diese vernichteten Wälder fehlen nun bei der Absorption der großen Mengen CO₂. So steigt dieses Kohlenstoffdioxid in der Atmosphäre stetig weiter an und auch die Erderwärmung schreitet unaufhaltsam fort. Während in den vergangenen Jahren diese Erderwärmung auf dem afrikanischen Kontinent seinen Anfang nahm und die afrikanische Bevölkerung immer weiter in den Norden flüchtete, bleiben, wie die Wetterunbilden immer öfter und in immer katastrophalem Ausmaß zeigen, die Industrieländer, als die Hauptverursacher dieser Entwicklung, jetzt auch nicht mehr verschont. Diese katastrophalen Klimaveränderungen erreichen nun auch Europa und Nordamerika und somit auch die Lebensgebiete der Menschen hier in Europa. In den bäuerlichen Gehöften hat man Angst um die Ernten, der Regen bleibt aus, die Erde vertrocknet auch hier bei uns. Die in vielen Gegenden ausbrechenden Waldbrände wirken doppelt schädlich. Einerseits wird Wald vernichtet, der eigentlich viel CO₂ absorbiert, und andererseits bewirkt die starke Rauchentwicklung zusätzliche CO₂-Effekte. Erkennbar ist, es werden auch schon ganze Wohngebiete vernichtet. Die immense Trockenheit bringt aber auch den Waldschädling Borkenkäfer massenhaft in die Wälder, was eben auch zu Abholzungen führt. In anderen Gebieten prasseln Regenmassen auf die Erde nieder und ganze Landstriche versinken im Hochwasser, Wohngebiete werden vernichtet, Gletscherschmelze und Abbrüche lassen ganze Schnee-, Eis- und Geröllmassen zu Tal prasseln. Erdbeben und das Schmelzen der Eismassen an Nord- und Südpol – alles Auswirkungen der enormen Erderwärmung.

Klaus Glaser
E-Mail

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

Zum 96. Geburtstag

Eberhard Georgi (Strausberg) am 29. Oktober

Zum 94. Geburtstag

Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober
Karl-Heinz Körber (Ellrich) am 24. Oktober

Zum 93. Geburtstag

Karl-Heinz Schiefer (Coswig/Anhalt) am 5. Oktober
Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober
Martha Kokoschko (Schöneiche) am 13. Oktober
Anni Hausner (Gera) am 30. Oktober

Zum 92. Geburtstag

Kurt Bredl (Magdeburg) am 27. Oktober

Zum 91. Geburtstag

Charlotte Gehrman (Frankfurt/Oder) am 31. Oktober

Zum 90. Geburtstag

Heinz Behrendt (Plauen) am 12. Oktober
Werner Vollrath (Zeuthen) am 17. Oktober
Rosi Bleich (Potsdam) am 28. Oktober
Brunhilde Bauer (Berlin) am 30. Oktober

Zum 85. Geburtstag

Helga Möller (Jena) am 10. Oktober
Dr. Karl-Heinz Otto (Potsdam) am 16. Oktober

Zum 80. Geburtstag

Sieglinde Mäder (Neubrandenburg) am 7. Oktober
Karin Jakob (Magdeburg) am 22. Oktober

Zum 75. Geburtstag

Joachim Borsch (Bautzen) am 2. Oktober
Gunter Emmaus (Neubrandenburg) am 11. Oktober
Monika Kauf (Berlin) am 19. Oktober

Zum 70. Geburtstag

Bernd Gerwanski (Lohne (Oldenburg)) am 4. Oktober
Reinhard Knöfel (Golßen, OT Altgolßen) am 8. Oktober
Manfred Grudzinski (Pasewalk) am 9. Oktober
Erika Martin (Zörbig, OT Löberitz) am 15. Oktober

UNSERE GRATULATION GILT WIE IMMER AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Eine Buchbetrachtung

Ich habe in den letzten Tagen das Buch „Zwischen Petersburg und Paris“ von Lew Ljubimow, erschienen 1975 im Verlag der Nationen, gelesen. Es beschreibt die Situation vor und nach 1917 in Rußland und in der sich entwickelnden UdSSR aus Sicht eines Exilanten, welcher der Autor war.

Der Verfasser wuchs in einer zutiefst bürgerlichen Atmosphäre mit vielfältigen Kontakten zur Zarenfamilie und deren Umgebung auf. Sein Vater war Hofmeister am Zarenhof und Gouverneur in Wilna, heute Vilnius. Kurz nach der Oktoberrevolution emigrierte er mit seinen Eltern über mehrere Stationen nach Frankreich und siedelte sich in Paris an. Hier pflegte er vielfältige Kontakte zu den russischen Exilanten verschiedenster Couleur, die für die Wiederauferstehung des Zarenreiches kämpften. Er hatte also mit einem breiten Spektrum von Menschen und Meinungen zu tun. Der Autor beschreibt detail- und kenntnisreich die russische Gesellschaft und die

Bodenständigkeit ihrer Menschen aus seiner damaligen aristokratischen Sicht. In Paris arbeitete er als Journalist für russische Zeitungen, deren Ziel die Wiederherstellung des Zarenreiches war. Ljubimow erzählt, wie sich in diesen Kreisen mit der Zeit die Sehnsucht nach Rußland und später nach der UdSSR ausbreitet. Völlig unverstänlich für damalige Hardliner war die Teilnahme von hunderten Exilanten am spanischen Bürgerkrieg. Noch mehr sorgten jene für Verwirrung, die sich positiv über sowjetische Ausstellungen in Paris äußerten. Unter ihnen waren aber auch welche, die in Hitler den Mann sahen, der geeignet ist, die UdSSR zu bekämpfen, niederzuringen und wieder alte Verhältnisse einzuführen.

Ljubimow wurde Anfang der 30er Jahre auf eine Dienstreise nach Polen geschickt, wo er von den Pilsudski-Leuten hofiert wird. Der Autor erkennt ihre vorfaschistischen Haltungen und unterdrückerischen Maßnahmen

gegen Russen, Ukrainer und Tschechen sowie ihre unterwürfige Haltung zu den Angelsachsen und zu Frankreich, was ihm in Paris nur Kritik einbringt. Man wird sofort an die heutige Situation und das Taktieren Polens erinnert. 1930 schickt ihn eine französische Zeitung nach Berlin. Er nimmt als Journalist am Reichsparteitag der NSDAP teil, erlebt Goebbels, die braunen SA-Schläger und die hurraschreienden deutschen Spießer. Langsam erkannte Ljubimow, daß etwas nicht stimmen konnte. Doch es dauerte viele Jahre im Exil, bis sich seine Weltsicht langsam, aber stetig änderte. Ljubimow kehrte 1948 in die Sowjetunion zurück.

In seinem Buch gibt eine erschreckende Flut von Darstellungen, die sofort Assoziationen zur Gegenwart erzeugen. Damals wie heute wurde auf die Zerstörung und Beseitigung Rußlands hingearbeitet.

Reiner Neubert
Berlin

„Die Möwe“

Die Brigade meines Mannes hatte Anfang der 80er Jahre zum gemütlichen Beisammensein in „Die Möwe“ eingeladen.

Das war schon etwas besonders, ins Allerheiligste der Theater- und Filmschauspieler zu kommen. Wie sie das geschafft hatten, da müssen Beziehungen im Spiel gewesen sein. Wir wurden vom Ober zu unserer Tafel geleitet. So sehr ich mich auch umschaute, ich war enttäuscht. Es war mir alles zu plüschig und dunkel. Bedient wurden wie sehr gut, das Essen schmeckte.

Bei den härteren Getränken angekommen, wurde zum Tanz aufgespielt. Da ging eine Tür auf und ein blonder Recke trat ein, Stefan Lisewski, ein bekannter Schauspieler. Das war schon ein Auftritt.

Die Abendveranstaltungen waren wohl zu Ende und „Die Möwe“ füllte sich. Und hast du nicht gesehen, steuert Lisewski auf unseren Tisch zu und bittet mich zum Tanz. Ich merkte gleich, er hatte schon was getrunken

und unsere Füße kamen sich mehrmals ins Gehege.

Dann sagte er: „Na, gnädige Frau, wovon träumen Sie denn?“

Mein Gott, was sollte ich denn darauf antworten? Aber meine Reaktion kam prompt: Ich hätte vier Söhne und neben meiner Arbeit und dem Haushalt bliebe mir keine Zeit zum Träumen, ich sei völlig ausgelastet.

Er guckte komisch und fuhr fort: „Aber Sie sehnen sich doch auch danach, einmal in den Westen zu fahren oder nach Amerika zu fliegen.“

Also, mit mir nicht, Null Bock. Meine Reise-richtung ging mehrfach gen Osten, und wir hatten die Ostsee. Den Westen meinte ich zu kennen nach einmaligem Besuch. Zog mich nicht an, wir durften auch nicht. Meine Träume würde ich mit niemandem teilen.

Der Tanz ging zu Ende, war ich froh, er hatte wohl Ärger gehabt. Es wurde noch ein fröhlicher Abend.

Wer sich „Die Möwe“ nach der „Wende“ angeeignet hat, vielleicht für 1 DM, muß ich noch erkunden. Im Internet steht, daß dort heute die Landesvertretung Sachsen-Anhalt beherbergt ist. Also ein Schnäppchen.

Die Schauspieler konnten jetzt reisen, aber ihre Heimatstadt hatten sie verloren. Alles Volkseigentum verramscht.

„Die Möwe“ war eines der ältesten Häuser Berlins. Für den Adel erbaut, nach mehrmaligem Wechsel, kaufte zuletzt ein reicher Fabrikant das Grundstück. Stark beschädigt nach dem 2. Weltkrieg, baute die DDR sie wieder auf und übereignete sie den Schauspielern.

Lisa Däne
Berlin

Lisa Däne, 87jährig, begann erst mit Anfang 80 ihre Erinnerungen und Erlebnisse aufzuschreiben. Sie erteilte dem „Rotfuchs“ die Erlaubnis, künftig gelegentlich aus ihrem kleinen Büchlein „Rückblenden“ zu zitieren.

Der Wintermantel

Ich hatte keinen Wintermantel, auch keinen Mantel für den Sommer. Mein Mann hatte mir eine dreiviertellange Jacke aus gutem Wollstoff geschenkt, grün gemustert. Dann kamen die gefütterten Anoraks auf, die mir sehr zupaß kamen, weil ich stets durch Wald und Flur streifte und ein Mantel eher hinderlich war.

Meine Mutter, die im Westen wohnte, hatte im Februar Geburtstag. Nachdem ich die Reiseerlaubnis nach Hamburg erhalten hatte, die man bei der Polizei beantragen mußte, machte ich mich auf den Weg: Brandenburg-Berlin-Hamburg. In Büchen Paß- und Fahrkartenkontrolle. Ich war wie immer mit meinem gefütterten Anorak

gekleidet, praktisch und warm. Ich konnte die Zeit nutzen, meiner Mutter während der zehn Tage meines Aufenthalts zu helfen, die Wohnung gründlich reinigen und mit ihr einkaufen gehen, sonst half ihr die Nachbarin, die etwas jünger war. Von den übrigen Hausbewohnern begrüßt und nach meinem Leben in der DDR befragt, gab ich gerne Auskunft über meinen Beruf und meine Lebenshaltung. Ich war stolz auf die DDR und verhehlte das nicht, so daß ich schnell zur „roten Socke“ wurde.

Wir waren gerade von einem Spaziergang zurück und traten uns vor der Wohnungstür die Schuhe ab, als Frau Karsten aus dem dritten Stock die Treppe runterkam und

etwas über dem Arm hatte. Für die arme Ostzonenbewohnerin brachte sie einen braunen Wintermantel. Sie hätte ihn übrig und wolle ihn mir schenken, sagte sie, weil ich ja „nur so eine Jacke“ anhatte. Wir hätten die gleiche Figur und er würde bestimmt passen. Ich mußte ihn auch gleich anprobieren, und so kam ich aus dem Westen mit diesem Mantel zurück, unhandliches Gepäck unterm Arm. Ich hätte das Geschenk ja zurückweisen können, aber ich wollte meine Mutter nicht brüskieren. Das Ding kam in den Schrank, ganz nach hinten, und da liegt es noch heute.

Beate Bölsche
Brielow

Tapferkeit vor dem Feind – Gedanken zum Deutschlandlied

Am 6. Juni 1939 fand in Berlin die Siegesparade der Legion Condor statt. Zu dieser Zeit befand sich mein Vater Wilhelm Knapp schon fast vier Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat im Zuchthaus.

Um 17 Uhr wurden nicht wie üblich in Luckau die Zellen abgeschlossen, sondern die Häftlinge mußten mit ihren Hockern vor die Türen treten und sich im Gemeinschaftsempfang eine wüste Hetzrede des Propagandaministers Goebbels anhören. Die besiegte spanische Republik wurde mit Lügen und Verleumdungen überschüttet.

Die Rede wurde mit dem Abspielen des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes beendet. Die Häftlinge erhoben sich zur Ehrenbezeugung und nahmen Haltung an. Sechs Häftlinge, unter ihnen mein Vater, setzten sich spontan demonstrativ hin, um ihren Protest und ihre Solidarität mit dem spanischen Volk auszudrücken. Rudel von Gefängniswärtern stürzten sich auf die mutigen

Antifaschisten und schlugen sie bis zur Bewußtlosigkeit zusammen. Mein Vater verlor seine letzten Zähne und wachte in einem Käfig, in der Sonderstrafzelle (Dunkelkammer) im feuchten Keller, auf. Der Aufenthalt dauerte 12 Tage.

Diese Aktion des Widerstands war lebensgefährlich, tollkühn, denn auf Meuterei und politische Betätigung im Zuchthaus stand die Todesstrafe. Die Gerichtsverfahren konnten jederzeit wieder aufgerollt werden. Das hieß Kopf ab. In den Verhören verteidigten sich die Gefangenen.

Einer gab an, sich aus Schwäche vor Hunger hingesetzt zu haben. Mein Vater erklärte, daß ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden waren, wäre er der Meinung, daß er zu dieser Ehrenbezeugung nicht mehr befugt sei. Der Gefängnisdirektor brüllte und drohte mit dem Volksgerichtshof. Er kehrte dieses schwere Vorkommnis aber unter den Tisch. Denn eine Weitermeldung nach oben hätte

bestimmt seiner Karriere geschadet. In der DDR erfüllte es mich mit Stolz, wenn ich bei den Siegerehrungen unserer Sportler unsere Nationalhymne hörte. Zur Jugendweihe 1962 lernte ich auch ihren Text: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt ...“ Mit dieser Hymne habe ich mich mit meinem Vaterland identifiziert und das bleibt so. Wenn ich heute das Deutschlandlied höre, muß ich an sechs mutige Antifaschisten denken, die ihren Feinden zwar wehrlos ausgeliefert waren, aber für das andere Deutschland Ehre einlegten.

Als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder seinerzeit Oberhof besuchte, wurde er vom einheimischen Jubiläumsschor mit einem Lied begrüßt. Nein, nicht mit dem Deutschlandlied, sondern mit dem aus der DDR stammenden Lied „Wenn ich an Deutschland denke ...“. Dieses Lied kannte er nicht.

Jan Knapp
Wolgast

Hochleistungssport in der DDR – „entgrenzte Militärforschung“?

Mit enormen Medienaufwand brachte die „erfolgreiche Schriftstellerin“ Ines Geipel eine „Aufklärungsschrift“ zu einem „grusligen“ Kapitel der DDR-Geschichte unter die Leute. Sie fühlte sich berufen, die „Vision von der Ausdehnung des Kommunismus ins All“ in ihrem Buch „Schöner neuer Himmel“ (Klett-Cotta 2022) zu entlarven.

Experimentiert wurde angeblich nicht nur mit Kaninchen, Krebskranken und Amateurboxern, sondern auch an Menschen in Krankenhäusern, Gefängnissen, an Soldaten und im Hochleistungssport, um durch „Nuklear-Militärforschung und Sportmedizin“, gleichsam als „Hyperdoping“, einen Superkosmonaut zu kreieren.

Was für ein aufgeblasener Unsinn! Man merkt, daß die Autorin keinerlei Kenntnisse von Flug- und Raumfahrtmedizin und vor allem auch nicht von der Sportmedizin hat. Als Akteur dieser Zeit (Direktor des Institutes für Klinische Chemie und Hämatologie der Militärmedizinischen Akademie von 1973 bis 1982) kann ich bestätigen, daß Geipels Fantasien unwissenschaftliche Angabe sind. Diese Frau hätte sich drei Jahre Archivstaub und Zigarettenpausen sparen können, wenn sie ihre konfuse Behauptung vom „Hypergeflecht“ von militärischen, geheimdienstlichen und zivilen Forschungsbereichen unter Militäraufsicht nicht durch Lügen, Spitzelberichte und obskure, nicht überprüfbare Niederschriften, sondern durch objektive Veröffentlichungen belegen würde. Zu empfehlen wären „60 Jahre Luft- und Raumfahrtmedizin in Deutschland

nach 1945“ von D. Wirth und V. Harsch (2008) oder das „Handbuch der Luftfahrtmedizin“ mit einer Einführung in die Raumfahrtmedizin (Brandenburgisches Verlagshaus 1990). Geipels Vorabpositionierung der Archiv-Studien mit einer penetranten Deutungsdiktatur ist pseudowissenschaftlicher Unfug. Bei Geipel ist Beschuldigung und Unterstellung gleichzeitig Beweis und Verurteilung. Zeitzeugen werden ausgeschlossen und militärmedizinische historische Arbeiten über Einrichtungen der Militärmedizinischen Akademie als „Vertuschungstext“ abqualifiziert. Als einziger Beweis für „Opfer des Kosmos-Forschungswahnes“ wird uns Jakob, das wimpern- und kopfhaarlose Versuchskaninchen, dünn wie eine Gurke, präsentiert. Es wird behauptet, daß er Sigmund Jähn in Königsbrück begegnet sei. Tatsächlich war vom 3.8.1976 bis 10.11.1976 eine Gruppe von 12 Militärpiloten zur Auswahl und Konditionierung für einen Raumflug in Königsbrück. Das eigentliche Training von Rolf Berger, Siegmund Jähn, Eberhard Golbs und Eberhard Köller erfolgte jedoch ausschließlich im „Sternenstädtchen“ bei Moskau. Es ist kaum glaubhaft, daß Jakob Jähn jemals über den Weg lief.

Des Weiteren erfahren wir aus dem Buch Banalitäten oder längst bekannte und diskutierte Ereignisse, wie die Versuchsreihen zur Senkung der Säuglingssterblichkeit in 16 Kliniken der DDR mit einem westlichen EPO-Präparat (was ist daran Verwerfliches?). Nebensächlichkeiten, wie das Neuropeptid Substanz P, an der der Chronobiologe Prof.

Hecht arbeitete, werden zu zentralen Forschungsvorhaben erklärt.

Was hat Geipel nur in den Geheimakten gefunden? Daß in der Militärmedizinischen Akademie nicht an Dopingproblemen geforscht wurde, hätte der „Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen“ von W. Bleek und L. Mertens entnommen werden können. An der Akademie in Bad Saarow wurde eine einzige (von 62 B- und 285 A-Promotionen) sportmedizinisch relevante Arbeit zum Dopingproblem von Hartmut Riedel, dem später in den Westen gewechselten Jenaer Sportmediziner, verteidigt.

Die Behauptungen Geipels lassen ein völlig verzerrtes Bild von der Luft- und Raumfahrtmedizin der DDR entstehen. Auch die Verzahnung von Flug-, Raumfahrt- und Militärmedizin mit dem Hochleistungssport der DDR sind eine fixe und unbewiesene Idee der eloquenten Hochstaplerin. Die Forschung in der Arbeitsgruppe „kosmische Biologie“ im Rahmen des Interkosmos-Programms konzentrierte sich auf die Körperfunktionsfähigkeit während des Raumfluges. Im Vordergrund stand die Reaktion des Gleichgewichtssystems auf die Beschleunigungsbelastungen während des Startes und der Landung, der Einfluß des Raumfluges auf die Sprache und die psychophysiologische Beanspruchung. Bleibt zu sagen: „Wenn man glaubt, die Wahrheit gepachtet hat, besitzt man sie noch lange nicht.“

MR Doz. Dr. sc.med. Gerd Machalet
Siedenbolletten

Die Queen ist tot

Immer bei solchen Anlässen läuft die bürgerlich-royalistische Medienwelt auf Hochtouren. Auch die deutsche bürgerliche Presse nutzt den Tod der englischen Königin für ein gigantisches Ablenkungsmanöver von den existentiellen Nöten des Volkes und führt es in die heile Märchenwelt des Royalismus, dessen Hauptbeschäftigung darin besteht, Nachkommenschaft für die Fortexistenz der Monarchie zu zeugen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ein Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse, beginnt den ersten Leitartikel nach dem angeblichen Weltereignis mit dem Satz: „Deutschland trauert um Elisabeth II., als wäre sie auch unsere Königin gewesen.“ (FAZ, 10.9.22, S.1). Ich darf doch sehr bitten, wie absurd ist das denn? Der Verfasser dieses Leitartikels, Bernhard Kohler, schreibt weiter: „Die Welt wäre ein besserer Ort, wenn sie sich am Wirken Elisabeth II. orientierte.“ Das ist ganz im Sinne eines Börsenpflichtblattes: Noch mehr Schmarotzer!

Karl Marx erklärt, daß das Prinzip der Monarchie die Menschenverachtung ist. (Vgl. Karl Marx, Brief an Ruge, Werke, Band 1, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 337 f.). Und der Imperialismus „verwandelt die Ausbeutung der unterdrückten Nationen, die untrennbar mit Annexionen verbunden ist, und insbesondere die Ausbeutung der Kolonien durch ein Häuflein von Großmächten der „zivilisierten“ Welt immer mehr in einen Schmarotzer am Körper der nichtzivilisierten Völker, die hundert Millionen Menschen zählen.“ (Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke, Bd. 23, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 103 f.) In diesen Kontext ist Elisabeth II. einzuordnen. Olaf Scholz äußerte am 9. September in Berlin, die Welt habe eine Jahrhundertfigur verloren. Ja, eine Jahrhundertfigur im Ausplündern der Völker. Laut der amerikanischen Zeitschrift Forbes war sie die drittreichste Frau auf Erden. Von Milliarden Frauen auf der Welt, die

im Dunkeln der Geschichte bleiben, hat jede einzelne in ihrem Leben mehr geleistet, als die englische Königin. Denken wir an den bei strömendem Regen stattgefundenen Marsch der sogenannten Markthallenweiber von Paris nach Versailles im Oktober 1789. Nur Marat begleitete sie. Sie sangen: „Wir holen uns jetzt den Bäcker und die Bäckerfrau!“ Sie zwangen die Königsfamilie nach Paris zurück, damit Ludwig XVI. keine Hungerverschwörung anzetteln konnte. Als am 17. März 1883 Karl Marx auf dem Highgate Friedhof in London beerdigt wurde, prägte Friedrich Engels die Worte: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortwirken und so auch sein Werk.“ Ich wüßte, hätte Olaf Scholz bei einem Besuch in London die Wahl, entweder Blumen am Grab von Karl Marx oder an dem von Elisabeth II. abzulegen, wohin der SPD-Genosse gehen würde.

Heinz Ahlreip
Hannover

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 1. Oktober um 10 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Wird der Ukraine-Konflikt zu einem europäischen Krieg?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 1. Oktober um 10 Uhr spricht D. Holger Michael zum Thema: **Die historischen Wurzeln des Ukraine-Konflikts und Lösungen der existentiellen Probleme der Welt**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Teterow

Am 7. Oktober 10 Uhr – Politfrühstück zum 73. Jahrestag der Gründung der DDR: **Verrat an den Bürgern der DDR**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 7. Oktober um 15 Uhr spricht die Friedensaktivistin Doris Pumphrey zum Thema: **Die Friedensbewegung am Scheideweg**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

Am 12. Oktober um 15 Uhr – Gedankenaustausch zum Thema: **Auswirkungen der Sanktionen der USA und EU gegen Rußland auf die Wirtschaft und die Menschen in Deutschland. Ursachen und Hintergründe.**

Ort: Restaurant „Zur Linde“, Rudolf-Breit-scheid-Straße 26, 23968 Wismar

■ Regionalgruppe Rostock

Am 15. Oktober um 10 Uhr Buchlesung mit Egon Krenz – „**Aufbruch und Aufstieg. Erinnerungen**“

Ort: Mehrgenerationenhaus, Rostock Lütten Klein, Danziger Straße 45 D, 18107 Rostock

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 18. Oktober um 18 Uhr spricht der Historiker Prof. Dr. Anton Latzo zum Thema: **Eine historische Bewertung der Gründung der UdSSR vor 100 Jahren**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 19. Oktober um 16.30 Uhr spricht Dipl. jur. Ralph Dobrawa zum Thema: **Wem dient der bürgerliche Rechtsstaat?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Bernau

Am 20. Oktober um 15 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der TAG der GRH zum Thema: **Der Umbau der Welt. Wohin führt die „Neue Seidenstraße“?**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 21. Oktober um 15 Uhr spricht Dipl. Ing. Klaus Schumann (Frankfurt/Oder) zum Thema: **Die Entwicklung der Konsumgüterproduktion im Halbleiterwerk Frankfurt (Oder)**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 22. Oktober um 10 Uhr spricht Prof. Klaus Müller zum Thema: **Inflation als Notwendigkeit kapitalistischen Wirtschaftens?**

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Dresden

Am 22. Oktober um 10 Uhr Zusammenkunft zum 73. Jahrestag der Gründung der DDR – **Gegen Lügen und Vergessen**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 25. Oktober um 18 Uhr spricht Peter Krips zum Thema: **Die Volksrepublik China aus persönlicher Erfahrung**

Ort: BIWA (Bürgerinitiative Waldstadt), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 26. Oktober um 18 Uhr spricht Dr. Roland Wötzel zum Thema: **Wem nützen und wem schaden die Sanktionen der USA und der EU gegen Rußland?**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 27. Oktober um 15 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Die neue Seidenstraße ist mehr als nur ein Investitionsprogramm**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Harz

Am 28. Oktober um 14 Uhr spricht Friedrich Rabe, Mitglied des Bundesausschusses der Partei Die Linke, zum Thema: **Wie weiter in der Linken?**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 29. Oktober um 10 Uhr spricht Prof. Dr. Edeltraut Felfe, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Die Wirklichkeit drängt zu Strategien gegen den Kern des Kapitalismus.**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg



Heißer Herbst? Leipzig hat das Feuer noch nicht entfacht

Die von der Partei „Die Linke“ organisierte Kundgebung gegen die Verarmungspolitik der Bundesregierung am 5. September in Leipzig war als Eröffnung des „Heißen Herbsts“ noch recht unterkühlt. Der sächsische Innenminister Armin Schuster (CDU) nannte sie ein „Experiment“ und einen „montäglichen Gehversuch“, den „wir natürlich ermöglicht“ haben. So spricht die Arroganz der Macht. Ein Schlag ins Kontor war die Kundgebung nicht. Etwa 5 000 Menschen kamen auf den Augustusplatz. Dem Ruf von rechts „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ war niemand von links gefolgt. Die Querfront erwies sich als medialer Spin. Daran änderte auch nichts, daß in direkter Nachbarschaft vor dem Gewandhaus die „Freien Sachsen“ ihre Kundgebung mit etwa 1000 Teilnehmern, darunter bekannte Nazis, abhielten. Es wurde später das Gerücht verbreitet, die „Antifa“, die sich in Leipzig aus dem linksliberal-antideutschen Milieu rekrutiert, hätte der Linken den „Arsch gerettet“. Bestätigen läßt sich das nicht, trotz Sitzblockaden auf den Straßen. Dafür kam es zu einer gewaltsamen Attacke auf den Reporter Jens Zimmer vom „Portal Infrarot“, der über die Kundgebung berichten wollte. Dem gemeinsamen Block von DKP und SDAJ, der zusammen mit KPD und dem Aktivsten Mike Nagler von GlobalE Leipzig sowie dessen Mitstreitern den Platz betreten wollte, stellte sich ein Ordner, offenbar von der Linksjugend, in den Weg. Da sie Friedensfahnen dabei hätten und Schilder mit Sprüchen, die sich gegen die NATO und die Sanktionen richteten, dürften sie den Platz nicht betreten. Der Mensch wurde ignoriert. Andere, so war später zu erfahren, konnten sich nicht durchsetzen.

Für die Linkspartei ist der „Heiße Herbst“ zur Daseinsfrage geworden. Sie muß mobilisieren. Das ist nicht nur montags in Leipzig kompliziert, sondern an jedem Tag, wenn weiterhin die direkte Konfrontation mit der Politik der Bundesregierung gegenüber der Ukraine und Rußland vermieden wird. Sozialen und politischen Zündstoff gibt es im Übermaß. Die BRD ist ein klassisches Beispiel dafür, daß die herrschende Klasse zur Katastrophe treibt. Bei Strafe des Untergangs müssen die Proteste auf die Straße. Es gilt jene Menschen anzusprechen, die von der Politik der Bundesregierung, der damit verbundenen Teuerungswelle und der Rolle der BRD als Feind Rußlands, auf die Straße getrieben werden. Zu ihnen gehören die 1500, die nach Abzug aller irgendwie links Organisierten zu Beginn der

Demonstration im Anschluß an die Kundgebung auf dem Platz etwas ratlos zurückgelassen wurden. Einige von ihnen zogen mit ihren Forderungen durch die Reihen: Gegen NATO-Osterweiterung, Frieden mit Rußland, Wirtschaftskrieg stoppen, Raus aus der NATO, Nordstream 2 öffnen, keine Waffenlieferungen.

Die Reden der Linken-Politiker von Sören Pellmann bis Gregor Gysi mobilisierten kaum oder gar nicht gegen den Hauptfeind im eigenen Land – sie brachten, was zu erwarten war. Ergänzt wurde, was im Demoauf Ruf fehlte – die außenpolitische Dimension: „fürchterlicher Angriffskrieg“, „rechts-widriger Angriffskrieg“, „keine Unterordnung unter Putin“, also das Feindbild gemäß Parteitagsbeschluss. Der Wirtschaftskrieg gegen Rußland blieb ausgeklammert. Sahara Wagenknecht hätte ihn eingebracht. Besonders eindrucksvoll sprach die Vertreterin einer Leipziger Mieterinitiative. Sie packte das Übel an der Wurzel: die Krise des Systems. Hier ist anzuknüpfen.

Herbert Münchow, Leipzig

Hat die Partei „Die Linke“ keinen Mumm?

Es brodeln im bundesdeutschen Volk. Zuviel wird ihm von den es Beherrschenden und Regierenden an „Opferbereitschaft“ für das sie stützende und schützende gesellschaftliche System kapitalistischer Macht aktuell abverlangt. Für hungern, frieren, und für „grüne“ Kriegstreiber atomar zu verrecken, werden ihre Bürger von der bundesdeutschen Ampel-Regierung und von der nunmehr freundlichst oppositionellen CDU/CDU auch noch zur Zahlung aus ihrer Tasche aufgerufen. Das Wort „Solidarität“ fälschend, soll der Bundesbürger für seine kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker Opfer bringen und das profitierende Überleben der Energie-, Rüstungs- und Lebensmittelkonzerne sichern. Die von der Bundesregierung durch ihre Sanktionspolitik gegen Rußland selbst verschuldete Energiekrise hat sich hingegen zur Lebensgefahr für eine große Mehrheit des bundesdeutschen Volkes gesteigert.

In solch prekären sozialen und gesellschaftlich gefährdeten Lebenssituationen ist historisch betrachtet die Masse des Volkes wortwörtlich einmal „auf die Barrikaden gegangen“. Auch gegenwärtig ist das Potential für „Barrikadenkämpfe“ groß. Es bedarf nur noch eines Anstoßes, eines Zündfunkens und kluger Führungskräfte dafür. Doch wo bleibt der Aufruf zum „Barrikadenkampf“ von „links“?

Zögerlich und Zeit vergeudend, kündigt der Ko-Parteichef der Partei Die Linke“, Martin Schirdewan, einen „heißen Herbst der sozialen Proteste“ an. Doch warum bis Herbst warten, wenn dann die herrschende Propaganda das Volk schon wieder mit beschwichtigenden Entlastungsversprechen der Regierung zum Dulden und Stillhalten manipuliert hat? Ein mutiger Linker, Ostbeauftragter der Fraktion der Partei Die Linke im Bundestag, Sören Pellmann aus Leipzig, schert da aus der Warteschlange aus und ruft ab sofort zu Montags-Demos „wie damals gegen Harzt IV“ allerorts auf. Doch schon wird er gerügt, ja beschimpft von dem sich als „links“ verstehenden Mitregierer des Kapitals in Thüringen Bodo Ramelow und anderen.

Was hindert eigentlich die Partei „Die Linke“, sich an der Spitze des Protestes gegen den Verrat an der deutschen Bevölkerung im Interesse des Kapitals zu stellen? Ist ihr Streben nach Mitre-

gieren in diesem chaotischen bundesdeutschen Regierungssystem immer noch ungebrochen? Hat sie immer noch die Illusion, dieses Chaos durch Mitregieren mindern zu können? Sieht sie nicht, wie das Volks unter diesem Chaos leidet? Besitzt sie keinen „Mumm“, ihre Strategie im Interesse der Mehrheit der Bundesbürger zu ändern und unverzüglich den Protest zu organisieren? Warum überläßt sie die „Sturmspitze“ der AfD? Besitzt sie kein Selbstbewußtsein mehr nach ihren Bundes- und Landeswahlniederlagen in den Jahren 2021/2022? Niederlagen der Partei „Die Linke“ aber sind deutliche Signale für eine fehlerhafte Strategie zur Verwirklichung ihrer eigentlichen programmatischen Ziele. Sie sind der deutliche Hinweis, daß diese Strategie das falsche Klientel anspricht. Die Partei Die Linke hat keine Basis mehr im produzierenden und vom herrschenden System von der produktiven Arbeit ausgeschlossenen Teil des Volkes, im Teil der Opfer kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Sie kann sie nur wiedergewinnen, wenn sie sich konsequent im Interesse dieser Opfer gegen den sozialen Raubbau, gegen den deutschen wirtschaftlichen und militärischen Selbstmord der Ampelregierung an die Spitze der Protest- und Widerstandsbewegung stellt.

Manfred Wild, Berlin

Es brodeln

Ihr seid die einzige Zeitschrift, die man noch lesen kann, denn alle anderen Medien, ob Print, Fernsehen und Hörfunk, haben jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Es wird nur noch einseitig informiert und gemeldet, was den Herrschenden (SPD, Grüne, FDP) ins Konzept paßt. Dabei scheinen sie gar nicht zu bemerken, daß es in der Bevölkerung brodeln und die Rechten schon ihre Stiefel geputzt haben.

Aber solange sich die Bundesrepublik zum Lakaien der USA macht und zu den schlimmsten Kriegstreibern neben der USA und England zählt, müssen wir uns mit ganzer Kraft dagegen wehren.

U. Michael, E-Mail

Gorbatschow: Reptilien betrauern ein gewaidetes Zebra

Während Lagarde gerade twittert, die Inflation käme vom Klimawandel, melden die Wahrheits-sender stundein, stundaus, Annalena Baerbock verneige sich tief und der Erfinder des Kosovo-kriegs, Joe Biden, danke Gorbatschow, die Welt friedlicher gemacht zu haben. Friedrich Merz ließ ehrlichkeitshalber hinzusetzen, Gorbatschow habe der NATO die DDR als Geschenk darge-reicht und ein Geschenk sei nunmal an keine Bedingung gebunden.

Ach, in deren Ohren muß es wie Musik klingen, wenn bei Denk-, Corona- und Gas-Verboten Rückgratknochen knacken. Und die wieder-käuenden Blicke ihrer Untertanen sind ihnen wie Entlohnung nach gutgetaner Arbeit.

Dieter Dehm, Berlin

Die Eidesformel des Bundeskanzlers

In der Eidesformel des Bundeskanzlers heißt es u.a.: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden ... werde.“ Schaden ist nun genug verursacht worden. Dem Volk wird täglich durch einseitige Berichterstattung Einsicht und Opferbereitschaft für den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine

abverlangt. Es entsteht der Eindruck, Rußland würde uns das Gas abdrehen, wohlweislich vergessend, daß Deutschland mit Sanktionen die jetzige Energiesituation selbst verursacht hat. 100 Milliarden Euro, vorbei am Bundeshaushalt, für Krieg und Rüstung stehen schnell bereit, über Entlastungen der Bürger werden nur endlose und kontraproduktive Diskussionen geführt.

Der Ausweg wäre gar nicht so schwer: Verhandeln über Gaslieferungen und Frieden! Dazu brauchte das Land aber eine Außenministerin – auch sie hat einen Eid geschworen –, die sich außer auf Kriegsrhetorik wieder auf ihren Kernauftrag, die Diplomatie, besinnt.

Siegfried Duske, Biedenkopf

Das Dilemma der Bundesregierung

Seit Anbeginn des Krieges in der Ukraine stellten sich Regierung und Medien demonstrativ auf die Seite Selenskis und seiner Regierung, so als hätten sie die Vorgeschichte, den wahren Verlauf des Maidan und den Krieg der Ukraine gegen die abtrünnigen Provinzen mit 14 000 Toten in den vergangenen acht Jahren nicht sehen können. Auch an Victoria Nulands – Europa-Beraterin des damaligen US-Präsidenten Barack Obama – „Fack the EU“ im Telefonat mit dem US-Botschafter in Kiew erinnern sie sich nicht. Rußlands jahrelangen Hinweisen auf die wortbrüchige NATO-Osterweiterung schenken sie kein Gehör. Das russische Angebot zu einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok ignorierten sie. Dessen Hinweise darauf, daß die Ukraine sich nicht an die Minsker-Abkommen hielt, verhalten ungehört. Inzwischen gab ein ukrainischer Minister offen zu, daß man diese Abkommen nie einhalten wollte, sondern nur unterzeichnet hat, um Zeit für die Aufrüstung Kiews zu gewinnen. Selbst den letzten Mahnruf Rußlands im Dezember 2021 nahmen sie in alter Treue zu den USA nicht ernst. Sie wollten auch nicht sehen, daß die Ukraine mit gemeinsamen Manövern de facto bereits in die NATO eingebunden war etc.

Da wundert es jetzt nicht, daß das USA-Vasallentum soweit geht, alle von Übersee verhängten Sanktionen ungeprüft mitzutragen. Deutschen Spitzenpolitikern fiel nicht einmal auf, daß die USA z.B. keine Sanktionen für russisches Uran verhängten, weil sie 23 % ihres Bedarfs dort decken. Extrem handeln dabei die Grünen. Entgegen ihrer bisherigen Forderung zum Klimaschutz nehmen sie jetzt wieder Kohlekraftwerke in Betrieb und kaufen dreckiges Fracking-Gas aus den USA. Letztlich führten die Sanktionen zu nie gekannten Preiserhöhungen. Die deutsche Regierung diert vergeblich vor dem Despoten in Katar, baut Entlade-Terminals für das schmutzige und teure USA-Fracking-Gas usw.

Ich frage mich, weshalb jahrzehntelang kein Geld für Schulen, Lehrer, marode Brücken, Straßen, Bahngleise, medizinische Einrichtungen und Personal vorhanden war, jetzt aber ad hoc 100 Mrd. Euro für Rüstung bereitgestellt werden können.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Polarisierung der Welt bekommt einen Schub

Der Krieg zwischen Rußland und der Ukraine markiert eine Zäsur der gesellschaftlichen Entwicklung, weil er zu einer neuen Polarisierung von Kräften und Staaten weltweit führen wird. Die Konfrontation im Kalten Krieg beschränkte sich räumlich vor allem auf Europa und die USA.

Jetzt wird sich eine globale Blockbildung um die beiden Pole USA und China entwickeln, die sich längerfristig auf alle gesellschaftlichen Bereiche auswirken wird.

Um die USA gruppieren sich die traditionellen Verbündeten GB, Kanada, Australien und Japan. Die EU stand politisch im Vasallenverhältnis zur USA, hatte aber ein ökonomisches Potential für eigenständiges Agieren, das von den USA in ähnlicher Weise als Bedrohung angesehen wurde wie die chinesische Wirtschaftskraft.

Der Krieg in der Ukraine wurde durch die EU zum Anlaß genommen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland abzubauen. Die USA haben lange daran gearbeitet, vor allem die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland zu zerstören. Sie sahen die Verbindung von russischen Rohstoffen und westlicher Technologie als große Gefahr für die eigene Wirtschaft an. Somit ist der Krieg zwischen Rußland und der Ukraine für die USA der Hauptgewinn. Seit dem Putsch von 2014 hatten sie darauf hingearbeitet.

China wird als Gegenpol der USA durch Rußland eine Stärkung erfahren. Die von der EU boykottierten Rohstoffe können an China geliefert werden. Im Gegenzug liefert China Spitzentechnologie an Rußland. Die Zusammenarbeit, bereits jetzt auf einem hohen Stand, wird sich weiter intensivieren. Neben den BRICS-Staaten kann man auch die Mitgliedsstaaten der Shanghai Cooperation Organization (SCO) zum chinesischen Pol zählen (China, Indien, Rußland, Kasachstan, Pakistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan).

China unterhält bereits jetzt gute Wirtschaftsbeziehungen zu vielen afrikanischen Ländern und südamerikanischen Ländern. Auch Rußland hat seine Positionen in diesen Ländern ausgebaut, einschließlich im Nahen Osten.

Indien entwickelt starke Beziehungen zu Rußland und wird sich kaum den USA anschließen, trotz guter Wirtschaftsbeziehungen.

Dieser starke euroasiatische Block wird künftig für immer mehr Länder attraktiv werden, auch weil China seit zwei Jahren die USA in der Spitzentechnologie überholt hat. Die damit einhergehende Steigerung der Produktivität ist ein optimistisches Unterfund positiver Entwicklung. Der Krieg in der Ukraine markiert den Zeitpunkt für die Auslösung des größten Wirtschaftskrieges und beschleunigt die Polarisierung enorm. Das Treffen der G7 und das vorausgegangene virtuelle Treffen der BRICS-Staaten machen das besonders deutlich. Den G7 gelang es nicht, Indien, Indonesien, Argentinien oder Senegal in Konfrontation zu Rußland zu bringen. Auch Brasilien, Mexiko, der Iran oder die Türkei beteiligen sich nicht am Sanktionskrieg gegen Rußland.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Meine Meinung

Ich plädiere dafür, den Ausdruck „russische Spezialoperation“ bzw. „militärische Spezialoperation“ nicht mehr zu verwenden. Es handelt sich um Euphemismen, Beschönigungen, Täuschungen. Solche Wörter widersprechen dem Wesen der wissenschaftlichen Weltanschauung. Die Wissenschaft will die Wahrheit offenlegen, nicht verdecken.

Wilhelm Rettler, Lutherstadt Wittenberg

Ich habe die Nr. 296 wieder von vorn bis hinten verschlungen. Besonders haben mir die Artikel von Oberst a.D. Gerhard Giese und Oberst

a.D. Bernd Biedermann gefallen. Wir hatten in der NVA doch ganz hervorragende Analytiker. Auch der Beitrag von Dr. Lothar Schröter sticht besonders hervor.

Es war wirklich ein politisches Vergnügen, diese Texte zu lesen.

Eberhard Herr, Herzberg

Mein Vorschlag an Frau Giffey

Frau Giffey als Regierende Bürgermeisterin Berlins appelliert an die Berliner Bezirke, wie ich auf der Videotexttafel 107 des rbb lesen konnte, daß aus Solidarität Straßen oder Plätze nach ukrainischen Orten benannt werden sollten, die besonders vom Krieg betroffen sind. Ja, mein Vorschlag wäre da zum Beispiel, die Heerstraße in Lugansker Straße und den Hohenzollerndamm in Donezker Damm umzubenennen. Immerhin haben diese Gebiete die größten Verluste seit dem faschistischen Putsch in Kiew erlitten, wo über 14 000 Opfer unter Verantwortung der Kiewer Führung zu beklagen sind, bevor die Hilfeleistung von Präsident Putin im Februar dieses Jahres einsetzte. Und da wir gerade bei der Wahrheit sind: Wäre es an der Zeit, die widerrechtliche Rückbenennung der Leninallee in Landsberger Allee zu revidieren. Das betrifft auch zig andere Straßen, deren Namen im ehemals demokratischen Sektor Berlins, der DDR-Hauptstadt, infolge Vereinnahmung durch die selbstherrlich arrogante Senats- und Abgeordneten-Riege liquidiert wurden.

E. Rasmus, Berlin

Entnazifizierung und Entmilitarisierung in der BRD nie erfolgt

Die kriegslüsternden Meldungen, nicht nur von den staatstragenden Medien, reißen nicht ab. Das Zusammenspiel zwischen Medien und Politik funktioniert heute wie damals im „tausendjährigen Reich“ ab 1933 perfekt („Wollt ihr den totalen Krieg?“ Und das Volk erhob hypnotisch den rechten Arm und brüllte los ...). Trotz dieser Erfahrungen erleben wir heute das fast gleiche „Spiel“. Mit der Gründung der BRD hat sich in ihrer gesamten Entwicklung ideologisch nichts geändert. So wie damals nimmt auch heute die Russophobie ihren Lauf. Nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde viel erklärt, geschworen, versprochen usw. und vieles wurde von den Alliierten (USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion) entsprechend formuliert, verhandelt und besiegelt. Das fand sich im „Potsdamer Abkommen“ (2. August 1945) wieder. Unter anderem wurden Entnazifizierung und Entmilitarisierung ganz klar geregelt, also „verordnet“. Konkret: Die Entnazifizierung war auch eine Initiative der Alliierten nach ihrem Sieg über das faschistische Deutschland. Bekräftigt durch das Potsdamer Abkommen sollte eine „Säuberung“ der deutschen Gesellschaft (Kultur, Presse, Ökonomie, Judikative und Politik) von allen Einflüssen der faschistischen Ideologie erfolgen. Das hatte sich der Antifaschismus in der DDR zur grundsätzlichen Aufgabe gemacht und war Voraussetzung des sozialistischen Aufbaues in meiner Heimat.

Bezüglich der NATO-Osterweiterung ist es für mich eine logische Folge, daß eine nazifizierte und militarisierte Ukraine den USA als Brückenkopf gegen Rußland dienen wird, ähnlich einer Rolle, die während des Kalten Krieges der BRD gegenüber den Staaten des Warschauer Vertrages zugedacht und wahrgenommen wurde. Wenn ich mit Sorge die zunehmende Rechtsent-

wicklung hier wahrnehme, so sind die medialen Parallelen im Zusammenhang mit 1933 deutlich erkennbar. Das gilt besonders für die rasant wachsende soziale Unsicherheit, für die man heute wie damals die Russen verantwortlich macht.

Peter Dornbruch, Schwerin

Rabatt und mehr am Ende

Mehr oder weniger religiös-gläubig ist vielleicht die gute Hälfte der Deutschen. Marktgläubig scheinen nahezu alle zu sein. Es muß jeden, der einen Schimmer von den Spielregeln der Marktwirtschaft hat, verwundern, was sich die Bevölkerung glauben machen läßt, wie ehrfurchtsvoll sie die Marktgesänge begleitet und nachbetet. Sie bewundert, verteidigt und rechtfertigt ihre eigene soziale Verarmung. Doch Kapital, Krise, Krieg, Inflation scheint den Glauben jetzt in Erschütterung zu bringen. Landesweite Proteste, laut werdender Unwillen machen es hörbar. Regierende verschweigen, reden weg, färben schön und geben sich sozial verantwortlich. Sozial verantwortlich vor allem für Konzerne, Finanzkapital, Rüstung und mehr Krieg. Was war Tankrabbat? Beim Auf und Ab der Preise war er marginal bis Null. Das Geschäft haben die Konzerne gemacht, die ihn „geregelt“ haben zu ihren Gunsten, also des Marktes. Jetzt fällt er weg. Wer macht das nächste kräftige Geschäft? Und die Marktpartei in der Ampel singt dreist, unverschämt, verdummend das Lied von der Lohn- Preis-Spirale, dem ältesten Märchen seit den Urvätern der freien Marktwirtschaft.

Gewerkschaften, fest im Solidarpakt, bitten und betteln bestenfalls. Die Linke ist dabei, links gefärbte kapitalismusrettende SPD-Tradition zu überholen, wie es scheint.

Wann und welche Zeitenwende gehen Linke und Gewerkschaften mit und gegen wen, mit wem im solidarischen Bunde?

Roland Winkler, Aue

„Also, das ist dann ja keine klassische Insolvenz“

Dies erklärte Bundesminister für Wirtschaft Robert Habeck in einer Talkshow bei Sandra Maischberger am 7. September.

Nicht nur, daß diese Äußerungen selbst bei der Moderatorin zu Verwirrungen führten, wahrscheinlich haben sich auch viele Fernsehzuschauer hilfeschauend an den Kopf gegriffen und ausgerufen: „Herr, schmeiß Hirn vom Himmel!“ Offensichtlich bar jedweden wirtschaftlichen und technischen Sachverstands behauptete Habeck mit geschwellter Brust genau das Gegenteil von dem, wovor Wirtschaftsexperten, die den Tatsachen ins Auge sehen, seit Monaten warnen – eine auf uns zurollende Insolvenzwelle zum Ende dieses Jahres und darüber hinaus.

Auf die Frage von Maischberger, ob er eine solche Insolvenzwelle erwarte, meinte er: „Nein, das tue ich nicht. Ich kann mir vorstellen, daß bestimmte Branchen einfach erst mal aufhören zu produzieren. Nicht insolvent werden (...) Ich weiß aus alter Welt, daß die Brötchen bei Bäckern und die Brötchen in den Discountern ungefähr doppelt so teuer sind. Und wenn die Preise relativ steigen, dann erhöht sich der Abstand.“

Geht's denn hier um Brötchen beim Bäcker? Die „einfach erst mal aufhören zu produzieren“ und dann überleben trotz weiterlaufender Rechnungen? Sicher, Großbetriebe und Konzerne schmeißen zuerst die Arbeitskräfte raus und leben eine zeit-

lang vom Eingemachten, aber wozu, wenn sie nichts mehr produzieren? Nur, um keine Insolvenz anzumelden? Was sagen dann die Aktionäre? Die Wiedergabe weiterer „Geistessprünge“, die dem Wirtschaftsminister in besagter Sendung gelangen, erspare ich mir. Was aber steckt hinter all diesen Entgleisungen? Offensichtlich geht es Habeck um die Beseitigung des Mittelstandes zugunsten großer Unternehmen und Konzerne. Eine nicht neue Strategie, die jedoch unter Habeck in die Katastrophe führen wird.

Wer angesichts der Preisentwicklung nicht mehr produzieren oder mit seinem Unternehmen nicht mehr tätig sein will, geht nicht in die Insolvenz, er liquidiert sein Unternehmen.

Wer weiter existieren will, aber die Preise nicht mehr die Kosten decken und er somit seine Mitarbeiter nicht mehr halten und seine Rechnungen nicht mehr bezahlen kann, geht, nach dem Bundeswirtschaftsminister zu urteilen, zum zuständigen Amtsgericht, um keine Insolvenz anzumelden, sondern die Produktion zeitlich nur auszusetzen, obwohl die Rechnungen weiterlaufen. Das Amtsgericht jedoch ist gesetzlich verpflichtet, nach Anmeldung der Zahlungsunfähigkeit sofort die Insolvenz festzustellen. Es wird sich hüten, dem Delinquenten zu raten, er möge seinen Kunden die zeitweise Aussetzung der Geschäftstätigkeit mitteilen.

Wieviel Unsinn ist noch von diesem bundesdeutschen Wirtschaftsminister zu erwarten?

Reiner Neubert, Berlin

Wärmertipps

Noch weiß niemand, ob der Winter heiß oder kalt wird. Nimmt man den sozialen Sprengstoff der Bundesregierung, könnte es heißer werden als man es sich bei Selbsthilfegruppe Scholz vorstellen könnte. Selbst die Parolen zum Durchhalten und „Solidarität“ klingen wie die aus der Endzeit der Hitlerdiktatur. Auch die Tipps werden immer grotesker. Demnächst gibt es dann wohl den kostenlosen Kretschmann-Waschlappen, hergestellt im Trockenwasserverfahren, 4 x 4 cm, damit der Waschlappen selbst so wenig Wasser wie möglich aufnimmt, so nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Wärmestuben sind schon im Gespräch, das Winterhilfswerk hat bereits im Sommer mit Gassparen begonnen und unübersehbar die permanenten Versuche von Lindner und Habeck, die Konzerne in der Krise ordentlich mitverdienen zu lassen, finanziert vom Volk!

Nachdem Linder die Mineralölkonzerne mit dem Benzinrabatt, von dem so gut wie nichts beim Endkunden angekommen ist, reich gemacht hat, hat Scholz noch die Mehrwertsteuersenkung nachgeschoben, um die Gemüter zu beruhigen. Aber auch davon wird nichts am Endkunden ankommen, denn die Konzerne haben keine Moral, sondern nur den Gewinn im Auge. Staatliche (Volks-)Kontrolle oder Verstaatlichung wäre die Lösung, aber das klingt nach Sozialismus, wo ja jedes Jahr Millionen Menschen erfroren sind, weil ihnen niemand vorschrieb, wie warm sie es in der Wohnung haben dürfen, wie oft sie sich waschen dürfen oder gar duschen oder baden. Demnächst gibt es ja auch die Volkswärmedecke mit Rückwärmisolation, von Lindner und Habeck zum Vorzugspreis von 243,55 Euro, etliche Bundestagsabgeordnete haben schon die Firma dafür gegründet. Das muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Gasumlage für private

Firmen, die den Gasimport aus Rußland aufgrund von Regierungsbeschlüssen einstellen und sich nun die Differenz zu alternativen, extrem teuren Lieferanten von Volk als Zwangsabgabe ersetzen lassen. Das Volk soll die Schäden bezahlen, die Scholz, Lindner, Habeck und Baerbock angerichtet haben! Es sei rechtlich nicht möglich, Konzerne von der Gasumlage auszuschließen, deren Gewinne schon jetzt explodiert sind, meint Habeck. Ob die Zwangsenteignung des Volkes zugunsten privater Firmen rechtlich möglich ist, diese Frage stellt Habeck in seiner arroganten Machtvollkommenheit erst gar nicht.

Nun ja, man sieht schon Licht am Ende des Tunnels, es ist aber der brennende Scheiterhaufen der Politik der Bundesregierung und dahinter liegt der Kältepol. Scholz, Habeck oder Lindner ist's doch vollkommen egal, wieviel Menschen erkranken, erfrieren oder sonstwie mit der Krise nicht zurechtkommen, Hauptsache Rußland stirbt. Fragt sich nur, wer als erster dran ist.

Jochen Singer, Leipzig

Die 9 €-Ticket-Show

Die Feststellung von Marx und Engels im kommunistischen Manifest, daß die Bourgeoisie einem Hexenmeister gleiche, der nicht mehr in der Lage sei, die unterirdischen Gewalten zu beherrschen, die er heraufbeschwor, trifft auf die gegenwärtige politische Weltlage voll und ganz zu. Die Entwicklung des Imperialismus zu einem schmutzig-blutigen Knäuel von ineinander verschlungenen Weltkrisen – Inflation, Krieg, Klima, Energie und Corona – bestätigt, was Marx und Engels erkannten.

Weder der Hexenmeister von 1847 noch der unserer Tage konnte und kann die heraufbeschworene Lage entschärfen. Die Bourgeoisie hat kein Interesse, eines der selbstverschuldeten Probleme zu lösen, sie hat nur ein borniertes Interesse, aus diesen Krisen möglichst viel Profit zu schlagen. Der größte Irrtum wäre es, von bürgerlicher Seite die Rettung zu erwarten. Mit 9 Euro löst man keine Weltprobleme, 9 Euro sind weniger als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Uns helfen keine bürgerlichen Regierungen, keine bürgerlichen Experten noch Weltverbesserer der buntscheckigsten Art, uns hilft kein Kaiser, kein Gott und kein Tribun. Die Stärke des Proletariats ist seine Kollektivität, seine Fähigkeit zum geschlossenen politischen Handeln.

Offiziell liegt die Zahl der Analphabeten in der BRD knapp unter sieben Millionen. Die auf individuelles Fortkommen bedachten bürgerlichen Regierungen unternehmen nichts, diesem Übelstand abzuwehren. Wieviel kreatives Potential schlummert in diesen sieben Millionen. Alle Stärke und alle Kraft zur Lösung der Krisen liegen in den Volksmassen selbst.

Das 9 € Ticket scheint auf den ersten Blick eine gute Idee zu sein, in Wirklichkeit ist es ein Ablenkungsmanöver von dem, was demnächst auf 80 Millionen Menschen in Deutschland zukommen kann. Der große General aus den antinapoleonischen Befreiungskriegen Neidhardt von Gneisenau sagte, daß der Soldat von der schlechtesten möglichen Lage ausgehen muß. Was, wenn wir eine dreiwöchige Periode mit Minustemperaturen um die 20 Grad bekommen? Die bürgerliche Klasse lebt nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“, sie ließ das Volk 1848 im Stich und tut es auch 2022/23.

Heinz Ahlreip, Hannover

1933

Kauft nicht bei
JUDEN

2022

Kauft nicht bei
RUSSEN

November

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 3. November um 16 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Ukraine-Krieg und Frieden heute**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 5. November um 10 Uhr spricht Carsten Hanke, Vorsitzender der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität zum Thema: **Schwindet die Vorherrschaft der USA gegenüber Lateinamerika?**

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 10. November um 14 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Auswirkungen der Oktoberrevolution auf die heutige Zeit**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg (Plauderstübchen), Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Bernau

Am 12. November um 15 Uhr spricht Rechtsanwalt Ralph Dobrawa auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der TAG der GRH zum Thema: **Signale! Gedanken zur aktuellen und längerfristigen Entwicklung des Verfassungs-, Straf- und Ordnungsrecht in der BRD**

Ort: Treff 23 (Kulturnähe), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

Graphik: Siegfried Lachmann, 2022

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. sc. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Vertrieb und Versand:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Ute Hornig, Gabriele Parakeninks,
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXC

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.